

AStA ZEITUNG

ZEITUNG DER STUDIERENDENSCHAFT DER UNIVERSITÄT FRANKFURT



Mögliche Zukünfte

Herbst

2024



Auch wenn vieles dagegensprechen mag, ist die Zukunft kontingent, also offen und gestaltbar.

Impressum

Hrsg.

AStA der Universität
Frankfurt am Main

V. i. S. d. P.

AStA-Vorstand:
Bleta Berisha
Tjark-Hagen Kandulski
Liv Ehre

Anschrift

Mertonstr. 26–28,
60325 Frankfurt a. M.

Web

www.asta-frankfurt.de

eMail

info@asta-frankfurt.de

Redaktion

AStA-Zeitungsreferat:
Lennart Bade
Lukas Geisler
Jule Tabel

Koordination & Administration

David Höhnerbach

eMail

zeitung@asta-frankfurt.de

Druck

Bechtle Verlag&Druck

Gestaltung

gegenfeuer.net

Auflage

1.000

Jahrgang

2024

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Mitglieder des AStA oder der Redaktion wider. Die Rechte der Artikel liegen bei den Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt

Liegen bei niemanden. Geben Sie diese Zeitung jeder x-beliebigen Person für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen Autor*innen oder sind direkt vermerkt.

Mögliches Editorial

Die letzte thematische Ausgabe der AStA-Zeitung trug den Titel »Letzte Generation«, ist von 2023 und auch wenn es eine Zeit lang danach aussah, war damit nicht die AStA-Zeitung selbst gemeint. Die Ausgabe befasste sich unter anderem mit der drohenden Klimakatastrophe und der Kriminalisierung von Migration. Nichts davon ist seitdem besser geworden. Die Prognose erscheint sich als hellsichtig erwiesen zu haben. Denn weder hat sich klimapolitisch etwas zum Besseren gewendet, noch wurde Migration entkriminalisiert, wie es damals im Untertitel hieß. Gegenteiliges ist der Fall. Und das ist erschütternd.

Hinter den Kulissen der AStA-Zeitung ist in den letzten einhalb Jahren hingegen einiges passiert: Die AStA-Zeitung wurde digitalisiert. Damit beschreitet die Zeitung einen neuen Weg. Weiterhin kann sie abonniert werden – für alle Studierenden der Goethe-Universität kostenlos –, aber es gibt auch eine Website auf der alte, wie neue Artikel gelesen werden können – kostenlos für alle. Auch die Redaktion der AStA-Zeitung hat sich in dieser Zeit verändert. Alte sind gegangen, neue Referent*innen sind hinzugekommen. Der langwierige, aber wichtige Prozess der Digitalisierung wurde bereits von den Redaktionen vor uns losgetreten. Ohne David Höhnerbach, der früher AStA-Vorsitzender sowie Referent der AStA-Zeitung war und heute die Redaktion als Mitarbeiter unterstützt, wäre die Digitalisierung nicht gelungen. Ihm wollen wir hiermit herzlich danken.

Was das für die AStA-Zeitung selbst heißt

Die Digitalisierung der AStA-Zeitung bedeutet zum einen, dass die Auflage nicht mehr so hoch sein wird. So können Papier und auch Versandkosten eingespart werden. Zum anderen ergeben sich daraus mehr Möglichkeiten und mehr Sichtbarkeit. Die Studierendenschaft erhält nun ein Medium, in dem dauerhaft Texte zu aktuellen Geschehnissen auf dem Campus, in der Stadt oder der Welt erscheinen können. Die digitale AStA-Zeitung ermöglicht den Studierenden Selbstverständigung und die Artikulation von Kritik in Bezug auf das Studieren an der Goethe-Universität und darüber hinaus. In der aktuellen, angespannten gesellschaftlichen Lage eine Möglichkeit, deren Wert nicht zu niedrig eingeschätzt werden darf.

Darüber hinaus kann die digitalisierte AStA-Zeitung auch ein neues Medium für eine kritische Stadtgesellschaft sein, in dem über »randständige« Themen, wie man in den großen Medienkonzernen gerne sagt, berichtet wird. Generell heißt es ab sofort, dass für Abonnent*innen geworben sowie eine gute Zeitung, die gerne gelesen wird, erstellt werden muss.

Die neue AStA-Zeitung ist also nicht nur ein Angebot an die Studierendenschaft der Goethe-Universität, sondern auch an die Frankfurter Stadtgesellschaft – sowie darüber hinaus. Die Zukunft wird zeigen, ob Teile der Prognose, die auch vor allem eine Hoffnung ausgedrückt, getroffen sein wird oder nicht.

Die Ausgabe und das Ausgabenthema

Obwohl die Gesellschaft und die multiple Krise, in der sie sich befindet, eine schier aussichtslose Zukunft bietet, haben wir in unseren Call for Paper für diese Ausgabe nach möglichen Zukünften gefragt. Nicht nur, um auf den Prozess der Digitalisierung hinzuweisen, den die AStA-Zeitung durchgemacht hat, sondern auch, um einen Möglichkeitssinn anzuregen. Denn wir sind uns immer noch sicher – die Beiträge in dieser Ausgabe zeigen dies in aller Widersprüchlichkeit und Vielstimmigkeit auf –, dass es nicht vorgeschrieben ist, in welche Richtung es geht. Auch wenn vieles dagegensprechen mag, ist die Zukunft kontingent, also offen und gestaltbar. Und zwar auch von uns gestaltbar. Denn in den Sprüngen, Rissen und Brüchen ist auch Utopisches verborgen und die Krisengemengelage führt dazu, dass vieles neu in Aushandlung begriffen ist. Und so führt das krisenhaft Bestehende einen Index für eine andere, bessere Zukunft mit sich.

Wir fragten also, auf welche möglichen Zukünfte wir hoffen dürfen und welche wir fürchten müssen. Es ging uns außerdem darum, aufzuzeigen, welche positiven Gegenentwürfe – gegen autoritäre Tendenzen und das krisenhafte Bestehende – existieren und welche möglichen Zukünfte es vermögen, Gegenmacht aufzubauen. Und wir sind sehr froh über die vielen und vor allem vielfältigen Beiträge, die wir erhalten haben und die an dieser Stelle nicht alle erwähnt werden können. Auf drei müssen wir aber besonders hinweisen: Wir sind sehr froh, dass die Autorin, Journalistin und Kolumnistin Özge İnan ein Interview zu der Zukunft der Polizei für die AStA-Zeitung geführt hat, der Autor und Kolumnist Olivier David ein literarisches Essay und der Feuilletonredakteur und sozialistische Science-Fiction-Autor Dietmar Dath einen Beitrag beigesteuert hat. Sie rahmen und bereichern die Ausgabe ungemein und verschaffen den anderen Autor*innen – so die Hoffnung – so viel Aufmerksamkeit, wie sie die sehr anregenden Texte verdient haben.

Neben den vielfältigen Auseinandersetzungen mit Utopien und möglichen Zukünften sind wir ebenfalls sehr stolz darauf, dass es auch viele stadtpolitische Einreichungen gab. Ob von der aktuellen Kampagne »leben statt Leerstand«, dem Kurator*innenkollektiv »Leerstand und Utopie« oder zu der gegenwärtigen Hausbesetzungsbewegung.

Forum und Diskussionsort der kritischen Theorie?

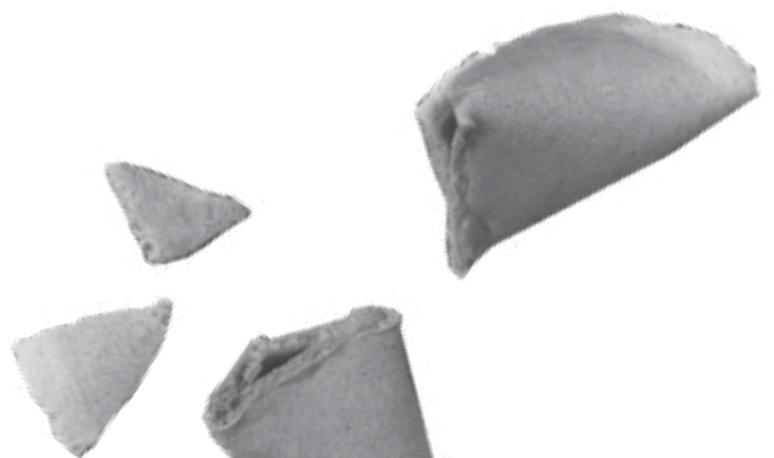
Nach den Beiträgen zum Ausgabenthema sind in der Rubrik »Forum« nochmal fast ein Dutzend Beiträge versammelt, die zwar nicht das Ausgabenthema behandeln, aber mitnichten weniger relevant sind. Neben drei Rezensionen zu aktuellen Publikationen der kritischen Theorie Frankfurter Provenienz, sind hier ein Auszug eines Sammelbandes aus dem Institut für Sozialforschung (IfS) zum Theorie-Praxis-Verhältnis sowie eine Vorabankündigung eines Bandes zur feministischen Geschichte des IfS zu finden. Wir wollten so einen Impuls setzen, die AStA-Zeitung auch in Zukunft als einen Ort wahrzunehmen, in der aktuelle Entwicklungen der kritischen Theorie diskutiert und kritisiert werden. Auch der Werkstattbericht des »AK kritische Gesellschaftstheorie« lässt sich in diesem Kontext als ein Versuch verstehen, in Frankfurt weiterhin eine offene kritisch-materialistische Theoriebildung zu ermöglichen.

Darüber hinaus steht das Forum weiterhin allen Texten und Textgattungen offen, die sich nicht in vorgegebene Themen pressen lassen, sondern ohne Angst, anderes thematisieren und verschieden sein können. So, oder so ähnlich würden wir Adornos Forderung nach einem gesellschaftlichen Zustand, in dem man »ohne Angst verschieden sein« kann, – zumindest im Kleinen – in der AStA-Zeitung verstehen. Irgendwo müssen wir ja anfangen.

Damit ist wahrscheinlich bereits zu viel gesagt. Also lest, diskutiert und kritisiert die aktuelle Ausgabe – zum Beispiel bei unserem Ausgaben- und Website-Release mit Olivier David am 13. November um 18.30 Uhr im Hörsaalzentrum, Raum HZ 11 – und abonniert die AStA-Zeitung.

Auf eine Zukunft, die besser ist als es ist und jemals war.

Jule Tabel, Lennart Bade, Lukas Geisler



astat UNI
FFM

Inhalte

Thema

- 06 Brutalismus der Herzen**
Olivier David
- 10 Können wir noch die Welt verändern?**
Lennart Bade
- 12 Interview mit Hanna Espín Grau**
Özge İnan
- 16 Faschismus oder Utopie?**
Ivo Eichhorn
- 18 ein immergleicher flirrender tag**
emmi esefeld
- 20 Utopie und Anti-Utopie**
Paul Schierle
- 22 Leben statt Leerstand**
- 24 Leerstand & Utopie**
Kurator*innenkollektiv
- 26 Dem Unwahrscheinlichen
eine Zukunft geben**
Tim Schuster
- 28 Gespenster des Häuserkampfes**
Lukas Geisler
- 32 Rastlose Utopien: Die Autobahn als
Vermittlungsinstanz kapitalistischer
Verhältnisse**
Julian Formella
- 34 Sommer 2034**
Felix Hitzel
- 36 Du wirst aus einer Zukunft
sprechen müssen**
Dietmar Dath

Forum

- 40 Kritik im Schatten des Kapitals:
Die Verdrängung kritischer
Gesellschaftstheorie an der
ökonomisierten Universität**
Johanna Fankel & Gianna Gumgowski
(AK kritische Gesellschaftstheorie)
- 45 Seminare für kritische Gesellschaftstheorie**
- 46 Handeln in einer schlechten Welt:
Zur Einleitung**
Mirko Broll & Eva Fleischmann
- 50 Ankündigung des Sammelbands: Im
Schatten der Tradition. Eine Geschichte des
IfS aus feministischer Perspektive**
Christina Engelmann, Lena Reichardt, Bea
Ricke, Sarah Speck, Stephan Voswinkel
- 52 »Was macht dir Angst?«**
Kritische Intervention
- 54 Kritische Theorie im Handgemenge**
Rezension von Lukas Geisler
- 55 Café Marx**
Rezension von Jule Tabel
- 56 Mit Forst gegen Forst denken**
Rezension von Lukas Geisler

Aus der Studierendenschaft

- 58 Bericht Referat für Hochschulpolitik**
- 59 Bericht Referat für Wohnraum**

Call for Papers

- 62 80 Jahre Nie wieder?**

Brutalismus der Herzen

Essay von Olivier David

Wie sähe dein Schreiben aus, in einer Welt, in der jegliche Ungerechtigkeit behoben sein würde? Worüber würdest du schreiben, welche Kunst würdest du produzieren? Diese Fragen, gestellt von einer Autorin bei einem Dinner über die Zukunft des Theaters, an dem ich vor einigen Monaten teilgenommen hatte, trafen mich unvorbereitet.

Wie wäre mein Schreiben beschaffen, wenn ihm die Leitplanken, die es formten, fehlen würden? Wie wäre es, nicht anschreiben zu müssen gegen Gewalt, Armut, soziale Ungleichheit? Nicht nach Formen und Ausdrucksweisen suchen zu müssen für strukturelle Beschämung, für Ängste, für die Wut, die mir, auf der Suche nach einer Gefahr, vor der sie mich schützen kann, immer zwei Schritte voraus ist?

Ich war ratlos. Entsprechend verwurschtelt geriet meine Antwort. Ich nuschte etwas in die Richtung, dass es in einer idealen Welt immer noch Konflikte gäbe, bei denen Interessensgruppen für ihr Projekt kämpfen würden. Obwohl es das war, was ich für wahr hielt, änderte es nichts daran, dass mich die Frage kalt erwischte hatte, nicht nur als Autor. Auch als Mensch, unabhängig vom Schreiben.

Wer bin ich, wenn ich nicht gegen etwas bin?

In der kurdischen Freiheitsbewegung gibt es einen Ausruf, dessen Wahrheit mich schon länger beschäftigt. Er lautet *Berxwedan Jiyan e* (zu Deutsch: Widerstand heißt Leben). Auf einen ähnlichen Gedanken stoße ich bei der Lektüre von Didier Eribons „Eine Arbeiterin“. Eribon zitiert dort den Arzt Xavier Bichat, der sagt: „Das Leben ist die Gesamtheit der Funktionen, die dem Tod widerstehen“.

Wie ernst es der kurdische Freiheitskampf mit dem Ausdruck meinte, davon handelt eine meiner prägendsten Kindheitserinnerungen. Ich war elf oder zwölf Jahre alt, da griffen kurdische Aktivist*innen in meiner Nachbarschaft zur Waffe des Hungerstreiks. Dadurch wollten sie gegen die Verhaftung des kurdischen Oppositionellen Abdullah Öcalan protestieren. An einem langen weißen Zelt war ein Zähler angebracht, auf ihm war der jeweilige Tag des Hungerstreiks vermerkt. Als ich das Camp mit dem Zelt sah, war ich mit meiner Mutter auf dem Nachhauseweg vom Einkaufen. Ich fragte sie, warum die Menschen in dem Zelt hungerten. An das Gefühl, das mich beschlich, als ich die Männer mit ihren ausgemergelten Gesichtern sah, erinnere ich mich bis heute. Ich war zutiefst erschrocken darüber, wie weit Menschen bereit waren für eine Sache, an die sie glaubten, zu gehen.

Dieses Erschrocken sein war nicht etwas, das von außerhalb kam. Vielmehr räsionierte es mit einer eigenen Verunsicherung, die ich von klein auf in mir trug. Ich wurde mit einer Wahrheit konfrontiert, die, in meinem Körper schlummernd, nur darauf wartete, sich zu veräußern: Voranzukommen, das bedeutet, mit der Welt im Kampf zu stehen.

»Wie wäre es, nicht anschreiben zu müssen gegen Gewalt, Armut, soziale Ungleichheit?«

Eine Geschichte der Kriminalisierung

Mehr als zwei Jahrzehnte später sitze ich in der Wohnung meines Vaters an seinem Wohnzimmertisch, dort, wo sich alles Leben abspielt, im obersten Stock eines Chineser Sozialbaus. Wir trinken Wein und unterhalten uns, ich komme mir schrecklich französisch vor, obwohl, oder gerade weil ich die Vatersprache nicht sehr gut beherrsche.

Mit meinem Vater ist es leichter über Politik zu sprechen als über ihn oder mich, doch dieses Mal ist etwas anders. Gerade habe ich ein wenig von mir erzählt. Ich sage, dass ich, immer wenn ich zurück nach Hamburg käme, dort erstmal von alten Freunden darüber aufgeklärt würde, was in der Zwischenzeit passiert sei. Das hört sich in etwa so an: Ein Bekannter sitzt im Gefängnis wegen Drogen. Ein Anderer hat ein Verfahren wegen Körperverletzung und Drogendelikten. Manchmal aber auch: Jemand ist gestorben. Oder vor ein paar Monaten: der und der hat sich mit einer selbstgebauten Bombe die Hand weggesprengt. Mein Vater denkt kurz nach, dann sagt er, dass es eine große Überraschung sei, dass ich Bücher schreibe. Es sei wahrscheinlicher, dass ich im Gefängnis säße. Damit hat er einen Punkt, denn die Geschichte meiner Familie ist eine Geschichte der Bestrafung, der Verfolgung und der Kriminalisierung:

Mein Vater saß im Gefängnis; mehrfach.

Mein Großvater saß unzählige Haftstrafen ab, dazu war er während der Nazizeit mehr als vier Jahre als politischer Gefangener in verschiedenen Konzentrationslagern interniert.

Der erste Mann meiner Uroma saß ebenfalls ein, zwischen dem Ersten und dem Zweitem Weltkrieg.

Meine Ur-Ur-Oma verbrachte die letzten Jahre ihres Lebens in einer geschlossenen Psychiatrie.

Ihre Tochter, meine Uroma, beging in hohem Alter Suizid.

Psychische Krankheiten in beiden Teilen meiner Familie so weit das Auge reicht: Depressionen, posttraumatische Belastungsstörungen, Gewalt. Männer, die nachts auf die Felder zum Klauen gehen, um der Familie etwas auf den Tisch zu stellen. Bestrafung im Faschismus, Bestrafung im Sozialismus, Bestrafung in der Demokratie. Die Mitglieder meiner Familie sind noch durch jedes Raster gefallen.



Ein Ende der Gewalt

Ich habe mir gesagt: Bei mir hört es auf. Ich will weder Traumata weitergeben noch Gewalt. Will nicht aus einem leidenden Opfer zu einem leidenden Täter werden, wie so viele vor mir. Es ist leichter gesagt als getan. Ich habe mich als Erwachsener ein paar Mal geschlagen, habe ein paar Mal Drogen verkauft, habe ein paar Mal vor den Augen anderer die Fassung verloren, Gegenstände geworfen, gegen Sachen getreten, mir die Hände an der Wand blutig geschlagen – und dennoch: hier endet es.

Was ergibt sich daraus für eine Zukunft für mich, was bedeutet diese Entscheidung für meine Kunst? So wie es viele Mitglieder meiner Familie schwer hatten, Regeln einzuhalten, deren Befolgung sie benachteiligte, so ist der Impuls zu schreiben in meinem Fall bereits Auflehnung. Der Rapper Disarstar schreibt: „Es ist, als hätte ich was verpasst/Ihr geht nach Australien, meine Jungs gehen in Knast“.

Es war nicht das leere Blatt Papier, das in der Vergangenheit von Mitgliedern meiner Familie beschrieben werden wollte, es war der Antrag auf die vorzeitige Haftentlassung. Zu schreiben, das bedeutet, diesen Platz infrage zu stellen.

An dem Abend des Theaterdiners hat sich meine Antwort auf die Frage nach meiner Kunst in einer idealen Welt minderwertig angehört. Als wäre meine Fantasie dadurch erschöpft, gegen etwas zu sein. Ich frage

mich: Bedeutete es, dass alle Mitglieder meiner Familie in ihrem Kampf mit der Welt immer bloß dagegen waren – oder waren sie durch ihren Kampf nicht auch für etwas? Könnte man nicht, ähnlich dem Negativ eines Fotos, ihren Kampf, ihr Scheitern, ihr Zugrundegehen an den Verhältnissen umdeuten, in dem man herausarbeitet, wofür sie gewesen waren?

War mein Großvater, der nicht nur Opfer der Nazidiktatur war und dessen familiäre Gewalt großes Leid über unsere Familie gebracht hat, in seinem Kampf gegen den Faschismus, nicht für eine Welt, in der ihn niemand unterdrückte? Sagte mein Vater nicht, in dem er Drogen dealte: Seht her, ich würde auch anderes verkaufen, wenn ihr es mir leichter machen würdet. War der Sprung meiner Urgroßmutter vom Balkon nicht auch ein Kampf um einen Rest an Würde?

Wenn diese Gedanken stimmen, dann sehe ich es als Schriftsteller als meine Aufgabe an, diese Welt zu formulieren. Das Foto mit Inhalt zu füllen, die Seite mit Text. Aus dem Kampf *gegen* etwas, das herauschälen, *wofür* die Anstrengung unternommen worden war. Peter Weiss beschreibt diese Bewegung in „Die Ästhetik des Widerstands“: „Unser Studieren war von Anfang an Auflehnung. Wir sammelten Material zu unserer Verteidigung und zur Vorbereitung einer Eroberung“. In diesem Gedanken ist alles enthalten: Im sich Wehren steckt gleichzeitig der Angriff.

»Meine Rolle wird nicht sein, sich zu befragen, wer ich hätte sein können, wenn all die physischen und psychischen Narben und Deformationen der letzten 130 Jahre nicht an den Körpern meiner Familie gezerrt hätten.«

Diese Welt, die du imaginierst, ich sehe sie ebenfalls

Der Schriftstellerin, die mir bei dem Dinner die Fragen gestellt hat, würde ich heute antworten: Diese Welt, die du imaginierst, ich sehe sie ebenfalls. Aber meine Rolle wird sein, sie mitzuer-schaffen. Meine Rolle wird nicht sein, sich zu befragen, wer ich hätte sein können, wenn all die physischen und psychischen Narben und Deformationen der letzten 130 Jahre nicht an den Körpern meiner Familie gezerzt hätten. Denn sie haben es und darunter haben wir gelitten. Und dieses Leid ist der Treibstoff, der mich auf eine egalitäre Welt hinwirken lässt. Ich schreibe nicht trotz dessen, ich schreibe deswegen.

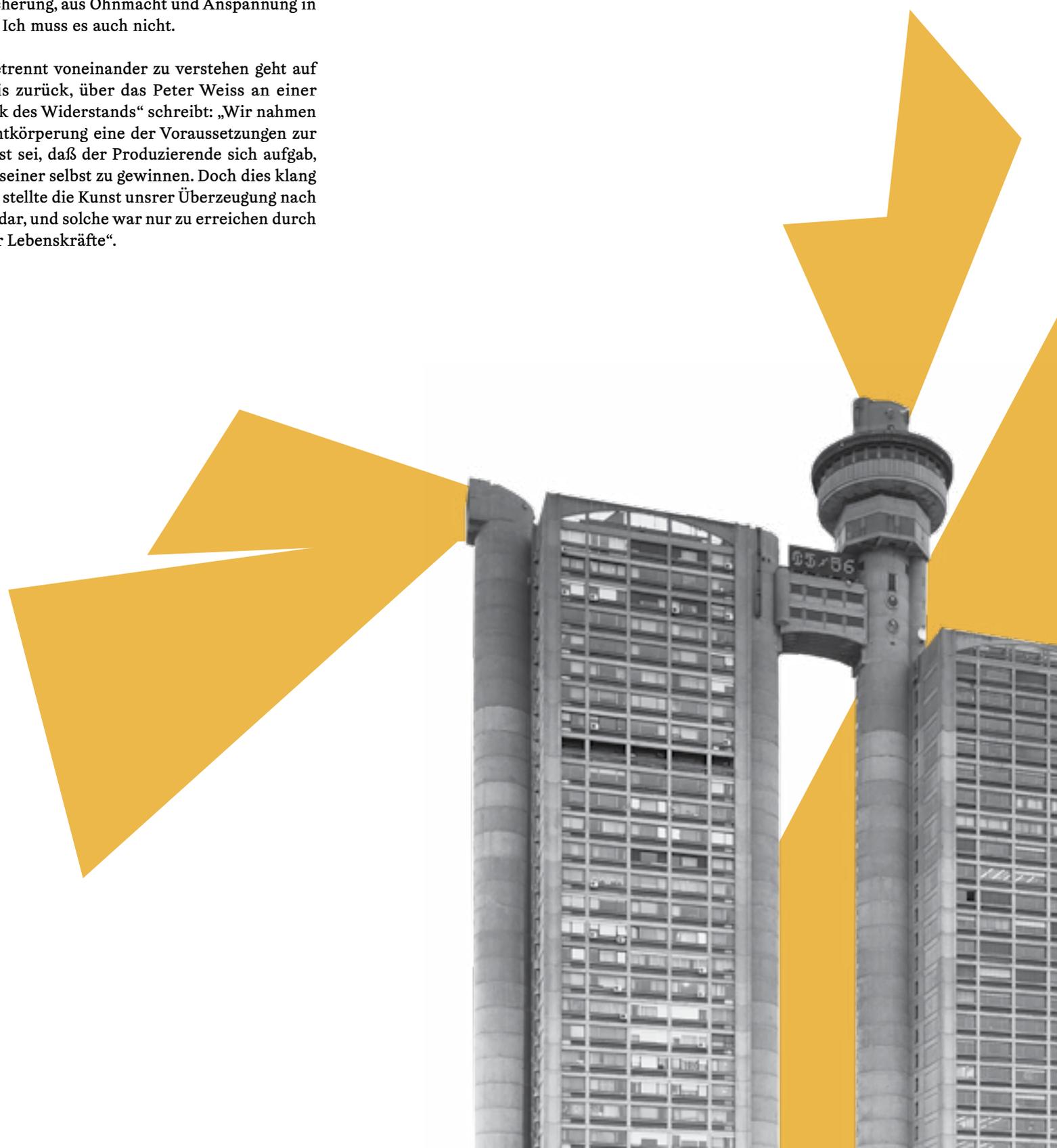
Meine Rolle wird auch nicht sein, mir vorzustellen, welche Kunst ich schaffe, wenn diese Welt, an der ich arbeite, eintritt. Und vielleicht tritt sie gar nicht ein: Vielleicht gibt es nicht den *einen* perfekten Zustand; vielleicht wird es in einer Welt, in der die Rechte möglichst vieler möglichst gleich sind, immer etwas geben, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Ich kann weder wissen noch erahnen, wer ich ohne mein verkör-pertes Wissen bin. Ohne jenes Wissen, das eine Landschaft aus Narben und Verunsicherung, aus Ohnmacht und Anspannung in mir hinterlassen hat. Ich muss es auch nicht.

Kunst und Körper getrennt voneinander zu verstehen geht auf ein Kunstverständnis zurück, über das Peter Weiss an einer Stelle in „Die Ästhetik des Widerstands“ schreibt: „Wir nahmen zuerst an, daß die Entkörperung eine der Voraussetzungen zur Herstellung von Kunst sei, daß der Produzierende sich aufgab, um etwas außerhalb seiner selbst zu gewinnen. Doch dies klang wieder unvernünftig, stellte die Kunst unsrer Überzeugung nach doch größte Realität dar, und solche war nur zu erreichen durch die Anspannung aller Lebenskräfte“.

Vielleicht braucht es einen Brutalis-mus der Herzen, in der Kunst, und in der Gesellschaft. Ähnlich dem Architekturstil des Brutalismus, der von klaren Linien, großflächigem Einsatz von Beton oft als *grob* oder *ehrlich* beschrieben wird, würde eine brutalistische Darstellung der Welt in der Kunst die inhärente Gewalt in unse-erer Gesellschaft nicht länger verschleiern oder negieren, sie würde sie offen legen. Und sie würde das Merkmal des Kampfes betonen.

Denn das Leben zu lieben bedeutet, zu kämpfen. Frei nach Xavier Bichat wäre meine Kunst gespeist durch die Gesamtheit der Funktionen, die dem Tod widerstehen.



Können wir noch die Welt verändern?

Über mögliche Zukünfte in Alexandra Schauers Buch »Mensch ohne Welt«

Lennart Bade

Wenn wir über „mögliche Zukünfte“ nachdenken, so muss zunächst die Gegenwart in den Fokus unserer Analysen rücken. Und wenn wir nun als Frankfurter*innen der kritischen Gesellschaftstheorie verpflichtet bleiben wollen, dann kommen wir um dieses Buch nicht herum: Alexandra Schauers *Mensch ohne Welt*. Hier gelingt eine großartige und vollumfängliche (das Buch umfasst stolze 700 Seiten) Gegenwartsdiagnose in Manier der Kritischen Gesellschaftstheorie.

Arendt und Marx zusammenbringen?

Als Geburtsstunde und Allzweckformel der Kritischen Theorie gilt der Marxsche Satz: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt aber darauf an, sie zu verändern“. Die am Institut für Sozialforschung angestellte Autorin stellt sich dem Imperativ auf theoretische Art: Können wir die Welt noch verändern? Und wichtiger: Glauben wir (und gemeint ist das große Wir: unsere Gesellschaft der Spätmoderne) noch an die Möglichkeit der Veränderung? Der „Mensch ohne Welt“, so ließe sich die Leitidee des Buches zusammenfassen, ist eben derjenige Mensch in der Spätmoderne, dem der Sinn für die Möglichkeit, zu gestalten, abhandengekommen ist. Ohne diesen „Möglichkeitssinn“ steht der Mensch ohne Welt da. Denn nur in dem Wissen um die Gestaltbarkeit der Welt, um die Möglichkeit, sich dem Faktischen und Vorhandenen nicht beugen zu müssen, liegt der weltliche Verständigungs- und Gestaltungsraum.

In dieser Idee zeigt sich Schauers zweites tollkühnes Vorhaben: Neben der so umfänglichen Gegenwartsdiagnose möchte sie zudem zwei Theorien vereinen, die sich sonst gegensätzlich gegenüberstehen: Hannah Arendts emphatisches Verständnis des Politischen und die marxistische Ökonomiekritik. Für Arendt war entscheidend, dass Freiheit und politisches Handeln miteinander verknüpft sind: Es geht um die Möglichkeit des Neuanfangenkönnens durch gemeinsames Denken, Handeln und Urteilen. Arendts Philosophie selbst untersucht aber nicht die Gesellschaft als Ganzes. Schauer springt in diese Lücke herein und versucht „Arendts Interesse am Politischen, an der Welt als Raum gemeinsamen Handelns und Sprechens, durch eine Gesellschaftstheorie zu erden“ (Schauer 2023: 626).

In Drei Akten zur Gegenwartsdiagnose

In drei Akten stellt Schauer die Gesellschaft auf die Probe und zeichnet nach, wie sich der Möglichkeitssinn zunächst als das Projekt der Moderne hervortat und in der Spätmoderne schließlich verloren geht. Die drei Analyseebenen komplettieren einander, wenn sie manchmal auch repetitiv anmuten, und liefern nach der exakten, komplexen aber nie überfordernden Geschichtsbeschreibung einen enormen Erkenntnisgewinn. Von der Renaissance geht es über die Aufklärung und die bürgerlichen Revolutionen und Klassenkämpfen bis zur heutigen Demokratiekrise, und vom frühindustriellen Kapitalismus über den Fordismus bis hin zum Neoliberalismus. Beachten sollte Leser*innen allerdings, dass die beschriebene Moderne eurozentristisch eingegrenzt ist und in den drei Akten keinerlei Anspruch erhebt, über die Westeuropäisch-Nordamerikanische Gesellschaft hinaus zu gelten.

Laut der ersten Analyseebene haben wir unser progressives Geschichtsbewusstsein verloren. Während die Moderne seit der industriellen Revolution mit einer linearen Zeitvorstellung die „ewige Wiederkehr“ der Vormoderne ablöste und die Idee der Gestaltbarkeit ermöglichte, wirkt die Zeitvorstellung in der Spätmoderne nicht mehr linear auf ein Ziel (Fortschritt) ausgerichtet, sondern als „Rasender Stillstand“, in dem „nichts bleibt, wie es ist, ohne dass sich etwas Wesentliches ändert“ (vgl. Rosa 2005: 436). Der Fortschritts Glaube dreht sich vom *noch-nicht* zu *es-war-einmal* (Schauer 2023: 259).

Im zweiten Schritt erklärt Schauer, wie die Spätmoderne die Öffentlichkeit entpolitisiert. Die moderne Öffentlichkeit entstand aus der bürgerlichen Idee der Autonomie, die die Frage nach legitimer Herrschaft stellte und den Absolutismus stürzte. Mit dem Aufstieg des industriellen Kapitalismus erkämpfte die „proletarische Öffentlichkeit“, sprich die Arbeiter*innenklasse, ihre Rechte und Freiheiten und beanspruchte, wie die bürgerliche Klasse zuvor, politische Mitbestimmung. Die spätmoderne Gesellschaft der Angestellten, die sich als Klasse nicht erkennt, hat hingegen die Öffentlichkeit als politischen Gestaltungsspielraum verloren und sieht sich in einem Zeitalter der „Singularitäten“ (Reckwitz 2019) atomisiert und dem Ganzen machtlos ausgeliefert. Die Individuen der Spätmodernen entwickelten

sich vom „Citoyen“ zum „unternehmerischen Selbst“ (Schauer 2023: 446). Das Schlagwort der Diagnose lautet also auf ökonomischer Ebene „Neoliberalismus“ und auf politischer „There is no Alternative“ (TINA).

Als dritte Analyseebene dienen die Städte: Sie sind nicht länger die Avantgardezentren von politischen Entwicklungen. Hier treffen die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten nicht mehr aufeinander – mit *Gated Communities*, leeren Stadtzentren und unbezahlbarem Wohnraum segregiert sich die moderne Stadt zu einem leblosen Sammelsurium von Büros im Zentrum und eingezäunten Privathäusern in der Peripherie. In den Städten zeigte und zeigt sich wie unter einem Brennglas die gesellschaftliche Wirklichkeit und für die Gegenwart gilt: „Unter den Bedingungen gesteigerter Konkurrenz und fortschreitender Atomisierung erscheint die kapitalistische Gesellschaft für die Menschen nicht nur als ein Zwangszusammenhang, dem sie ohnmächtig gegenüberstehen, sondern der zur bürgerlichen Anthropologie gehörende Kampf aller gegen alle kehrt in den Städten der Gegenwart unter verschärften Bedingungen zurück“ (Schauer 2023: 570).

Progressive oder Regressive Möglichkeiten

Am Ende sehen wir, dass in der spätmodernen Welt das Vermögen fehlt, „ganz einfach das Ganze sich vorzustellen, als etwas, das völlig anders sein könnte“ (Adorno/Bloch zitiert nach Schauer 2023: 627). Wenn wir uns auf diese Diagnose einlassen, erhalten wir zwei sehr gute Vorlagen für mögliche Zukünfte. Zum einen verschärft sich wohl die drohende Prophezeiung, dass die Welt des scheinbar unverrückbaren Neoliberalismus, der TINA-Doktrin, der Klimakatastrophe und der globaltechnokratischen Einengung verstärkt wird und wir innerhalb dieser verwalteten Welt nur Schadensbegrenzung betreiben können.

Zum anderen allerdings ist der Wille nach der Gestaltbarkeit, sprich die Suche nach dem Möglichkeitssinn, das bestimmende politische Projekt der nahen Zukunft. Wir sollten beherzigen, was der Politikwissenschaftler Möllers kürzlich über den AfD-Erfolg sagte: Gerade der Glaube an Politik mache die Partei attraktiv, also der Glaube, das Land mit politischen Mitteln verändern zu können¹. Ähnlich könnten wir vielleicht auch den überraschenden EU-Wahlerfolg von *VOLT* erklären, die für die naive, eben deswegen attraktive Vorstellung steht, die EU tatsächlich verändern zu können.

Der Möglichkeitssinn, auch wenn er uns als "Singularitäten" im "rasenden Stillstand" abhandengekommen sein mag, strahlt nach wie vor den Glanz aus, den er seit der Aufklärungszeit verspricht. Er kann weiterhin politisch mobilisieren. Und hierin liegt eine fantastische Chance – doch auch, und das Buch umreißt diesen Themenbereich leider nicht ausführlich, die Gefahr: kann nicht der Möglichkeitssinn auch regressive Gestaltung beinhalten? Schließlich liegt eine der Gefahren der atomisierten Gesellschaft in einer „Sehnsucht nach einer Gemeinschaft, die den Anderen nicht mehr aushält.“² Die politische Gestaltung, die nun die "Alternative" für Deutschland (den Namen sollten wir schließlich in Hinblick einer Möglichkeit der Alternative ernstnehmen) propagiert, ist faschistoid und rückschrittig. Sie suchen das bessere Leben – wenn überhaupt – in der Vergangenheit (vgl. Schauer 2023: 262). Gerade daher müssen wir wieder für mögliche Zukünfte kämpfen und den Möglichkeitssinn mit progressivem Inhalt füllen. Wir dürfen nicht der autoritären Versuchung den Gestaltungsspielraum unserer Zukunft überlassen.



Weiterlesen

- Adorno/Bloch „Etwas Fehlt... Über die Widersprüche utopischer Sehnsucht. Ein Rundfunkgespräch“, in Bloch, Ernst: *Tendenz – Latenz – Utopie*. Frankfurt/M 1998: Suhrkamp.
- Marx, Karl: „Thesen über Feuerbach“. MEW 3, S. 5-7.
- Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin 2019: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut: *Beschleunigung*. Frankfurt/M 2005: Suhrkamp.
- Schauer, Alexandra: *Mensch ohne Welt – Eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung*. Berlin 2023: Suhrkamp.

¹ Der Wortlaut stammt aus Möllers Auftritt in dem SZ-Podcast »In aller Ruhe« vom 16. Dezember 2023: »eine wirklich attraktive Sache an der AfD... ist, dass sie tatsächlich an Politik glaubt, nicht? Also dass sie ... glauben, sie könnten das Land verändern mit politischen Mitteln...«. <https://www.sueddeutsche.de/meinung/podcast-in-aller-ruhe-emcke-moellers-afd-verbot-1.6320454> (letzter Aufruf 09.09.2024).

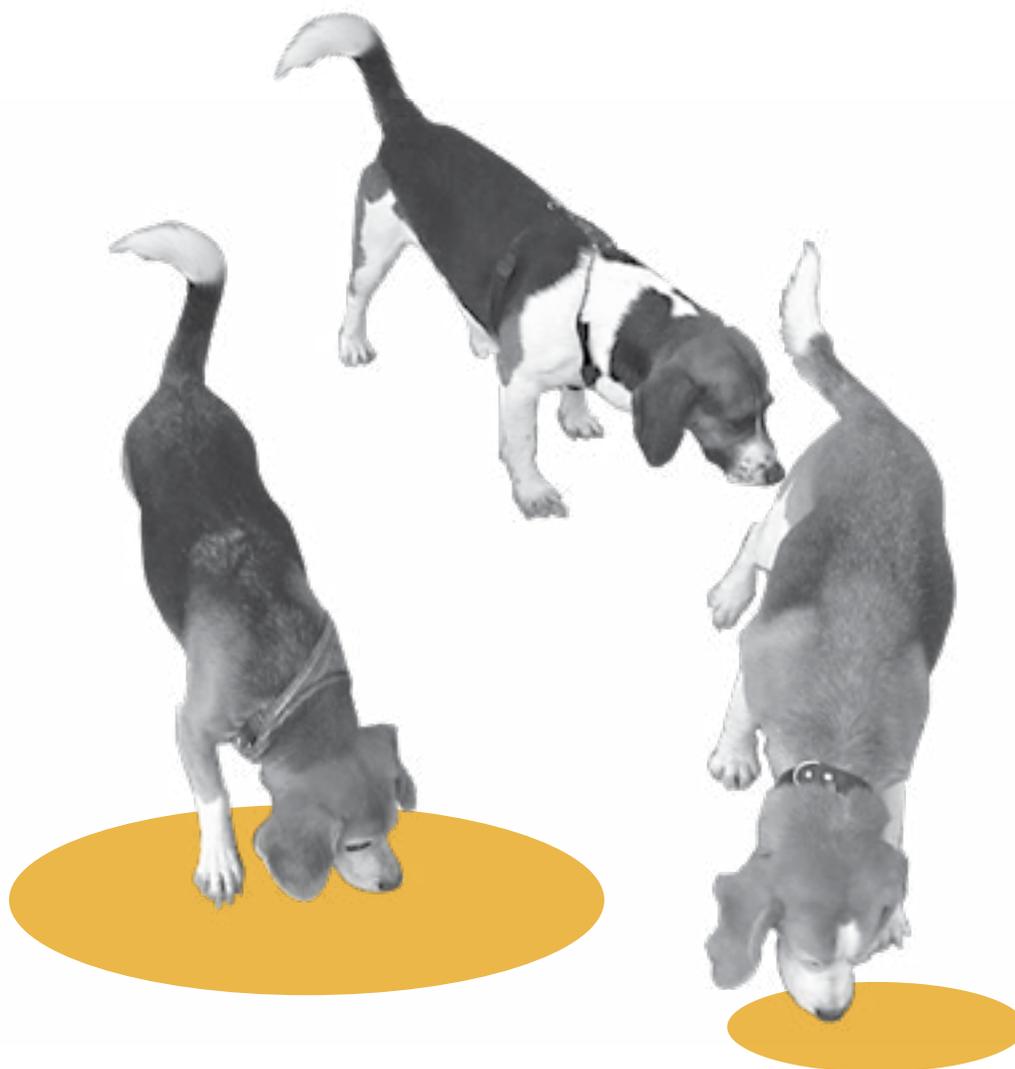
² So Alexandra Schauer in einem Interview über ihr Buch für ZEIT-ONLINE am 28.01.2023: <https://www.zeit.de/kultur/2023-01/alexandra-schauer-soziologie-selbstoptimierung-sozialforschung/seite-1> (letzter Aufruf 09.09.2024).

»Polizei zu erforschen heißt, Gesellschaft zu erforschen«

Interview mit Hannah Espín Grau

Özge İnan

Hannah Espín Grau ist Juristin, Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht der Goethe-Universität Frankfurt. Sie ist Mitverfasserin der Studie »Gewalt im Amt. Polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung«. Im Interview spricht sie über die Zukunft der Polizei, die fatale Schiefelage in Kompetenzdebatten und warum der Rechtsstaat nicht die Polizei vor uns, sondern uns vor der Polizei schützen sollte.



»Wie Polizeiarbeit in 100 Jahren aussieht, kommt also darauf an, ob Menschenrechte eine größere Relevanz gewinnen oder ob es eher in Richtung Sicherheit und Ordnung geht.«

AStA-Zeitung: Frau Espín Grau, vorausgesetzt, in 100 Jahren gibt es uns alle noch: Mit was für einer Polizei hat ein Straftäter im Jahr 2124 zu rechnen?

Hannah Espín Grau: Es gibt natürlich keine Glaskugel, in die wir jetzt schauen könnten. Aber eine Polizei bildet immer die Werte der jeweiligen Zeit, der jeweiligen Gesellschaft ab. Wie Polizeiarbeit in 100 Jahren aussieht, kommt also darauf an, ob Menschenrechte eine größere Relevanz gewinnen oder ob es eher in Richtung Sicherheit und Ordnung geht. Neue Technologien werden natürlich auch eine Rolle spielen, aber das Grundgefüge hängt davon ab, wie die gesamte Gesellschaft bis dahin aufgestellt ist.

Lassen Sie uns erst einmal einen Schritt zurück gehen. Welche Entwicklungen bei der Polizei beobachten Sie in den letzten zehn bis 20 Jahren?

Die Tendenzen sind widersprüchlich. Auf der einen Seite wächst das Bewusstsein für die Rechte von Minderheiten und anderen marginalisierten Gruppen, vorangetrieben von Bewegungen wie Black Lives Matter. Das Wissen darüber, welche Rolle die Polizei dabei spielt, verbreitet sich durchaus in der Polizei selbst. Gleichzeitig beobachten wir zunehmend Rufe nach Repression politischer Bewegungen und der Ausweitung rechtlicher Kompetenzen, gerade für den Einsatz neuer Technologien. Da knirscht es manchmal im Institutionengefüge. Man findet dann Kompromisse, schafft etwa Polizeibeauftragte, die aber gar nicht die Ermittlungskompetenzen haben, um die Polizeiarbeit effektiv zu kontrollieren.

Können Sie Beispiele für die neuen Technologien nennen?

Wir unterscheiden zwischen Einsatztechnologien und solchen, die zur Vorbeugung oder Strafverfolgung genutzt werden, mit denen Polizist*innen also ermitteln oder Gefahren vorhersagen. Bei den Einsatztechnologien gab es in den letzten Jahren viel Bewegung, es geht vor allem um Bodycams und Taser. Für Ermittlungen sind Gesichtserkennungssoftwares in der Diskussion, und im Vorhersagen, dem sogenannten Predictive Policing, viel computergestützte Datenanalyse. Dafür braucht es aber natürlich immer auch die Kompetenzen, die gesetzlichen Befugnisse.

Was kommt zuerst: Die Technologie oder die Debatte um mehr Befugnisse?

Auch da ist die Unterscheidung zwischen Einsatz und Ermittlung wichtig. Bei Dingen wie Bodycams oder Tasern ist es oft so, dass Hersteller*innen zum Beispiel auf internationalen Messen auf die Institutionen zugehen und ihre Produkte präsentieren. Da kommt die Hardware also eher zuerst - woran man übrigens schön die Verwebung von Staat und Kapital sehen kann. Aber Analysetechnologien, mit denen man versucht, Straftaten zu verhindern und potentielle Täter*innen zu identifizieren, entsprechen einem ureigenen Bedürfnis der Polizeiarbeit: Vor die Lage kommen. Aktiv werden, bevor die Gefahr eintritt. Da gehen neue technische Möglichkeiten und Rufe nach mehr Kompetenzen oft Hand in Hand.

Und dann geht die große Diskussion los?

Ja, vor allem die Polizeigewerkschaften sind meist ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, neue Befugnisse zu fordern. Deren Rolle ist wirklich interessant. Gewerkschaften sind natürlich wichtig, um die Interessen von Arbeitnehmer*innen

zu vertreten. Die Gewerkschaften der Polizei weiten ihre genuine Aufgabe aber aus, indem sie ständig Forderungen aufstellen, welche Kompetenzen die Polizei eigentlich noch alles bräuchte. Sie verknüpfen das diskursiv mit der Arbeitssicherheit der Beamt*innen, die natürlich wichtig ist, aber mit rechtlichen Befugnissen oft einfach wenig zu tun hat. Die Sicherheit der Gesellschaft ist nicht automatisch gleichbedeutend mit der Sicherheit von Polizist*innen. Ein gutes Beispiel ist die Bodycam-Debatte. In den USA ging das als bürgerrechtliche Idee los, insbesondere Schwarze Menschen sollten damit vor übermäßiger Polizeigewalt geschützt werden. In Deutschland verkehrte sich das Ganze ins Gegenteil. Hier argumentierten die Gewerkschaften, die Bodycams würden als Sicherheitsmaßnahme für Beamt*innen gebraucht. Man muss sich klarmachen, dass grundsätzlich jede neue Kompetenz dazu führt, dass Menschen heftiger poliziert¹ werden.

Was ist denn problematisch daran?

Problematisch ist, dass die Polizei als Expertin für das Recht und für ihre eigenen Kompetenzen gesehen wird, obwohl sie kein neutraler Akteur in dieser Debatte

»In was für einer Gesellschaft leben wir, mit welchen Ungerechtigkeiten haben wir es gerade zu tun und wie können wir die lösen?«

ist. Bei Technologien verselbstständigt sich das ganze noch mehr, weil sie oft schwer verständlich sind und viele Menschen die verschiedenen rechtlichen und tatsächlichen Probleme nicht überblicken. Ein Beispiel: Ein Taser ist weniger eingriffsintensiv als eine Schusswaffe, das klingt erst mal gut und wurde von Polizeigewerkschaften auch als Argument vorgetragen, sie nutzen zu dürfen. Aber wegen der niedrigen Hemmschwelle wird der Taser auch häufiger eingesetzt. Dabei ist er ein sehr gewaltvolles Mittel, das zu schweren Verletzungen, in Ausnahmefällen zum Tod, führen kann. Insofern ist es für mich eine spannende Frage für die Zukunft, wie wir diese Kompetenzdebatten weiterführen und ob sich Gegenstimmen entwickeln, die dieser polizeilichen Hegemonie in der Frage, welche Kompetenzen diese Institution braucht, auch etwas entgegensetzen können.

Welche könnten das sein?

Es kommt extrem stark auf die Stimmen derjenigen an, die poliziert werden.

Sind wir das nicht alle?

Ja, es werden alle poliziert. Wir leben in einer polizierten Gesellschaft. Aber wir sind unterschiedlich stark von den Auswirkungen betroffen. Wer zum Beispiel Racial Profiling erlebt, lebt einfach ein ganz anderes Leben, auch ein anders poliziertes Leben als Menschen, die vielleicht mal in Kontakt mit der Polizei kommen, weil ihr Fahrrad geklaut wurde oder weil sie ohne Ticket gefahren sind. Diese Stimmen lassen sich unterschiedlich organisieren und politisieren. Im Übrigen gibt es durchaus auch innerhalb der Polizei kritische Stimmen, die uns zum Beispiel begegnen, wenn wir unsere Forschungsergebnisse vorstellen. Neben Gegenwind gibt es immer wieder Beamt*innen, die uns einladen oder zurückmelden, dass sie unsere Arbeit wichtig und gut finden, dass diese Themen sie in ihrer Arbeit beschäftigen.

Was ist deren Zukunft in der Institution Polizei?

Das ist die Frage. Diese Organisation ist stark von Hierarchien geprägt. Es kommt darauf an, inwieweit diese Stimmen überhaupt Artikulationsfähigkeit entwickeln. Die Gesellschaft für Freiheitsrechte hat ein Whistleblower-Projekt für kritische Polizist*innen gestartet, solche Initiativen sind wichtig, um diesem hegemonialen Block etwas entgegenzusetzen. Insgesamt hängt es wahnsinnig von gesellschaftlichen Konjunkturen ab, wem Gehör geschenkt wird. Da sehen wir eine Verschiebung. Als wir mit unserer Forschung 2018 angefangen haben, sah es in unserer

¹ Anm. d. Red.: Polizieren meint in diesem Kontext die Gesamtheit polizeilichen Handelns, also Kontrolle und Überwachung ebenso wie konkrete Eingriffe.

Medienrecherche aus, als hätte es Ouri Jalloh gegeben in Deutschland und das wäre es gewesen, sonst wäre das Polizeiproblem so ein Phänomen aus den USA. Das hat sich total verändert. Wenn sich Betroffene also organisieren und organisiert artikulieren, bilden sie ein wichtiges Gegengewicht zu dem, was Polizeigewerkschaften fordern.

Und dann? Was wollen wir eigentlich für eine Polizei?

Ein Problem, das wir dringend lösen müssen, ist die Bedeutungsumkehr von Polizei und Rechtsstaat. Maximilian Pichl beschreibt das sehr gut in seinem Buch "Law statt Order: Der Kampf um den Rechtsstaat". In der Argumentation der Politik, von Sozialdemokraten bis zur CDU und noch weiter rechts, verkörpert die Polizei den Rechtsstaat. Dabei bedeutet Rechtsstaatlichkeit, dass Bürger*innen vor dem Staat geschützt sind, also auch und gerade vor der Polizei. Ich glaube, dass wir darum ringen müssen, die Polizei rechtsstaatlich zu kontrollieren, mit Polizeibeauftragten, die auch ermitteln können, mit parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und ähnlichem.

Viele Linke spüren einen inneren Widerstand, wenn die Lösung im Rechtsstaat eines bürgerlich-liberalen Systems liegen soll. Was antworten Sie ihnen?

Erst einmal ist es natürlich wichtig, genau diese Widersprüchlichkeit zu sehen. Auch unser Rechtsstaat ist der Rechtsstaat einer bestimmten Gesellschaftsform in dem jeweiligen historischen Moment. Zugänge zum Recht zum Beispiel sind durch materielle Fakten bestimmt, da sind Prinzipien schön, aber die Realität crasht manchmal ziemlich rein. Rechtsstaat ist also kein Allheilmittel. Aber es ist ein Prozess, und gerade jetzt gilt es, das Schlimmste zu verhindern. Bestimmte Entgrenzungstendenzen gegenüber dem Recht sind der Polizei inhärent, gedeihen aber besser oder schlechter in einem bestimmten politischen Klima. Die Polizei darf sich nicht weiter verselbstständigen und ihre Kompetenzen weiter selbst definieren. Wir brauchen einen aktiven, kritischen Diskurs darüber, was für eine Polizei wir wollen. Solange ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass es eine Polizei braucht, dass es eine Institution mit Gewaltmonopol braucht, muss diese Institution so gründlich wie möglich kontrolliert sein.

Apropos: Wie blickt eine Polizeiforscherin eigentlich auf abolitionistische Theorien, nach denen Polizei und Gefängnisse abgeschafft und - vereinfacht gesagt - durch demokratische Strukturen ersetzt werden sollen?

Das kommt natürlich darauf an, wofür sich die jeweilige Forscherin interessiert. Ich finde das sehr spannend. Allein die Frage, welche Kompetenzen die Polizei eigentlich haben soll, geht ja schon in diese Richtung: In was für einer Gesellschaft leben wir, mit welchen Ungerechtigkeiten haben wir es gerade zu tun und wie können wir die lösen? Ich glaube, da muss man sich eigentlich mit diesen Theorien beschäftigen. Polizei zu erforschen heißt für mich immer auch, Gesellschaft zu erforschen. Viel Polizeiforschung passiert ja an Polizeihochschulen und da sitzen auch teilweise sehr kompetente Leute. Aber da ist dann viel Evaluationsforschung dabei, Fragen nach Arbeitszufriedenheit, nach Einstellungen und so weiter. Es ist natürlich wichtig zu wissen, wie es den Polizeibeamt*innen geht, wie sich deren Alltag gestaltet und ähnliches. Aber ich persönlich finde es tatsächlich immer relevant, weiterzufragen: In welchem Kontext handeln die denn hier gerade?



Faschismus oder Utopie?

Gegen die autoritäre Kollektivbildung

Etwas anderes, etwas besseres als die Nation, das scheint heute tatsächlich eine Utopie zu sein. Der einzige Gegensatz zur Nation, der derzeit in den Lebensweisen vieler greifbar ist, hört auf den Namen Vereinzelung. Sie stellt einen ideologischen Herrschaftseffekt dar, der von den grundlegendsten Ritualen und Praktiken kapitalistischer Gesellschaftsformen erzeugt wird. Vereinzelung findet sich in den Formen des Rechts, als Konstitution des einzelnen Rechtssubjekts, reproduziert wird sie in den Arbeitsprozessen, die durch die Lohnform über Tauschverhältnisse zwischen Einzelnen ihre Fiktion der Freiheit gewinnen. Effekte der Vereinzelung durchziehen alle Lebensbereiche und produzieren etwa Ohnmacht gegenüber den staatlichen Apparaten, wie den Behörden oder auch der Polizei. Durch Strategien, die gebündelt häufig als neoliberal bezeichnet werden, wird sie noch verstärkt. Vereinzelung ist gelebte Handlungsunfähigkeit, obwohl sie doch manchmal als Selbstbestimmung, als Autonomie auftritt. Denn die neoliberalen Strategien haben auch eine befreiende Seite gegenüber den Zwangsgemeinschaften der Familie und eben der Nation. Zwischen der Skylla der Vereinzelung und der Charybdis der nationalen Vereinheitlichung, einen anderen Weg, bessere Lebensweisen zu finden, das scheint eine Utopie zu sein. Aber findet sie sich nicht auch bereits im Hier und Jetzt, überall dort, wo Menschen zusammenkommen und sich gegen ihre Beherrschung zusammenschließen?

Nation und Familie

Nun verändern sich die Nation und die familiären Formen, mittels derer sie sich reproduziert, ebenfalls immer wieder. Die patriarchale Kleinfamilie des Fordismus scheint in den westlichen Metropolen, wo sie am weitesten durchgesetzt schien, nur mehr ein Modell unter anderen zu sein, transnationale Lebensverhältnisse stellen die nationale Selbstverständlichkeit in Frage. Hier haben vierzig Jahre sogenannter Neoliberalismus, der immer auch ein Neokonservatismus war, ebenfalls zahlreiche Spuren hinterlassen. Sein zynisches Spiel der ‚Befreiung‘ der Individuen von ihren historischen Lebensbedingungen, die zumeist nationale Kompromissbildungen zwischen den Klassen darstellten, brachte Nation und Familie nicht zum Verschwinden, sondern verankerte sie auf gewandelte Weise in den Vorstellungswelten. Damit ist auch gesagt, dass der derzeit um sich greifende Nationalismus kein von vorneherein zum Scheitern verurteiltes Projekt der Vergangenheit ist. Er knüpft an die neoliberale Zerstörung an, insofern er aus den Trümmern der kollektiven Lebensbedingungen die Kräfte bezieht, um die Vorstellungen der Familie und der Nation erneut zu stärken und zu fixieren. Keine Nation hatte jemals eine bestehende ethnische Basis, sondern ihre Konstitution bedeutete immer eine fiktive Gemeinschaftsbildung. Will



»Effekte der Vereinzelung durchziehen alle Lebensbereiche und produzieren etwa Ohnmacht gegenüber den staatlichen Apparaten, wie den Behörden oder auch der Polizei.«

man nicht den rechten Mythen von Ursprung und Heimat das Wort reden, gilt es die historische Permanenz von Migrationsbewegungen ins Auge zu fassen und gegen jede Fixierung von kollektiven Identitäten auf die historischen Prozesse ihrer Herstellung zu schauen. In dieser Hinsicht lässt sich derzeit beobachten, wie in zahlreichen Auseinandersetzungen in allen Bereichen der Gesellschaft neue Linien des Ein- und Ausschlusses gezogen werden, wie die nationalen Identitäten im Rückgriff auf Altes aber auf teilweise neue Weise fixiert werden.

Die nationalen Gemeinschaften sind autoritäre Kollektivbildungen. Sie bannen die Einzelne, wenn sie sich dem zu entwinden versucht, wird sie zur Verräterin erklärt. Doch als autoritäre Kollektivbildungen versprechen sie Handlungsfähigkeit. Die national identifizierten Subjekte sagen ‚wir‘ und wissen wer gemeint ist und wer nicht. Man könnte sagen, dass die nationale Identifikation ein Gefühl der ‚Solidarität‘ erzeugt. Als solche vermag sie vielleicht wirklich bestimmte Momente der Ohnmacht durch Vereinzelung aufzulösen, sie bedeutet dabei aber keine Ermächtigung, sondern eine andere Art der Gängelung der national eingeschlossenen Subjekte. Zugleich ist sie mit Praktiken der Entsolidarisierung verknüpft, die eine Logik des Ausschlusses, der Diskriminierung, der Gewalt und Entrechtung befeuern.

Erfindung eines neuen Gemeinsamen?

Da die Nation die herrschende politische Form der letzten gut zweihundert Jahre bildet, erscheint mir die Kritik an ihr heute weiterhin zentral. Die Notwendigkeit dieser Kritik zeigt sich auch dort, wo es nicht in erster Linie um den Rassismus zu gehen scheint, der die Nation-Form immer begleitet hat, dort, wo ein anderer historischer Name für die Überwindung von Ohnmacht und für Solidarität ins Spiel gebracht wird, nämlich die ‚Klasse‘. Das ‚Wir‘ der Klasse ist heute nicht selten komplett in der nationalen Identifikation gefangen und somit selbst eine fixierte Identität. In diesem nationalen Kurzschluss liegt die Macht der Anrufungen einer Zeit vor der neoliberalen Verwüstung des Sozialstaats: Die Sehnsucht nach kollektiven Sicherheiten und Verteidigungen wird mit den vergangenen national-sozialen Kompromissen so verknüpft, dass die Nation als ihre einzige mögliche Realisierungsform erscheint. Auch hier werden folglich Prozesse der Migration in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft leicht zu einer Bedrohung verklärt. Rassistische Phantasmen knüpfen daran an und finden ihre ideologische Infrastruktur in der durchdringenden Nationalisierung der Verhältnisse zwischen den ‚Klassen‘. Die Gegenvorstellung dazu wäre, dass Klassen sich immer neu zusammensetzen, und nicht als präexistente Einheit außerhalb der Kämpfe entstehen, und folglich dass die

Prozesse ihrer Zusammensetzung immer schon über die nationalstaatlichen Begrenzungen der Massen hinausreichen. Weil das Gemeinsame zwischen unterschiedlich ein- und ausgeschlossenen Teilen der Massen jedoch nicht gegeben ist, sei es durch einen nationalen Mythos, sei es durch die Vorstellung einer einheitlichen Lage, muss es erst noch erfunden werden. In dieser Erfindung des Gemeinsamen, die bestehende nationale Ein- und Ausschlüsse zurückdrängt, liegt meines Erachtens das Versprechen einer Kraft, die das Pendeln zwischen autoritären Kollektivbildungen und Vereinzelung unterbricht. Doch die gemeinsame Erfindung und Organisation solcher Kollektivbildungen scheint heute utopisch. Verzweifelt wirken die Hinweise auf all jene, die sich im Alltäglichen der nationalen Identifikation bereits kollektiv zu entwinden versuchen und so zugleich die Vereinzelung zurückdrängen. Was lässt sich dagegen sagen, dass der Blick auf widerständige, subalterne Kollektivbildungen in Zeiten der Faschisierung weniger Hoffnung als Furcht verbreitet? Dass ihre Schwächung und Zerstörung allenthalben greifbarer erscheint, als ihre Ausdehnung? Vielleicht nur, dass jede fatalistische Vorstellung der Bedingungen für eine Veränderung lediglich die untergeordnete Position reflektiert, in der sich die alternativen Politikformen derzeit befinden. Dass es leichtfällt, die Ausdehnung dieser Lebensweisen als Utopien abzukanzeln, unterstreicht bereits die Stärke der Faschisierungsprozesse. Doch die in diesen Prozessen kursierenden Bedrohungsszenarien zeigen auch, dass alle, die mit solchen Lebensweisen assoziiert werden, zum Feind erklärt werden. Der Antikommunismus ist auf dem Vormarsch und zielt häufig auf Kräfte, die noch nicht einmal sozialdemokratisch zu nennen sind. Es ist klar, dass der Faschismus nicht nur die Vorstellungskraft lähmt. Er zielt, bei aller Divergenz seiner historischen und aktuellen Formen, auf ein statisches Verhältnis zwischen übergeordneter faschistischer Führung und dem untergeordneten Volk als homogener Gemeinschaft. Er zielt auf die Zerstörung jeder Form demokratischer, selbstorganisierter oder selbstbestimmter Aktivität. Seine Stützen sind die Vereinzelung und die nationale Vereinheitlichung, er transformiert die Ohnmacht und Angst der Vereinzelung in eine kollektive Gefahrenabwehr, die sich gegen alle richtet, die zu einer solchen Gefahr gemacht und erklärt werden. Wir sollten nicht vergessen, wer das alles in der Vergangenheit war, und nicht aus den Augen verlieren, wer heute alles zur Verfolgung auserwählt wird. Die faschistischen Redner sagen es jeden Tag: Verfolgt werden jene, die als Bedrohung für die familiäre und damit sexuelle Ordnung gelten, jene, die als Gefahr für die Nation gelten. Wer dem faschistischen Versprechen folgt, kämpft für seine eigene Unterwerfung, als wäre es sein Heil. Haben wir dem wirklich nur Utopien entgegensetzen?

August 2024

ein immergleicher flirrender tag

ein immergleicher flirrender tag

emmi esefeld

Unter der Kuppel steht die Zeit, doch die Uhr läuft
s geht nirgends nach damals, damals is hier
man hört, die 90er wärn zurück
jener wirre Zwischenzustand sei nun Dauerzustand - mit Leberzirrhose
die warn doch nur im knast oder auf harz, die wenigsten ham rüber gemacht
oder warn dort wegen der Keschelei*, zum malochen, west-lohn
fort warn sie nie

ich wollt gar nich so weit weg, bin nun nur selten da
am immergleichen Hitzetag
wo ich mich selbst rauschen hör
mir geht auf n weites Blau überm Phantasma einer Wasserrutsche
oben Himmel, unten Straße, freie Sicht ins Nichts
hier fühlt sich weltuntergang ma gar nich so unreal an
der Teer hat 36 grad, daneben tragende Obstbäume in ner Chaussee,
darinder dürres Korn, dadrauf fette Strommasten, dadrüber halbkranker Wald
- überall idyllische ruhe

Betonplatten links führn längst nich mehr zur landwirtschaftlichen
Produktionsgenossenschaft, sondern nem selbstorganisierten spatzenhort
aber keine sorge, tesla und intel kommen auch zu dir, an dein ort
»hier entsteht silicon saxony«

emmi esefeld, jahrgang '99

aufgewachsen am rande des thüringer waldes, unzählige sommerferien verbracht in der
sächsischen provinz, brandenburg und an der ostsee. 2017 aus versehen in ffm gelandet,
seitdem beschäftigt sie sich wissenschaftlich und künstlerisch mit nachwendethematiken.

ruft auf, z.B. über <https://www.polylux.network/> linke und kleine projekte in ostdeutschen
provinzen zu unterstützen, genauso wie in der westdeutschen provinz!

alles fast genauso wie immer, denk ich
trends kommen spät, außer feixend an der wahlurne
zukunft will nich so richtig?
druffe Gören in Leggins vor pimmelskizzen am BH*,
Grenzgaenger* lassen ihre Simmen* dröhnen
maulige Alte an lackabplatzenden Eisengittern vor
schieferplattengedeckten Häusern
paar zerfledderte bunte Wimpel von der letzten Dorfkirmse,
warn dolles fest
in Kleinstädten »ausländer«, paar mehr, am Schultern hoch-
und Kopf einziehen
alles schön gepflegt und daneben organisch zerfallen, ordnung muss sein
präsenste Werbeschilder: »zu verkaufen« und mces-logo: 6km dann
rechte Ausfahrt
dadran vorbei rast n generischer schwarz-böseschauender audi,
auf der Anhängerkupplung n blutiger puppenkopf
hoffentlich fährste gegen die eiche da
hausecke: anti anti antifa
puh, immernoch da
Gefühl im Bauch wie damals, nur damals keine Ahnung, was das war

dieses heimatgefühl is in ner Schneekugel befangen - summer edition
aufbewahrt von uns nachwendekids
kannste schütteln: fliegt der staub rum, rieselt der staub runter,
legt sich der staub drauf
eine erinnerung an uns fremde Zeiten, angeglotzt bis zur
schmerzhaften Bekanntheit

ich kehr zurück unter die kuppel, trotzdem und gerade weil
im westen hält's mich nich mehr lang, schlimm wärs ja überall, so hört man
teil ich mir halt da die Luft mit heimatspinnern, statt wie hier mit
yuppieschweinen, verpestet isse überall
jetze genug defätismus aber auch, aber no future
angekomm daheim: montier die Schneekugelkuppel ab,
werf sie auf die 90er, die fast die 30er sind
- der herbst beginnt

***Kescheln:** von Kind und Kegel (uneheliche Kinder) - »Keschelei« Wort für Kinderschaft

***BH:** so nannten wir Busbahnhöfe. Orte, wo wir uns in der 6./7. Klasse zum Mix-Bier saufen getroffen haben

***Grenzgaenger:** in den 2010ern gehypte Merchandise-Motorradmarke, ganze »Motorradgangs« stätteten sich damit aus, machten Vlogs etc., scheinbar nach wie vor beliebt

***Simme(n):** Simson-Fabrikate (Mopeds aus der DDR, heute lebendiges Ostalgie-Produkt)

Utopie und Anti-Utopie

eiqotU-itnA otU



Paul Schierle

Sprache ist einem evolutionären Prozess unterworfen, der sie stromlinienförmiger macht und sicherstellt, dass sie noch auf die sich verändernden Phänomene passt, die sie zu beschreiben versucht. Im Zuge dieser Auslese wurde der sperrige Begriff *Anti-Utopie* als Gegenstück zur Utopie durch den eleganteren Ausdruck *Dystopie* ersetzt, als das Genre populärer wurde. Wie es bei evolutionären Prozessen üblich ist, ist jedoch auch hier ein wertvoller Teil des Alten verloren gegangen; der Verweis des Wortes *Anti-Utopie* auf die Tatsache, dass es zu jeder Utopie auch ein Gegenstück gäbe und umgekehrt. In ihrer aktuellen Ausprägung sind beide Formen nur dadurch politisch interessant, dass sie eine Welt darstellen, die anders ist als die, in der wir tatsächlich leben. Beide Gattungen halten der Gegenwart eine schönere oder schrecklichere Version ihrer Zukunft und damit der Tendenzen ihrer selbst entgegen, niemals aber beide. Die Entscheidung, die dadurch provoziert wird, ist die Entscheidung zwischen der Gegenwart, wie sie ist und der Zukunft, wie sie sein könnte – schön oder schrecklich. Diese Darstellung kann wichtig sein: Möchte ich in einer Zukunft leben, in der sich alles, was jetzt schlecht ist, ins Unerträgliche gesteigert hat? Oder bekämpfe ich jetzt schon die Tendenzen, damit es nicht so weit kommt?

Eine so vereinfachte Entscheidung kann aber auch unpolitisch sein, weil sie breit kritisiert, ohne eine wirkliche Alternative aufzuzeigen. Das führt dazu, dass beispielsweise der dystopische Klassiker schlechthin, 1984, ein Lieblingsbuch rechter Kräfte geworden ist, die heute in allen staatlichen Interventionen das Grauen des Kommunismus erkennen und bekämpfen. Dass Orwell selbst demokratischer Sozialist war, bewahrt ihn nicht davor, einer der einflussreichsten Autoren der zeitgenössischen Rechten zu sein. In beinahe allen seinen Büchern tritt Orwell als Kritiker auf – eine Rolle, die er brillant ausfüllt. Weil er seiner Anti-Utopie aber keine Utopie gegenüberstellt und auch seinen anderen bekannteren Werken, die vor allem Beschreibungen der bitteren Lebensrealität der englischen Arbeiter*innenklasse sind, keine positiven Bilder der Zukunft einprägt, ist es einfach, seine sozialistischen Ansichten zu übersehen oder zu überdecken. Orwell hat ein politisches Erbe hinterlassen, das ihm nicht gerecht wird, weil er seine eigenen politischen Überzeugungen nicht klargestellt hat. Er hat der Entscheidung zwischen der Gegenwart und der grauenhaften Zukunft von 1984 keine dritte Option hinzugefügt,

die eine bessere Zukunft enthält, für die man kämpfen könnte. Hätte er das getan, wäre ihm nicht nur seine Wiederauferstehung als Zombie im Dienst der antikommunistischen Rechten erspart geblieben, er hätte seinen Leser*innen auch einen breiteren Entscheidungskorridor geöffnet.

Als erstes Beispiel für die Formulierung von Utopie und Anti-Utopie in einem Werk, für einen breiten Entscheidungskorridor, kann Orwells Zeitgenosse und Schriftstellerkollege H. G. Wells dienen. In mehreren Romanen entwickelt Wells eine Dystopie aus den Tendenzen der Gegenwart, die dann innerhalb des Textes positiv gewendet werden. In *Befreite Welt* beispielsweise führen Fortschritte in der Kernspaltung und der Atomenergie unter den bestehenden Bedingungen zuerst zu einer zutiefst grausamen, ungerechten Weltordnung und dann zu einem weltweiten Atomkrieg, der die menschliche Zivilisation beinahe zerstört. Erst nach dieser dystopischen Phase, nach der Katastrophe, erkennt eine geläuterte Menschheit die Sinnlosigkeit der verschwenderischen und zerstörerischen Nutzung der ihr geschenkten Kraftquelle und errichtet auf Basis dieser Erkenntnis die befreite Welt des Titels, in der die ungeheure Produktivität der Atomenergie verwendet wird, um die gesamte Menschheit vom Joch des Mangels zu befreien. Aus der Entfesselung der Atomenergie entwickeln sich Anti-Utopie und Utopie aufeinander folgend, auseinander entstehend. Auch wenn Wells damit einen politischen Entscheidungsspielraum über die Nutzung der Atomkraft eröffnet, ergibt sich die befreite Welt bei ihm nicht aus der Gegenwart, sondern aus einer Katastrophe, die in der Zukunft liegt. Das könnte die politische Wirkung seiner Texte wieder einschränken, weil es suggeriert, dass die Bedingungen für eine befreite Welt noch nicht vorliegen; die Dinge müssten sich erst in ihrem ganzen Grauen entfalten, bevor die Menschheit bereit ist, auf diejenigen zu hören, die schon immer die Botschaft der Rationalität verkündet haben.

Noch wirkungsvoller scheint deshalb meiner Meinung nach die Gegenüberstellung von Utopie und Anti-Utopie, die nicht, wie bei Wells, zeitlich aufeinander folgen, sondern als zwei alternative Versionen der Zukunft dargestellt werden. Ein hervorragendes Beispiel für dieses Vorgehen stammt von Huey P. Newton, dem wichtigsten Theoretiker der *Black Panther Party*. Seine Schriften sind nicht direkt fiktional, sie sind politisch gemeint und

konkreter als die Romane Wells' oder Orwells. Newton hat diese Visionen nicht einfach in Büchern dargelegt und für sich stehen lassen, er hat sie in Reden, Parteipublikationen, in Interviews oder auf Vorträgen ausgemalt und verwendet. Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – erfüllen sie dieselbe Funktion wie die Fiktionen der beiden Schriftsteller: Sie erzeugen Bilder der Zukunft und sie rufen auf dieser Basis zur Handlung auf. Nachdem die Panther in ihren Anfangstagen noch die Forderung nach einem eigenen Nationalstaat auf US-Territorium gestellt hatten, gaben sie diese in den 60ern auf, weil Newton davon ausging, dass es bald keine souveränen Staaten mehr geben würde. Seiner Meinung nach würden die USA und verschiedene globale Konzerne so mächtig werden, dass nationale Selbstbestimmung unmöglich würde. Durch die Weiterentwicklung von Kommunikationstechnologien, Medien, Konsumkulturen und Produktionsmitteln werde die kapitalistische Kultur und Wirtschaftsweise global, gleichzeitig schwinde die Macht der nationalen Regierungen und die Community trete an ihre Stelle. Die Weltgesellschaft wird in dieser Vision zu einem Netzwerk aus Gemeinden, die alle unter dem Einfluss der kapitalistischen Technologien und Wirtschaftsweisen stehen. Newton nennt diese Entwicklung *reaktionären Interkommunalismus*, weil die Kommunen in ihr nicht selbstverwaltet sind: Die kapitalistische Maschinerie schafft so umfassende Sachzwänge, dass die Demokratie ins Leere läuft und die Menschen nicht wirklich über ihr Leben bestimmen können. Newton geht hier also wie Wells von der Anti-Utopie aus. Er erkennt bestimmte Tendenzen der Gegenwart und warnt vor einer Zukunft, in der sich diese Tendenzen unwidersprochen entfaltet haben.

Dieser Vision einer Zukunft stellt Newton einen eigenen politischen Vorschlag entgegen: Den *revolutionären Interkommunalismus*. Wie der Name schon sagt, versucht Newton mit diesem Konzept, die Entwicklungen, die er sieht, emanzipatorisch zu wenden. Er erkennt an, dass sich die Formen des Zusammenlebens und die Produktionsweisen durch neue Technologien verändern. Unter diesem Eindruck klammert er sich allerdings nicht an Bilder der Gegenwart und Vergangenheit, sondern entwirft das Bild einer Zukunft, in der sich die Kommunalisierung zwar vollzieht, die Communities aber Gestaltungsmacht über ihre eigenen Lebensumstände haben; in der sich die Automatisierung vollzieht, sie die Menschen aber von der Arbeit befreit, anstatt sie um sie betteln zu lassen. Newtons Bild des revolutionären Interkommunalismus

basiert auf einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, einer basisdemokratischen Kontrolle über die eigene Community und einer demokratischen Kontrolle über den technologischen Apparat.

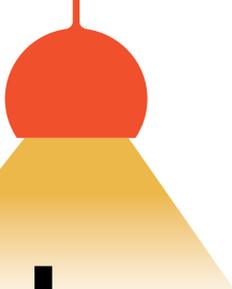
Newton tut hier, in anderer Form und praxisnäher, was auch Wells getan hat: Er erkennt negative Eigenschaften und Tendenzen seiner eigenen Zeit, projiziert sie in die Zukunft und wendet sie schließlich in ihr positives Gegenteil. Beide verdammen nicht einfach eine Entwicklung, sie erkennen das emanzipatorische Potenzial von Technologien, wenn diese von den politischen und sozialen Bedingungen ihrer Zeit befreit werden – wenn sie ihrer kapitalistischen, nationalistischen, kriegstreiberischen Nutzung entrissen werden. So muss kein reiner, zermürbender Abwehrkampf geführt werden, die Ablehnung des Einen trägt die Zustimmung zum Anderen schon in sich und damit auch den Aufruf, dieses Andere zu verwirklichen. Vielleicht noch wichtiger als dieser Aufruf ist die relativ konkrete Handlungsanleitung, die die Gegenüberstellung dessen, was sein sollte, mit dem, was nicht werden sollte, bewirkt.

Um politisch wirkmächtig zu sein, braucht man beides: Kritik und Ideal. Dadurch, dass sich die Werke der beiden Autoren auf konkrete Dinge beziehen, die man umgestalten kann (Atomenergie, Automatisierung etc.) und dadurch, dass sie einen klaren Korridor der Entscheidungsmöglichkeiten vorgeben, sind sie meiner Meinung nach wesentlich politischer als klassische, getrennte Utopien oder Dystopien, weil sie das Gefühl vermitteln, dass Politik nicht nur aus Abwehrkämpfen und Träumen, sondern aus Aushandlungen und Kämpfen besteht. Sie vermitteln das Gefühl, dass die Welt gestaltbar ist und eine Idee davon, wie sie gestaltet werden kann. Vor allem Newtons Version von Utopie und Anti-Utopie, die explizit zwei Versionen unserer eigenen, nahen Zukunft darstellen, erfüllt diesen Zweck. Die Zukunft wird damit wesentlich expliziter in unsere Hände gelegt – mitsamt der Vision einer Welt, um die man gekämpft und die man gewonnen und der Warnung vor der Fratze einer Welt, die man sich selbst überlassen hat. Besonders in der Zeit der digitalen Medien ist der Kampf um die Zukunft ein Kampf der Bilder, sowohl imaginärer als auch realer. Für die Kämpfe unserer Zeit (vor allem die Klimakrise und die Digitalisierung) kann die Mobilisierungskraft solcher Utopien und Anti-Utopien deshalb entscheidend sein – sie müssen nur noch geschrieben und mit Leben erfüllt werden.

Anti-Pol

Utopie und Anti-Utopie





leben statt Leerstand^{m²}

– eine neue Kampagne



Frankfurt steht leer?! Die Zahlen sind wahlweise alarmierend bis uneindeutig: mehr als 1 Millionen Quadratmeter Büroleerstand, damit liegt Frankfurt bundesweit an der Spitze. Der Mikrozensus, der im Juni veröffentlicht wurde, zählt fast 13 Tausend leerstehende Wohnungen in der Stadt. Aber: eine Meldepflicht von Leerstand für Eigentümer*innen gibt es in Hessen nicht. Die Zahl könnte also sogar noch höher liegen. Die Ausmaße des Luxusleerstands? Dazu werden überhaupt keine spezifischen Zahlen erhoben.

Quoten hin, Zahlen her: Wir alle begegnen dem Leerstand täglich. Ob ein Wohnhaus, durch das der Wind pfeift, ein Luxusneubau, in dem abends nur die Hälfte der Lichter brennen, oder ein Geschäft, in dem seit Jahren nichts passiert – an einem leerstehenden Gebäude vorbeizulaufen ist Alltag in dieser Stadt. Und selbst wenn der Leerstand im Verborgenen bleibt und zahlenmäßig nicht exakt erfasst wird, so sind seine Konsequenzen in der gesamten Stadt spürbar.

Wer sind wir?

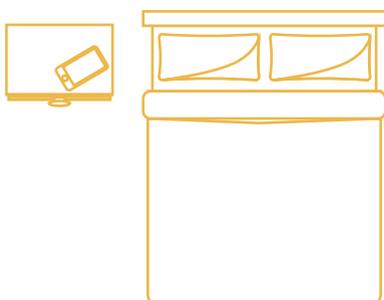
leben statt Leerstand ist eine Mitmachkampagne im Raum Frankfurt, die Leerstand in all seinen Formen als Problem adressiert: ob Luxus-Leerstand, „klassischer“ Leerstand von einzelnen (Altbau-)Häusern oder Büro- und Gewerbeleerstand.

Wir sind eine Gruppe von stadtpolitisch Aktiven unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen Hintergrundes, die sich seit längerem mit Leerstand auseinandersetzen. Wir wohnen, leben, arbeiten, studieren in Frankfurt und haben den Wahnsinn des Frankfurter Wohnungs- und Immobilienmarktes satt. Mit den Entwicklungen der letzten Jahre ist die Aktualität der Thematik Leerstand wieder sehr deutlich geworden: Angefangen vom neuen Zyklus der Hausbesetzungen in Frankfurt seit Dezember



2022 mit der Günderrodestraße über realpolitische Debatten zum Gesetz gegen Wohnraumzweckentfremdung im hessischen Koalitionsvertrag 2024 bis hin zu sich häufenden Presseberichten über die Problematik des Leerstands in Frankfurt.

Mitmachkampagne heißt: Jede*r kann und soll mitmachen, denn um den Leerstand in dieser Stadt abzuschaffen, brauchen wir so viele Mitstreiter*innen wie möglich! Dabei sind verschiedenste Ideen und Aktionen gefragt, der Kreativität keine Grenzen gesetzt! Das heißt auch du – egal ob du Teil einer politischen Gruppe, eines Vereins, einer Nachbarschaftsinitiative bist oder als Einzelperson mitgestalten möchtest! Es gilt: Im Prozess selbstbestimmter Stadtgestaltung brauchen wir uns gegenseitig: Unsere vielfältigen Ideen, Kontakte und Erfahrungen, unsere Kreativität und Kraft, unsere Solidarität.



Leerstand ist kein Zufall.

Sondern eine Strategie der Immobilienwirtschaft. Diese Strategie ist Teil einer spekulativen Logik, die Profite vor Menschen stellt und Entmietung und Verfall von Häusern wirtschaftlich attraktiver macht als ihre sinnvolle Nutzung. Leerstehende Gebäude warten dann oft jahrelang auf Umnutzung, Abriss oder Neubau.



Leerstand ist sinnlos.

Nicht für die Investor*innen, die auf höhere Profite spekulieren, jedoch für die Bewohner*innen dieser Stadt. Denn leerstehende Räume sind immer ungenutzte Wohn-, Kultur- und Gewerberäume. Dabei sind gerade diese Räume Mangelware in Frankfurt.

Leerstand ist existenzbedrohend.

Weil es so viele Menschen gibt, die auf der Straße oder in Notunterkünften leben müssen. Weil so viele Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt, zwangsgeräumt und zum Umzug gezwungen werden. Und weil so viele Menschen keinen lebenswerten Wohnraum finden oder Räume, in denen sie sich ohne Konsumzwang aufhalten können.



Mach mit bei der Kampagne
leben statt Leerstand!

Webseite: www.lebenstattleerstand.de

Instagram: @lebenstattleerstand

Leerstand erzeugt Widerstand.

Die Dondorf-Druckerei, das Queere Kino auf der Berger Straße und das Hausprojekt Gündi West, um nur einige der Hausbesetzungen der letzten Jahre zu nennen, zeigen, was möglich ist, wenn leerstehende Räume angeeignet werden. Hier wird Leerstand sinnvoll, kreativ und unkommerziell genutzt: zum Wohnen, für Begegnung und kulturelle Angebote.

Leerstand betrifft (fast) alle.

Jeder Raum, der ungenutzt bleibt, ist ein weiterer Angriff auf alle, die vom Reichtum ausgeschlossen werden. Deswegen müssen wir etwas gegen Leerstand tun. Ihn aufdecken, indem wir über ihn diskutieren, ihn problematisieren, ihn sichtbar machen, ihn markieren, ihn aneignen und ihn zukünftig verhindern, um Stadt anders machen zu können. Ziel einer solidarischen Stadt muss sein: Investor*innen verdrängen, nicht Bewohner*innen.

Wir wollen leben statt Leerstand!

Das bedeutet für uns, wir wollen eine Stadt, in der es menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum für alle gibt und in der nicht-kommerzielle Freiräume und soziale Zentren gefördert werden. Wir wollen eine Stadt, an deren Gestaltung alle ihre Bewohner*innen teilhaben können, auch wenn sie nicht reich sind. Wir wollen eine Stadt der Solidarität statt des Wettkampfs. Lasst uns Leerstand nicht weiter hinnehmen!



Leerstand ist unökologisch.

Der Zyklus von Leerstand, Verfall, Abriss und Neubau, den viele Häuser durchlaufen, bedeutet eine massive Verschwendung von Ressourcen. Nicht nur wird die im Haus bereits gebundene graue Energie nicht mehr sinnvoll und nachhaltig verwendet, sie wird sogar dem Verfall überlassen, um schließlich durch den Aufwand weiterer Energie das Bestandsgebäude abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen. Diesen verschwenderischen Umgang mit Ressourcen können wir uns angesichts der Klimakrise nicht leisten.

Leerstand & Utopie

Die Kämpfe um den Campus Bockenheim

Man muss kein*e Student*in sein, sich auf dem Gebiet der Stadtforschung bewegen oder sich gar dem städtischen Aktivismus verschrieben haben, um mit dem Konstrukt „Campus Bockenheim“ etwas anfangen zu können. Es reicht völlig aus, in Frankfurt zu leben und hier und da einen Blick in die hiesigen Gazetten zu werfen. Ist dem so, so hatte man in den vergangenen zwei Jahrzehnten reichlich Gelegenheiten, das fulminante Spektakel auf dem Gründungscampus der Goethe-Universität (GU) zu verfolgen. Eine durchaus spannende Geschichte; es geht um internationalen Investor*innen, spektakuläre Sprengungen, gigantische Neubauten, luxuriöse Apartments und viele sich die Hände reibende Politiker*innen und Stadtplaner*innen. Doch fürchtet nicht ihr Kritiker*innen der unersättlichen neoliberalen Expansion: „(...) Öffentlicher Raum wird geschaffen, in dem Menschen sich begegnen und gerne aufhalten“¹. So beschreibt es zumindest das verantwortliche Architekt*innenbüro, das für das Konglomerat aus Wohnturm und Luxushotel verantwortlich ist, für das der traditionsträchtige AfE-Turm im Jahr 2014 hatte weichen müssen. Auch um diese der Realität entflohenen Aussage einordnen zu können, muss man kein*e Akademiker*in oder Verfechter*in städtischer Zivilpolitik sein. Denn ganz offensichtlich hat diese Geschichte auch eine Kehrseite; natürlich heißt „internationale Investor*innen“, dass zivilgesellschaftliche Interessen vor Ort in den Hintergrund rücken, natürlich heißen „spektakuläre Sprengungen“, dass graue Energie verloren geht, natürlich heißen „gigantische Neubauten“, dass Zwischen- und Pioniersnutzungen nicht erwünscht sind, natürlich heißen „luxuriöse Apartments“, dass bezahlbarer Wohnraum und finanzschwache Bevölkerungsschichten verdrängt werden und natürlich, am aller deutlichsten, hat es für die lokale Zivilbevölkerung nie etwas Gutes geheißen, wenn sich Politiker*innen und Stadtplaner*innen so stark die Hände reiben, dass der dabei entstehende Rauch quasi von ganz alleine das Wort „Gentrifizierung“ formt.

Trotz dieser von oben auf den Campus wirkenden Kräfte ist die Situation nicht aussichtslos. Im Gegenteil, seit Beginn des Wegzugs der GU an den prestigehaften Standort auf dem neu entstandenen Campus Westend stehen zahlreiche Akteur*innen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft dem „Ausverkauf“ des Campus Bockenheim gegenüber. Sie vernetzen und engagieren sich, protestieren, setzen sich zur Wehr, führen Kämpfe und treiben in unvergleichlichem Maße Utopien voran, die den Campus Bockenheim als lebhaften, partizipativen und solidarischen Raum sehen. Um jene andere Seite der Geschichte des Campus Bockenheim zu dokumentieren, die von unten ausgestaltet wird, aus Sicht der Zivilgesellschaft, der Student*innen und der zahlreichen Aktivist*innen, ist die Ausstellung „Leerstand und Utopie. Die Kämpfe um den Campus Bockenheim“ entstanden. Initiiert durch ein Forschungsseminar im Masterstudiengang Humangeographie, das den Campus Bockenheim und die verschiedenen involvierten Akteur*innen in sein Zentrum gerückt hat, wurde der Ansatz verfolgt, dass hier mehr als nur ein wissenschaftliches

Kurator*innenkollektiv
»Leerstand und Utopie«

Dokument erzeugt werden soll, welches dazu verdammt ist, im Äther der Bedeutungslosigkeit studentischer Arbeiten zu versinken. Vielmehr, so der Ansatz, war es der Anspruch so eng wie möglich mit den Initiativen auf dem Campus zusammenzuarbeiten und in Abstimmungen mit deren Wünschen und Ansprüchen ein Endergebnis zu produzieren, von dem vor allem die Akteur*innen selbst profitieren können. In vielen gemeinsamen Gesprächen zwischen Student*innen und Aktivist*innen kristallisierte sich so zunehmend der Wunsch nach mehr Aufmerksamkeit und das Sichtbarmachen der Situation auf dem Campus heraus. Mit dem visuell leicht zugänglichen und vielseitigen Medium „Ausstellung“, so einigte man sich, könnte dies sinnvoll verwirklicht werden. Es folgten erneute intensive Gespräche, Austauschprozesse und Plenarbesuche, um in Zusammenarbeit mit den Initiativen passende Exponate herauszusuchen oder gar gänzlich neue zu erschaffen.

Von den vielen Initiativen, die für eine Zusammenarbeit angefragt wurden, haben sich folgende dazu entschieden zu partizipieren und werden somit in der Ausstellung repräsentiert: die **ada_kantine**, das **Archiv der Revolte**, die **Initiative Druckerei für Alle!**, die **Feministische Bibliothek**, die **Initiative Donndorf Druckerei**, das **Institut für Sozialforschung**, das **Offene Haus der Kulturen** und das **Stadtteilbüro Bockenheim**. Ohne die Offenheit dieser Initiativen und der Bereitschaft, sich an der Ausstellung zu beteiligen, hätte das Vorhaben so nicht stattfinden können.

Aus diesen Kooperationen entstanden ist eine bisher einzigartige Dokumentation über die komplexen Spannungsverhältnisse und Akteur*innen auf dem Campus Bockenheim. Auf 14 Ausstellungstafeln werden die Kämpfe der verschiedenen Initiativen und Akteur*innen um die Nutzung des Campus Bockenheim und ihre Utopien für das Gelände aufgezeigt. Dabei geht es aber auch um das großflächige Campusgelände und die verschiedenen vorherrschenden Interessenskonflikte. Hier, wo so viel Leerstand herrscht, stehen sich Aktivist*innen, Stadtteilbewohner*innen, Wissenschaft, Immobilien- und Gewerbetreibende sowie Politiker*innen in ihren Zukunftsvisionen teils diametral gegenüber. Genau hier setzt die Ausstellung „Leerstand und Utopie. Die Kämpfe um den Campus Bockenheim“ an und will Licht ins Dunkle bringen. Stadtplanerische Prozesse, die Entstehung von Leerstand und Nutzungskonflikte; Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden im Nexus des Campus dokumentiert und eingeordnet. Die Ausstellung erklärt, wieso viele Gebäude auf dem Campus von Leerstand betroffen sind, wieso in anderen wiederum exklusive und überbezahlte Luxusapartments eingezogen sind und welche Vorstellungen die verschiedenen Akteur*innen für die jeweiligen Gebäude haben. So zeigt die Ausstellung auf, wie der Campus Bockenheim zu einem umkämpften Gebiet

wurde, welche Zukunftsvorstellungen existieren und welche Utopien bereits gelebt werden. Der Aufbau und die Anordnung der Exponate orientieren sich dabei an einigen der signifikantesten Gebäude auf dem Campus, um dadurch ein räumliches Gefühl für das Areal herzustellen und die Ausstellung noch erlebbarer zu machen. Besucher*innen der Ausstellung können sich zwischen dem **Juridicum** und der **ehemaligen Kunstbibliothek**, dem **Philosophicum**, dem **Studierendenhaus**, der **Dondorf Druckerei** und dem Gebäude der ehemaligen **Akademie der Arbeit** bewegen. Hier erfahren sie etwas zu den Gebäuden selbst, welche planungsgeschichtliche Vergangenheit und historische Bedeutung sie innehaben, wieso sie möglicherweise leer stehen und welche Initiativen sich mit ihnen befassen oder sogar aus ihnen heraus agieren. Dabei richtet die Ausstellung ihren Blick auch stets auf das noch zu kommende; zeigt auf, welche aktuellen Konflikte um die zukünftige Nutzung es für die verschiedenen Gebäude gibt. Somit stellt sich die Ausstellung kontinuierlich die Frage: „**Wem gehört der Raum?**“

Durch das Transportieren dieser Inhalte will die Ausstellung selbst zu einem lebhaften Raum des Austauschs, der Diskussion und des utopischen Denkens werden. Dabei konnten bereits erste Erfolge erzielt werden und ein Austauschprozess zwischen Aktivist*innen und Vertreter*innen der städtischen Kunsthalle Schirn initiiert werden, um die zukünftige Zwischennutzung der leer stehenden Dondorf Druckerei auszuhandeln. In diesem Sinne agiert die Ausstellung als ein Werkzeug der Aufklärung und Sichtbarmachung; ohne sie wäre es vermutlich nicht zu dem Dialog beider Parteien gekommen. Eine essenzielle Eigenschaft als ein solches Instrument der Sichtbarmachung liegt zudem in der Gestaltung der Ausstellung im Pop-up-Format; schnell auf- und abbaubar, gänzlich oder in Teilen transportierbar, zeichnet die Ausstellung eine fast grenzenlose Mobilität aus. Dadurch, so die Idee, können die Kämpfe und Utopien um den Campus Bockenheim auch über diesen hinaus Wirkung erzielen, können auf Tagungen, Plenarsitzungen oder sonstigen Veranstaltungen präsentiert werden. Nicht nur die Ausstellung gewinnt somit an Mobilität, auch die Dokumentation der Nutzungskonflikte und die Sichtbarmachung des unaufhörlichen Engagements der Initiativen löst sich so aus den Grenzen des Campusgeländes und kann über diesen hinaus erfahrbar gemacht werden. So wurden beispielsweise Teile der Ausstellung bereits für ein Protestcamp zum längst überfälligen Bau des Studierendenhauses auf dem Campus Westend genutzt. Hier zeigt sich das Potenzial des Pop-up-Formats.

Die Ausstellung „*Leerstand und Utopie. Die Kämpfe um den Campus Bockenheim*“ lädt alle Leser*innen dazu ein, sich selbst ein Bild über das Geschehen auf dem Campus Bockenheim zu machen und sich über die zivilgesellschaftliche Bedeutung der vielen Initiativen bewusst zu werden. Denn im Gegensatz zu der realitätsfernen Aussage der Luxusarchitekt*innen schaffen die Initiativen auf dem Campus Bockenheim tatsächlich öffentliche Räume, in denen jede*r Zugang hat, sich Menschen begegnen können und ein Miteinander ermöglicht wird, das ganz unabhängig von der Größe des Geldbeutels funktioniert....

Liebe Grüße,
das Kurator*innenkollektiv.

LEERSTAND & UTOPIE

Die Kämpfe um den Campus Bockenheim

Die **Ausstellung** kann in Gänze auf der Website »leerstandundutopie.de« digital angesehen werden und für News und Updates empfiehlt sich der Instagram-Account »[leerstand_und_utopie](https://www.instagram.com/leerstand_und_utopie/)«.

Wer die Ausstellung einmal in Präsenz betrachten möchte, hat an folgenden Terminen die Gelegenheit dazu:

3. September – 30. Oktober 2024

Studierendenhaus, Campus Bockenheim, Frankfurt

25. – 26. September 2024 Tagung

»Nationale Zwischennutzungskonferenz RADAR«, Frankfurt

17. – 19. Oktober 2024

Tagung »Organisierte Halbbildung. Konferenz zur Kritik der neoliberalen Universität«, Studierendenhaus Bockenheim, Frankfurt

27. – 29. November 2024

Tagung »Zivilgesellschaftliches Engagement und Stadterneuerung«, Bauhaus Universität Weimar

Dem Unwahrscheinlichen eine Zukunft geben

Gedanken zur Studihaus-Frage

Tim Schuster

Auf dem alten Unicampus in Bockenheim steht ein Gebäude, dessen Vergangenheit und Zukunft auf vielerlei Weise unwahrscheinlich zu nennen ist. Dass es vor gut 70 Jahren gebaut wurde, war alles andere als selbstverständlich, sondern verdankt sich einer besonderen Konstellation und mutigen Entscheidungen. Und dass es nach dem Wegzug der Uni aus Bockenheim eine Zukunft haben würde, galt lange Zeit als höchst abwegig, ist aber heute greifbar nah. Die Rede ist vom Studierendenhaus: einem seltenen Glücksfall für die Frankfurter Universität, welcher deren Geschichte in den vergangenen 70 Jahren entscheidend mitgeprägt hat. Und dem als selbstorganisiertes Kulturzentrum in schwierigen Zeiten noch eine wichtige Rolle für die Zukunft zukommen könnte.

Auf dem mittlerweile alles andere als neuen Unicampus im Westend indes steht *kein* Studierendenhaus. Das fällt den meisten vermutlich noch nicht einmal auf, denn es stehen ja genügend andere Gebäude herum, als dass man ein weiteres unbedingt vermissen müsste, dessen Möglichkeit ohnehin abstrakt und zunehmend ausserhalb des Erfahrungshorizonts bleibt. Doch diese Leerstelle, die mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert andauert, ist eine schwelende Wunde, derer man sich erst bewusst wird, wenn man zurückschaut und sich vergegenwärtigt, was ein solches Haus sein und bewirken kann. Es soll hier also ein kurzer Blick in die Vergangenheit und Gegenwart gewagt werden, um mit dem so geschärften Blick, einer möglichen Zukunft Raum zu geben.

Als das Studierendenhaus Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts gebaut wurde, lag die Universität in Trümmern und hatte sich, was weit schwerer wog, als Institution gerade erst weitgehend diskreditiert. Der damals von aus dem Exil zurückkehrenden Wissenschaftlern vorangetriebene und von der amerikanischen Regierung unterstützte Bau eines Studentenhaus sollte denn auch in erster Linie der Re-Demokratisierung der Hochschule, und damit mittelbar der deutschen Gesellschaft als Ganzes dienen. Denn die damals Handelnden waren sich bewusst, dass die formale Existenz eines demokratischen Staates noch lange keine Demokratie ausmachte, sondern dass diese nur in einer sich immer wieder neu vollziehenden Praxis bestehen könne. Und das Studentenhaus wurde die materielle Grundlage für eine solche Praxis. Es stellte über Jahrzehnte die räumliche Basis für selbstorganisiertes Handeln dar, und es schuf ein Klima der Freiheit, in dem es möglich war, sich auszuprobieren, jenseits von Leistungsdruck zu diskutieren, kulturell tätig zu werden – oder einfach nur gemeinsam mit Kommiliton*innen eine gute Zeit zu verbringen. Und damit war es tatsächlich einzigartig: denn nirgendwo in Deutschland gab es – und gibt es bis heute – auch nur annähernd solch ein großes Gebäude, das den Studierenden zur freien Verfügung stünde.

Dieses mehr als 6000 Quadratmeter große Haus hat seine Wirkung in mancherlei Hinsicht entfaltet. Wie sehr einzelne

Organe, Initiativen und Projekte aus ihm heraus nicht nur in die Universität, sondern auch in die Stadt Frankfurt und die ganze Bundesrepublik hineingewirkt haben, lässt sich schwer messen. Einige kurze Schlaglichter geben jedoch eine Ahnung:¹ Da gab es seit den 50er Jahren den *diskus*, eine der fortschrittlichsten Zeitschriften der jungen Bundesrepublik. Es gab die *neue bühne*, die als Avantgarde-Theater die Rolle einer experimentierfreudigen Freien Szene einnahm, aus der wichtige Impulse für den kulturellen Aufbruch jener Jahre kamen. Hier kam es schon Anfang der 60er Jahre zur Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld und früher als anderswo zur Kritik am Krieg in Vietnam. Und natürlich gab es die Studentenbewegung von 1968, bei der Frankfurt neben Berlin die Schlüsselstellung in Deutschland zukam. Zentrale Ereignisse fanden hier statt, wie der Tomatenwurf im Festsaal, der für den Beginn der zweiten Frauenbewegung in Deutschland steht. In den 70er und 80er Jahren trafen sich hier unter anderem die Hausbesetzerszene, die Friedens- und die Umweltbewegung. Anfang der 2000er-Jahre war das Studierendenhaus die bundesweite Schnittstelle der erfolgreichen Bewegung gegen die Studiengebühren, und Anfang der 2010er Jahre das strategische Zentrum der Blockupy-Proteste. In den letzten Jahren schließlich fanden hier unter anderem die Auseinandersetzung um ein Recht auf Stadt und für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ihren Raum, und so mancher Klimastreik wurde vorbereitet.

Neben diesen Schlaglichtern nicht zu vergessen: das Studierendenhaus war und ist immer schon ein Ort zum gepflegten Abhängen – und vermutlich ist es erst dieser Alltag, der den Nährboden für alles weitere schafft. Hier lassen sich ohne Konsumzwang viele Stunden im Cafe KoZ verbringen, gibt es Barabende und Konzerte zu fairen Preisen, finden Fachschaftsparties und Karaokeabende statt, gibt es zweimal die Woche einen Film des vielfach preisgekrönten studentischen Programmkinos Pupille, gibt es Raum für Gruppentreffen, eine feministische Bibliothek und vieles mehr, was drumherum in der immer teurer und eintöniger werdenden Stadt keinen Ort mehr hat.

So weit, so gut? Vielleicht. Denn es könnte durchaus noch ein paar Jahre so weiter gehen. Doch genau dieses trügerische ‚So Weiter‘ könnte sich am Ende als fatal erweisen. Denn die Zukunft dieses so wichtigen studentischen Raums steht derzeit auf dem Spiel. Und das betrifft sowohl das alte Studierendenhaus wie das neue.

¹ Eine ausführliche Darstellung der Frühzeit des Hauses in den 50er und 60er Jahren bietet der Ausstellungskatalog: *Kunst der Revolte. Revolte der Kunst*, hg. von Michaela Filla-Raquin und Andrea Keppler.

Mit dem schrittweisen Umzug der Universität ins Westend ab 2001 geriet der Bockenheimer Campus, und mit ihm das Studierendenhaus, in einen Zustand des Dazwischens, der über lange Jahre hinweg durchaus seinen Charme hatte, heute aber sichtbar prekär geworden ist. Das Studierendenhaus, das einmal 24/7 der Aktivort der Uni war, erlebt seit langem einen schleichen- den, aber nicht mehr zu übersehenden Niedergang. Was bereits 2001 mit dem Wegzug der Geisteswissenschaften begann, sich 2013 mit dem Freizug des AfE-Turms und der Räumung des Instituts für Vergleichende Irrelevanz (IVI) beschleunigte, ist spätestens seit der langen Schließung während Corona 2020/21 offensichtlich: dem Haus bröckelt die Grundlage weg. Ein Großteil der Räume ist die meiste Zeit über ungenutzt, das KoZ, zweifellos das Aushängeschild des Hauses, ist, trotz eines engagierten Teams und immer wieder neuen, teilweise gut laufenden Formaten, an vielen Tagen geschlossen oder schwach besucht und aktuell gar von Schließung bedroht. Zugleich ist offensichtlich, dass von Seiten der Universität nicht mal mehr das Nötigste investiert wird. Mit dem Effekt, dass aktuell etwa defekte Lüftungsanlagen den Betrieb stark einschränken und die Abwärtsspirale weiter befeuern.

Das Grundproblem liegt auf der Hand: das Studierendenhaus steht heute auf dem falschen Campus. Nämlich jenem, dem die Studierenden ausgegangen sind. Während der in den letzten Jahren enorm angewachsene 'schönste Campus Europas' zwar Studierende hat, aber eben kein Haus für dieselben. Kam man als Studierende*r um die an zentraler Stelle des alten Campus gelegene Einrichtung einst nicht herum, wissen viele Studierende heute vermutlich nicht einmal mehr von deren Existenz.

An dem Fall zeigt sich exemplarisch die veränderte Haltung der Universität gegenüber ihren Studierenden. War das Studierendenhaus nach dem Krieg das erste Gebäude, das neu errichtet wurde, so wird das neue Studierendenhaus, falls es überhaupt noch kommt, so ziemlich das letzte sein, das gebaut wird. Und zwar nicht an zentraler Stelle, wie das Alte, sondern im buchstäblich hintersten Winkel des Areals, kurz vor dem Autobahnzubringer. 25 Jahre Aufschieben des Projekts durch wechselnde Uni-Präsidien sind auch ein Vierteljahrhundert, in dem die Studierenden es nicht geschafft haben, den ihnen zustehenden Bau durchzusetzen.

Doch noch ist es nicht zu spät. Im Augenblick scheint sogar ein selten guter Moment zu sein, um die Zukunft beider Häuser, endlich doch noch zu sichern. Das alte Studierendenhaus, dessen geplanter Abriss durch die Initiative Offenes Haus der Kulturen bereits verhindert werden konnte, steht nach 15 Jahren zäher politischer Arbeit kurz vor einer Zukunft als selbstverwaltetes soziokulturelles Zentrum, das den Geist des Studierendenhauses quasi in seine Zukunft nach dem Studium überführen möchte. Die Stadt Frankfurt hat unlängst eine unterschriftsreife Absichtserklärung (LOI) mit geradezu idealen Rahmenbedingungen angeboten: Übernahme des Gebäudes, Sanierung in Kooperation mit den Nutzer*innen und langfristig subventionierte Vermietung an den Trägerverein Offenes Haus der Kulturen, der diese günstigen Rahmenbedingungen an die vielen Initiativen weitergeben möchte, die das Haus heute und in Zukunft nutzen. Das Gute daran: der LOI garantiert dem AstA die vollen Rechte im alten Haus bis zum Umzug auf den Campus Westend – und sieht eine konkrete Absichtserklärung der Universität vor, das neue schnellstmöglich zu errichten.

Wenn es also gut läuft, könnte schon bald Bewegung in die Frage beider Häuser kommen. Doch das wäre auch höchste Zeit: denn in den kommenden anderthalb Jahren stehen diverse Wahlen an, und ob die politische Situation sich für solche emanzipatorischen Projekte danach weiterhin günstig darstellt, darf angesichts des aktuellen rapiden Rechtsrucks stark bezweifelt werden. Doch gerade dann wird es Räume brauchen, in denen eine reale und tätige Demokratie praktiziert wird – und somit vielleicht nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zur Ausweitung demokratischer Teilhabe beiträgt..

Wenn es also auf der Hand liegt, dass im Augenblick Entscheidungen forciert werden müssen, sind diese doch noch lange kein Garant für eine offene und demokratische Zukunft. Vielmehr wären diese erst der Startschuss, um die beiden Projekte, mit Leben zu füllen. Wie müssten solche Häuser emanzipativer Praxis heute aussehen, um in den kommenden 70 Jahren eine utopische Zukunft zu entwerfen? Um das herauszufinden, braucht es viele, die Lust auf die Gestaltung eines solchen Freiraums haben, und keinen Bock mehr, passiv auf eine scheinbar unvermeidbar düstere Zukunft zu warten. Also viel zu tun. Langweilig wird's sicher nicht.





Lukas Geisler

GGespenster des Häuserkampfes

Über die kommende
Besetzungsbewegung in Frankfurt

Gespenster des Häuserkampfes und Mietstreik

Zwischen 1970 und 1974 entwickelte sich in Frankfurt eine breite Besetzungsbewegung, die später als der Frankfurter Häuserkampf bekannt wurde. Sie richtete sich gegen Immobilienspekulationen, Mieterhöhung und Leerstand. Der Frankfurter Häuserkampf war begleitet von einem breitem organisierten Mietstreik, meist von sogenanntem Gastarbeiter*innen, die unter miesen Mietverhältnissen litten und die horrenden Mieten nicht mehr zahlen wollte (amantine 2012: 16). Organisiert waren die migrantischen Mietstreiks unter anderen von den Gruppen Lotta Continua („Permanenter Kampf“) und Unione Inquilini („Mieter*innenunion“). Das Ziel der Unione Inquilini, wie sie selbst im diskus von 1973 schreiben, war klar: „Der Mietstreik soll so lange dauern, bis die Miete auf maximal 10 Prozent des Einkommens [...] herabgesetzt wird. Der Kampf geht weiter und wird schärfer“ (diskus 1973: 48). Auf ihren Höhepunkt beteiligten sich bis zu 1.500 migrantische Arbeiter*innen und richtete sich auch gegen die Akkordarbeit in der Fabrik und die generellen Lebensumstände (amantine 2012: 16). Serhat Karakayali, der sich 2000 im diskus mit dem Häuserkampf und den Mietstreiks ausführlich beschäftigte, sah in den Mietstreiks gar eine materielle Fundierung antirassistischer Politik, die über einen damals bestehenden Antirassismus, der im Humanismus fußt, hinausweist.

„Anstatt an das gute Gewissen der deutschen Öffentlichkeit zu appellieren, müssen soziale und ökonomische Bündnisse geschlossen werden. Anstatt die selbst rassistische Trennung in Deutsche und AusländerInnen zu zementieren, müssen nicht-identitäre Kriterien für antirassistische Politik erfunden werden. Dies ist in der Mietstreikbewegung ansatzweise passiert, weshalb es sich lohnt, auch den verlorenen Schlachten nachzugehen.“ (diskus 2000: 47)

Der Hintergrund der Auseinandersetzung ist die betriebene Politik der Umstrukturierung Frankfurts von einer Handels- und Industriestadt zur sogenannten „Global City“ und Finanzmetropole. Um Frankfurt als Bankenzentrale zu etablieren, wurde es als nötig erachtet große Teile der innenstädtischen Bevölkerung zu vertreiben, damit (Büro-)Hochhäuser entstehen konnten. „Die Aussicht auf umfangreiche Baumaßnahmen setzt dort

In Frankfurt kam es in den letzten eineinhalb Jahren mehrfach zu Besetzungen von leerstehenden Gebäuden. Ein Text über Kontinuitäten, das Erbe des Frankfurter Häuserkampfes und die gespenstige Bedrohung der kommenden Bewegung.

„Hausbesetzungen sind nichts Neues“, ist der erste Satz der ersten Seite des diskus von Herbst 1971. Ein Jahr zuvor „begann die Geschichte der Hausbesetzungen“ in Frankfurt im September „mit der Okkupation des Hauses Eppsteiner Straße 47“ (diskus 1971: 1). Einen Monat später folgten im Abstand von drei Tagen zwei weitere Hausbesetzungen. Sie sollten die gespenstischen Vorboten des Frankfurter Häuserkampfes werden. Doch die heute wiederkehrenden Gespenster des Häuserkampfes waren damals bereits eine Wiederkehr von Hausbesetzungen in England nach dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt oder in Italien. Jacques Derrida fragt also zurecht: „Was ist mit der Zukunft? Die Zukunft kann nur den Gespenstern gehören.“ (Derrida 2004: 59)

Der Autor des diskus stellt retrospektiv hellsichtig fest, dass sich durch die Besetzung der drei Westend-Häuser im Herbst zuvor etwas änderte. Vor der ersten Besetzung in Frankfurt war der Häuserkampf zwar bereits versprochen, aber eben nur versprochen. Der aufkommende Spuk des Häuserkampfes, der Hausbesetzungsbewegung, wurde durch die ersten drei Besetzungen im Herbst 1970 angekündigt und verbesserte nicht nur die ganz konkreten Lebensverhältnisse der Besetzer*innen. „Mehr als hundert Personen, die in den geräumigen Altbauten endlich Wohnungen fanden, die ihren Bedürfnissen angemessen waren, in denen sie sich wohlfühlen konnten. Sie hatten erkannt, daß sie sich selbst helfen müssen, weil ihnen sonst niemand hilft. Und sie haben daraus praktische Konsequenzen gezogen, indem sie die einzige Chance wahrnahmen, die ihnen blieb: nämlich sich das zu nehmen, was sie zum Leben brauchen, was ihnen vorenthalten wird, obwohl es vorhanden ist.“ (diskus 1971: 1)



eine Spirale von spekulativen Bodenkäufen in Gang“ (Engelke 2021: 394). Durch die geplante Umwandlung der bürgerlichen und großbürgerlichen Villen im Westend zum Büro- und Bankenviertel „ergeben sich für die bisherigen Wohnungseigentümer*innen und vor allem die neuen, von Banken mit Krediten versorgte Investor*innen neue Möglichkeiten“ (ebd.: 395). Sie ließen die Villen verfallen, vermieteten sie zu horrendem Preis an Studierende und sogenannte Gastarbeiter*innen.

Bis zu 20 Häuser wurden während des Frankfurter Häuserkampfes bis 1974 besetzt, es kam im Zusammenhang mit Räumungen zu Straßenschlachten mit der Polizei. Und so endet der – den kommenden Häuserkampf versprechende – Artikel im diskus über den aufkommenden Frankfurter Häuserkampf von 1971 mit der Feststellung, dass der politische Wert, die neue Qualität des Aktionszusammenhangs, gerade in der „antireformistischen Stoßrichtung“ bestand: „Nicht die Auswüchse der kapitalistischen Verhältnisse gilt es anzugreifen, sondern diese Verhältnisse selbst“ und wiederholt die uns heute wohlbekannte Parole „Macht kaputt, was euch kaputt macht – nehmt euch, was ihr braucht zum Leben!“ (diskus 1971: 38)

Die ewig zukünftigen Gespenster

Damals – zum Zeitpunkt des Artikels im diskus – waren die Gespenster des Häuserkampfes eine zukünftige Bedrohung für die kapitalistischen Frankfurter Verhältnisse, den Weg in eine Finanzmetropole, eine Global City. Doch im Grunde sind die Gespenster der Hausbesetzungen immer zukünftig, denn man dürfe sie nicht wiederkommen lassen, wie beispielsweise der Frankfurter Polizeipräsident im März 2024 verkündete, als er bemängelte, dass es keine klare Linie bei Hausbesetzungen gäbe. Schließlich wurde die Häuserbesetzung schnell wieder gegenwärtig:

„Es habe allein im vergangenen Jahr drei mitunter größere Besetzungen gegeben, an der Günderrödestraße, an der Jordanstraße und in der Dondorf-Druckerei. Seit einigen Tagen sei ein viertes besetztes Gebäude, das frühere Berger Kino, hinzugekommen.“ (FAZ 2024).

Vergessen hatte er bei seiner Aufzählung das Café Rabe in der Jordanstraße. „Wenn die Menschen das Gefühl bekommen, dass sich am Ende Rechtsbruch lohnt“ sei dies ein völlig falscher Weg, sagte er.

Worin besteht dann der Unterschied? „Ist es der Unterschied einer vergangenen Welt – als das Gespenst noch eine zukünftige Drohung darstellte – und einer gegenwärtigen Welt, heute, wo das Gespenst eine Drohung darstellt, von der manche gern glauben möchten, daß sie vergangen sei, und deren Rückkehr man immer noch, immer noch in der Zukunft, bannen müßte?“ (Derrida 2004: 61) In beiden Fällen wird das Gespenst als Bedrohung empfunden. Es fordert die bestehenden Verhältnisse heraus. Es beschwört den grundlegenden Widerspruch der Wohnung als Ware und Grundbedürfnis.

Heilige Hetzjagd

Doch wenn das Erbe des Frankfurter Häuserkampfes übernommen wird – und dies ist notwendigerweise der Fall –, dann stellt sich die entscheidende Frage der Niederlage. Das Erbe re-affirmieren heißt deshalb, dass es radikal verändert werden muss, denn das „Erbe ist niemals ein Gegebenes, es ist immer eine Aufgabe“ (Derrida 2004: 81). Stellte der besagte diskus-Artikel noch die „Gewalt der Hausbesitzer“, die „Gewalt des Wohnungsmarktes“ die „Gewalt dieses Systems“, in den Vordergrund, so wendeten sich die selbsterklärten führenden Personen Hausbesetzungsbebewegung in Frankfurt, wie Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit, ab und kritisierten den linken „Militantismus“. Es kommt zur Verparlamentarisierung, die ihre Vollendung der Grünen Partei findet (Engelke 2021: 407). Zur gleichen Partei gehört Angela Dorn, die ehemalige Kultus- und Wissenschaftsministerin von Hessen, auf deren Geheiß Enrico Schleiff, Präsident der Goethe-Universität, 2023 die Dondorf-Druckerei zweimal gewaltsam von der Polizei räumen ließ. In einer Pressemitteilung des Goethe-Universität hieß es im Dezember, das Präsidium der Goethe-Universität fordere die Besetzer*innen nach der zweiten Besetzung erneut auf, nach einem „gewaltsamen Eindringen“ das Gebäude „umgehend zu verlassen“.



In der Krise des neoliberalen Kapitalismus, dem unweigerlich existenziell-bedrohenden schlittern in den Klimakollaps, scheint dieses Erbe des Häuserkampfes – die Integration der Führungsfiguren in den Herrschaftsapparat und die Umkehrung der Frage der Gewalt – zwei der entscheidenden Aufgaben zu sein. Denn diesmal wird sich alles radikal ändern müssen, damit zum Leben etwas bleibt. Und das heißt in Anbetracht des krisenhaft Bestehenden, dem gewaltsamen ‚so weiter‘ in der Klimakrise, ein Abrissmoratorium für alle Gebäude in Frankfurt und ‚Bauen im Bestand‘ statt ‚Bauen, bauen. Bauen‘, um die ‚Graue Energie‘, die getane Arbeit, also die verdinglichte, tote Arbeit, vor Zerstörung zu bewahren und verausgabte Energie zu erhalten (Geisler 2024). Es wird Zeit, dass Widerstand gegen die gewalttätigen Folgen der Klimakatastrophe und der sozialen Kaltschnäuzigkeit kapitalistischer Akkumulation geleistet wird. Das heißt auch die Aneignung von Luxusleerstand, leerstehenden Büroflächen und Leerstand im Allgemeinen zum Wohnen und zur Nutzung für die, die sich keine fünf Euro für ein Bier leisten können. Und so muss erneut die alte Formel beschworen werden, die bereits ab den 1970er Jahren die Hausbesetzungsbewegungszyklen prägte: „Die Häuser denen, die drin wohnen!“

Es geht ein Gespenst um in Frankfurt – das Gespenst des Häuserkampfes. Alle fossil-kapitalistischen Mächte Hessens haben

sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Ministerpräsident und die städtische Wohnbaugesellschaft, Enrico Schleiff und Angela Dorn, internationale Investor*innen und Frankfurter Polizist*innen (MEW 4: 461).

Das Gespenst des Häuserkampfes war und wird zukünftig gewesen sein. In diesem Sinne:

„Es hat gerade erst angefangen.

Aneignung Jetzt – Venceremos!“ (amantine 2012: 8)



LITERATUR

amantine (2012): »Die Häuser denen, die drin wohnen!« Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland. Münster: Unrast.

Derrida, Jacques (2004): Marx' Gespenter. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Frankfurt: Suhrkamp.

diskus. frankfurter studentenzeitung (1971): Hausbesetzungen: Polizeiterror im Westend, 21 (5), S. 1 und 38.

diskus. frankfurter studentenzeitung (1973): Mietstreiks in Italien, 23 (2/3), S. 48.

diskus. Frankfurter StudentInnenzeitung (2000): Across Bockenheimer Landstraße, 49 (2/3), S. 41 – 47.

Engelke, Rolf (2021): Hausbestzungen – Mietstreiks – 'Häuserkampf'. Urbane Kämpfe in Frankfurt 1970 bis 1975, in: Betz, Johanne u.a. (Hg.): Frankfurt eine Stadt für Alle? Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe. Bielefeld: Transcript. S. 393 – 410.

FAZ (2024): Polizei kritisiert Frankfurt. »Keine klare Linie bei Hausbesetzungen« (17.03.2024).

Geisler, Lukas (2024): Besetzung, Sabotage, Arbeit. Strategisch-theoretische Überlegungen zu einer 'Bauwende von unten', in: PROKLA 216.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959): Das Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW 4. Berlin: Dietz.



Projekt »Themis«

Nachteilsausgleiche für Studierende mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen im Sinne von 2 Abs 1 SG IX nach dem Hessischen Hochschulgesetz HHG 20 (Abs. 3)

Grundsätzlich werden Nachteilsausgleiche (NTAG) durch individuelle Vereinbarungen/Aushandlungen mit Prüfer*innen oder dem Prüfungsamt erteilt.

Die Ermessensentscheidungen des Prüfungsamtes werden von Prüflingen oftmals als intransparent und nicht immer nachvollziehbar gewertet.

Es gibt keinen Katalog vorhandener NTAG, der Prüflingen die Möglichkeiten gäbe verschiedene NATG Optionen auf die eigene Situation zu überprüfen. Ablehnungen werden in Form von verwaltungsrechtlichen Bescheiden ausgesprochen, gegen die man mit Hilfe von Rechtsberater*innen Widerspruch einlegen kann.

Hier ist unser Ziel langfristig Erfahrungen zusammenzutragen und diese später zu veröffentlichen.

Weitere Interessierte, die an diesem Projekt mitarbeiten wollen, sind sehr willkommen.

Meldet euch dafür gerne hier:

Inklusionsreferatunifrankfurt@protonmail.com

Wichtig: Eure Namen sollten anonymisiert sein. Informationen über den Fachbereich, Modul, Kurs etc. sind aber sehr hilfreich! Verschlüsselungspasswörter können extra vereinbart werden.

Weitere Informationen:

https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Studieren_mit_Behinderung/Veranstaltungsrueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren_mit_Behinderungen__Nachteilsausgleich_in_Pruefungen/2019-10-14_gutachten-nachteilsausgleiche-_ennuschat-2019.pdf

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-HSchulGHE2022pG7>

<https://www.uni-frankfurt.de/99988359/formular-nachteilsausgleich-gu-4-2021.pdf>

https://www.uni-kassel.de/hochschulverwaltung/files/Themen/Gleichstellung_Familie_Diversity/hinweise_nachteilsausgleich.pdf

R a s t l o s e U t o p i e n :

Die Autobahn als Vermittlungsinstanz kapitalistischer Verhältnisse

»Der reißende Strom wird gewalttätig genannt,
aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner
gewalttätig.« Bertolt Brecht¹

Julian Formella

Der heutige Alltag ist weitestgehend in Infrastrukturnetzwerke eingebunden und wird durch diese geformt. Infrastrukturen, auch großtechnische Systeme genannt, sind sozio-materielle Netzwerke aus unterschiedlichen Bestandteilen, die der menschlichen Kontrolle über Ressourcen, wie Wasser oder Elektrizität, dienen. Sie treten somit als notwendige Vermittlungsinstanz zwischen Mensch und Natur.² Ich will mich in diesem Beitrag damit auseinandersetzen inwiefern innerhalb dieser produzierten und aufrechterhaltenen Notwendigkeit

Lücken für utopische Momente zu finden bzw. zu ergreifen sind. Dies will ich anhand einer Infrastruktur tun, welche eng an Diskussionen des Klimawandels gebunden ist, aber viel seltener in ihrer vollen gesellschaftlichen Komplexität beobachtet und kritisiert wird – es geht um Autobahnen.

Autobahnen als Infrastrukturen

Autobahnen sind zuallererst Teil der Straßeninfrastruktur. Grob zusammengefasst dienen Straßen der organisierten, physischen Bewegung – dem Verkehr auf (Asphalt)Bahnen. Unterschiedliche Narrative in Filmen zeigen aber auch, dass mehr zur Straße gehört als nur ihre Materialität. So symbolisiert etwa die „Yellow Brick Road“ in „der Zauberer von Oz“ einen Übergang aus der Great Depression in die strahlende Emerald City oder die noch bestehenden Highways der „Mad Max“ Filme das penetrante Fortbestehen eines fossilen Autokults.³ Ihre ultimative Gestalt erhalten Straßen jedoch in der Form der Autobahnen. Als abgetrenntes, nahezu autonomes großtechnisches System scheint diese Straße nur dem zu dienen, wozu Straßen eben dienen sollen: der beständigen Zirkulation von Menschen und Waren. Wie Mad Max und weitere Filme oder Lieder verdeutlichen, sind jene massiven Bauwerke wohl kaum aus dem kollektiven Gedächtnis von Gesellschaften zu entfernen. Dabei handelt es sich bei Autobahnen um ein recht junges Phänomen.

Entworfen wurden sie in Italien des frühen 20. Jahrhunderts, materiell realisiert und doch menschenleer existierten sie im dritten Reich und wurden dann im Verlauf der 60er Jahre durch

Nutzer*innen bevölkert. Während die Autobahn so für Michael Makropoulos⁴ ein zentrales Element für die Erschaffung der deutschen „Volksgemeinschaft“ war, wurde und wird sie mittlerweile auf dem gesamten Globus ausbreitet.⁵ Sie diene und dient der Auflösung „tradiert sozialräumlicher Identitäten“ und

der „funktionalen Verdichtung des Sozialen durch individuelle Bewegung“. Somit spielt sie eine entscheidende Rolle für die Formation und Aufrechterhaltung nationalstaatlicher Identitäten. Als Beispiel lässt sich hier die Eröffnungsfeier des milliarden-schweren A2-Projekts in Polen nennen. Während dieser Veranstaltung wurde die A2 vom damaligen polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski als eine „Autobahn der Freiheit“ bezeichnet und vom ebenfalls anwesenden damaligen deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck mit dem Ende des realexistierenden Kommunismus verglichen.⁶

Der „zivilisatorische“ (oder koloniale) Anspruch der Autobahn vollzieht sich jedoch nicht allein auf einer ideologischen Ebene, sondern ist eng verzahnt mit dem globalen Kapitalismus und der Reproduktion von Gesellschaftsverhältnissen. Konzerne, Staaten(verbände) und Banken erweitern eine just-in-time Produktion für Konsumgesellschaften, indem sie sich jenen Infrastrukturen und des dazugehörigen Logistik-Proletariats ermächtigen. Finanz- und Staatsakteur*innen haben besonders bei der Errichtung und Instandhaltung der materiellen Elemente von Autobahninfrastrukturen ein leichtes Spiel. Aufgrund der massiven Kosten von Autobahnprojekten händigen Staatenverbände und Entwicklungsbanken, wie jene der Europäischen Union, häufig Kredite an andere Staaten aus. Diese Kredite binden die Staaten nicht nur als finanzielle Schuldner an die EU, sondern auch als politische, da solche Kredite häufig mit Forderungen für Gesetzesänderungen verbunden sind.⁷ Die fertiggestellten Autobahnen Westeuropas werden zudem immer häufiger von migrantischen LKW-Fahrenden in prekären Arbeitsverhältnissen befahren.⁸ Die angepriesene Freiheit der Autobahn gilt entsprechend nur für einige wenige Menschen. Wo aber verborgen sich in diesen Netzwerken des Zwangs und der Ausbeutung utopische Momente? Und wie sind diese zu ergreifen?

Utopische Momente der Autobahnen

Das Nachdenken über konkrete utopische Momente sollte sich meiner Meinung nach an einer vorausgegangenen Analyse bedienen.⁹ Wie ich dargelegt habe, handelt es sich bei Autobahnen um sozio-materielle Infrastrukturen. Diese technisierten Netzwerke

sind menschengemacht und wurden mit der Zeit zu einer zentralen Vermittlungsinstanz gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie erstrecken sich also über weite Teile des gesellschaftlichen Lebens. Sie sind beispielsweise elementar für alltägliche Mobilitäten, globale Kapitalkreisläufe oder nationale Identitäten und können somit nicht einfach abgeschafft werden. Dennoch gehe ich von der Prämisse aus, dass sie es müssen, da sie nicht nur dem Klima schaden, sondern eben auch nationalstaatliche Ideologie und kapitalistische Reproduktionsverhältnisse verfestigen.

Wie dieses Ziel erreicht werden soll, wird recht unterschiedlich diskutiert. In der Infrastrukturforschung argumentieren Vertreter*innen der sogenannten „Chokepoints-These“, dass Logistikerarbeiter*innen eine zentrale Stellung in der globalen Produktionsordnung einnehmen und diese deshalb lahmlegen können, indem sie Schwachstellen (chokepoints), wie Autobahnabschnitte, blockieren. So fanden 2018¹⁰ in Brasilien Proteste und Straßenblockaden von LKW-Fahrenden statt, welche die nationale Wirtschaft für einige Tage stoppten. In Deutschland sind die deutlich kleineren Proteste einiger LKW-Fahrer*innen 2023 in der Nähe von Gräfenhausen bekannt. Wie schwer es jedoch ist, diejenigen von der Abschaffung von Autobahnen zu überzeugen, deren Interesse es ist, diese zu nutzen, zeigt die Kurzlebigkeit der Proteste in Deutschland und Brasilien, sowie die Diskussionen über ein Tempolimit oder zu autofreien Innenstädten.

Dennoch denke ich, dass diese theoretischen und praktischen Überlegungen Lücken in der Dominanz jener Infrastruktur aufzeigen. Blockaden verdeutlichen beispielsweise, dass Fahrbahnen nicht allein dem automobilen Verkehr dienen müssen, sondern auch Alltagsraum für diejenigen sein können, die sich zu Fuß fortbewegen. Sie zeigen auch, dass es sich hierbei um Phänomene handelt, die weit über die Grenzen der Fahrbahnen und jeweiligen Nationalstaaten führen. So wurden die damaligen Proteste in Brasilien aufgrund einer Krise der kapitalistischen Produktionsordnung, welche 2014 Brasilien traf, hervorgerufen.

Meiner Meinung sind die Gründe für das Scheitern solcher Proteste die partielle theoretische und praktische Betrachtung des Phänomens Autobahn. Beispielsweise existieren in der Initiative „Wir fahren zusammen“ übergreifende Bündnisse

zwischen Klimabewegung und gewerkschaftlich organisierten ÖPNV-Arbeiter*innen. Jedoch wird sich allein auf die Verbesserung des ÖPNV-Angebots und der individuellen „Bewegungsfreiheit“ konzentriert. Eine Verbindung zum (migrantischen) Arbeitskampf auf Autobahnen durch Transport- und Logistikerarbeiter*innen, findet nicht statt. Ich denke aber (und das zeigte sich etwa in Gräfenhausen), dass die Ausweitung von Autobahnen nicht nur zu einer Verbreitung der Logik des Kapitals und Nationalstaats beigetragen hat. Es ermöglicht uns auch bisherige Grenzen der politischen Organisation zu überschreiten und für ein schönes Leben zu kämpfen.

1 Brecht, Bertolt (1965): Me-Ti Buch der Wendungen. Fragment. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 168.

2 Andueza, Luis; Davies, Archie; Loftus, Alex; Schling, Hannah (2021): The body as infrastructure. In: *Environment and Planning E: Nature and Space* 4 (3), S. 799–817. DOI: 10.1177/2514848620937231.

3 Truscello, Michael (2020): *Infrastructural brutalism. Art and the necropolitics of infrastructure*. Cambridge, Massachusetts, London, England: The MIT Press (Infrastructures), S. 117–145.

4 Makropoulos, Michael (2004): Die infrastrukturelle Konstruktion der "Volksgemeinschaft". Aspekte des Autobahnbaus im nationalsozialistischen Deutschland. In: Ulrich Bröckling, Stefan Kaufmann und Axel T. Paul (Hg.): *Vernunft - Entwicklung - Leben, Schlüsselbegriffe der Moderne*. München: Wilhelm Fink Verlag, S. 185–203.

5 In den imperialen Zentren wächst die Autobahn zahlenmäßig nur durch ihre Auslastung, in der (kolonialen) Peripherie werden hingegen massive Projekte finanziert. Hierzu z.B.: Gurung, Phurwa (2021): Challenging infrastructural orthodoxies: Political and economic geographies of a Himalayan road. In: *Geoforum* 120, S. 103–112.

6 Kuligowski, Waldemar (2019): How «Poland Entered Europe». In: *Transfers* 9 (1), S. 1–19.

7 Als Beispiel für den Fall Albanien: Dalakoglou, Dimitris (2010): The road: An ethnography of the Albanian-Greek cross border motorway. In: *American Ethnologist* 37 (1), S. 132–149.

8 Weirich, Anna; Wahl, Michael (2023): Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrenden auf Parkplätzen in Deutschland. Erfahrungen aus der Beratungspraxis von Faire Mobilität. Hg. v. Faire Mobilität. Verfügbar unter <https://www.faire-mobilitaet.de/internationaler-strassentransport/++co++507ead68-f496-11ed-9725-001a4a160123>, zuletzt geprüft am 11.10.2023.

9 Bloch, Ernst: *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt Main: Suhrkamp-Taschenbuch-Verl. (suhrkamp taschenbuch wissenschaft), S. 964ff.

10 Nowak, Jörg (2022): Do choke points provide workers in logistics with power? A critique of the power resources approach in light of the 2018 truckers' strike in Brazil. In: *Review of International Political Economy* 29 (5), S. 1675–1697.

Sommer 2013

Felix Hitzel

36 Grad Digger, 36 Grad, neues Normal.
Kühlaggregat von temu summt zu laut,
konstant-monoton. Ich liege komatös,
geerbter Eichenschreibtisch im Büroliegestuhl.

Chillen im Europapark, nur von 8 bis 12 am.
Davor noch zu müde, danach am Verbrennen.
Keine Wolken und das hier war mal Rasen,
Jetzt ist hier eine Steppe, Hakuna Matata.

Jetzt Panzer in Innenstadt und Afrika,
God save den braven Bubba Schwejk.
Eier braten auf cage-armor,
Ihr seid stark, wir sind tired

Liegestuhl, iPad, crushed Ice-Tea, Agave-Limette.
Früher Inzidenz- und Rezessions-Diagramm,
Jetzt Wetterkarte und Regenradar-Sucht.
36 Grad Digger, 36 Grad, neues Normal.

AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nicht-Studierende. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

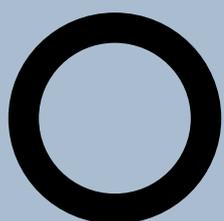
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt, Bockenheimer Landstraße 133

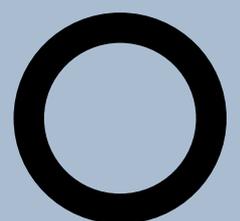
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



WWW.KFZ-REFERAT.DE



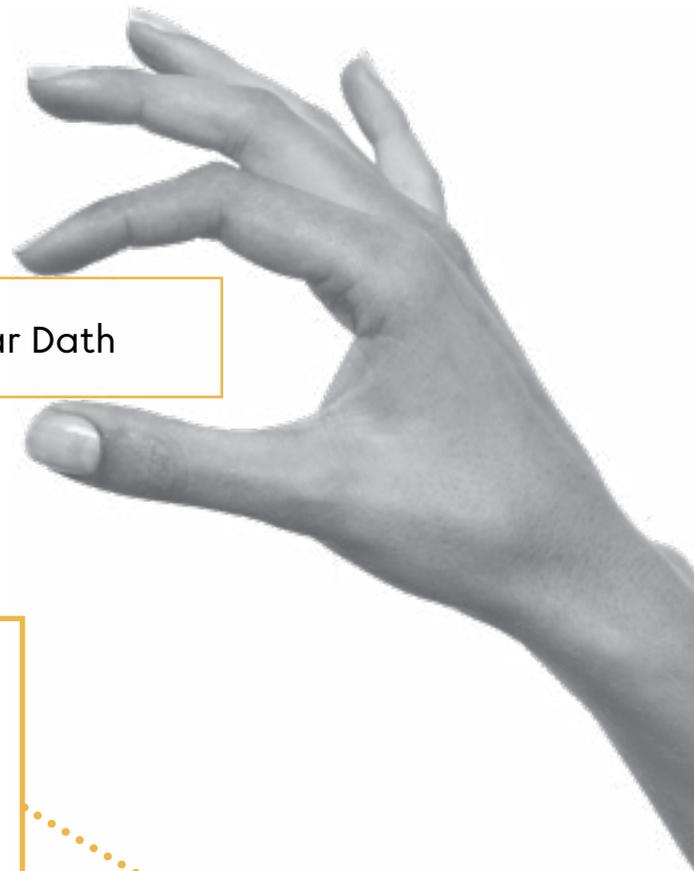
069/79823048





Du wirst aus einer Zukunft sprechen müssen

Dietmar Dath



Leicht sagt sich das: „Die Zukunft ist unerreichbar“. Der Satz folgt ja aus einer klaren Wortbestimmung: „Zukunft“ kommt auf Leute zu, und ist sie da, dann heißt sie „Gegenwart“ und kann nicht mehr Zukunft sein.

Die Bedeutung der Wörter, die wir gebrauchen, sollten wir nicht unerklärt ändern, alles andere ist Konfusion, absichtlich unsichtbare Überredung oder Lüge. Aber Definitionen kann man präzisieren, erweitern und anderweitig ändern, wenn man's denn per Vorschlag macht, der diskutiert werden darf.

Ich möchte also vorschlagen, „Zukunft“ nicht nur zu dem zu sagen, was erst noch kommt, sondern auch zu einem Bewusstseinszustand, der sich geschichtlich auf Handlungsimpulse hin ordnet. Dieses Bewusstsein kann ein individuelles sein, aber auch Moment einer Debatte in Kollektiven, ja ganzen Gesellschaften. Anders als ein Mensch kann ein Kollektiv dieser Art zum Beispiel sechshundert Jahre alt sein. Seine Lebensbahn ist im Fall eines besonders interessanten Kollektivs, der bürgerlichen, erst konkurrenz- und jetzt monopolkapitalistischen Gesellschaft, aufgezeichnet in Texten, die überwiegend per Druckverfahren mithilfe beweglicher Lettern auf die Mit- und Nachwelt gekommen sind. Das Verfahren, und in gewissem Sinne auch die bürgerliche Gesellschaft, gibt es tatsächlich seit etwa sechshundert Jahren. Vorher gab's eine andere Gesellschaft, eine Weile existierte beides gleichzeitig. Wo Gesellschaftsordnungen einander abwechseln, da überschreiben ihre Zeugnisse einander in der kritischen Wechselphase oft, wie lange die auch immer währen mag. In dem Zusammenhang, der hier gemeint ist, wurde das der feudalen Ordnung von der bürgerlichen angetan.

Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ steht, dass im bürgerlichen Warenwesen die allseitige Käuflichkeit von Sachen, lebendiger Arbeit, Dienst- und sogar Denkleistungen dazu führt, dass „alles Stehende und Ständische verdampft“.

»Wie nun bringt man es in einem sozialen Prozess dieser Art zur Artikulation einer Position, die möglichst viele Menschen dazu bewegen könnte, den Prozess nicht einfach mit sich anstellen zu lassen, sondern seine Resultate gemeinsam selbst zu bestimmen?«



Wenn das stimmt, dann könnte die sich heute abzeichnende Beseitigung der bürgerlichen Ordnung durch etwas Schlechteres (im „gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“, wie dasselbe Manifest sagt) oder auch (derzeit leider kaum auf der Tagesordnung) durch etwas Besseres sich angesichts des geringen, nach der Verdampfung verbliebenen Bestandes an Texten, die für alle gelten, womöglich anders vollziehen als in der Weise, die ich ein „Überschreiben“ genannt habe. Vielleicht erleben wir gerade eine (derzeit von Digitalcomputertechnik formatierte) Aufprägung neuer Produktionsverhältnisse auf alte, die nicht so sehr an ein Palimpsest erinnert als an die Molekularstrahlpolitik, mit der Schichten gewisser elektronischer Bauteile übereinandergelegt werden.

Wie nun bringt man es in einem sozialen Prozess dieser Art zur Artikulation einer Position, die möglichst viele Menschen dazu bewegen könnte, den Prozess nicht einfach mit sich

anstellen zu lassen, sondern seine Resultate gemeinsam selbst zu bestimmen?

Dazu braucht's, meine ich, einen Begriff von Zukunft, auf den mich eine Kollegin gebracht hat. Ich rede hier von einer deutschen Autorin, die Mitte der Siebzigerjahre des Zwanzigsten Jahrhunderts geboren wurde und jetzt, 2024, ungefähr ein halbes Jahrhundert alt ist, rund fünf Jahre jünger als ich.

Sie weiß, dass sie in diesem Text hier vorkommt. Ich abstrahiere für seine Zwecke ein bisschen an ihr herum und anonymisiere sie, damit beim Lesen klar ist, dass sie die Überlegungen, die sie angestoßen hat, nicht verantwortet, es sind meine.

Die Anregerin kommt aus einer kleinen Stadt, damals bewohnt von äußerstenfalls fünfzehntausend Leuten. Sie hat dort ihre ganze Kindheit und Jugend bis zum Abitur verbracht, lebt mittlerweile aber in einem urbanen Zentrum, in dem rund fünfhunderttausend Personen miteinander auskommen müssen. Sie nennt das eine „teure Verbesserung“.

„Schon in der Grundschule war ich eine Leseratte“, sagt sie, „bald lagen mehr Bücher auf meinem Nachttisch, als ich lebendige Freundinnen und Freunde im Städtchen hatte. Und einmal stand ich in den Sommerferien in der evangelischen Stadtbibliothek allein zwischen den vielen Büchern, da fiel mir ein, dass ich selber welche schreiben will, die da dann eines Tages stehen sollten.“

Im Heimatort gab's keine Schriftstellerinnen und Schriftsteller, von denen sich hätte lernen lassen. Aber zur Literaturwelt der alten Bundesrepublik gehörten doch auch noch die Kleinstädte, in denen es mit Bibliotheken und Buchläden oder gar Literaturveranstaltungen inzwischen mager und düster aussieht. Weil das seinerzeit anders war, kannte sich die junge Frau in dieser Literaturwelt vom Lesen, vom Hörensagen und von Lesungsbesuchen her schließlich gut genug aus, um sich ihre Lehrerinnen und Lehrer, die ganz woanders wohnten und teils auch schon tot waren, selbst auszusuchen.

Die größte Lehrerin, die sie so fand, ist mittlerweile fast vergessen und früh im einundzwanzigsten Jahrhundert verstorben. Sie war damals Autorin und Kleinunternehmerin, die in

einem von ihr selbst mitbegründeten Verlag auch eigene Bücher publizierte.

Der erste veröffentlichte Text meiner Kollegin, die damals gerade aus der kleinen Stadt entkommen war und in einer etwas größeren studierte, erschien in einem Sammelband, den das von ihrer Lehrerin mitgegründete Haus publizierte. Diese Lehrerin traf sie schließlich auch persönlich, da hatte sie aber schon viel von ihr gelernt, beim Lesen.

„Das Studieren habe ich aufgegeben, ohne formellen Abschluss,“ sagt die Kollegin heute, „weil ich in den Arbeitszusammenhängen, in die ich durchs Schreiben kam, bald genügend kleine Jobs fand, um davon leben zu können – Neunzigerjahre halt, Übersetzen, Journalistisches, sogar Fortbildungssachen, EDV, wie man sagte, ich war ja gut mit Computern, Textverarbeitung. Und in dieser ganzen Zeit, auch vorher schon, in der kleinen Stadt, dachte ich: Die Zukunft, das ist, wenn du eines Tages sowas bist wie diese Frau mit dem Verlag, nur minus die Verlagsarbeit, denn zum sogenannten unternehmerischen Handeln habe ich keine Lust, und ich eigne mich dazu auch nicht mehr als zu der Ochsentour, mir einen akademischen Grad zu erarbeiten.“

Ich habe viel Verständnis und Sympathie dafür, wenn jemand der offiziell universitären Wissenschaft in einer Welt den Rücken kehrt, in der Konzerne, Monopole, Große Fonds und Wagniskapital bestimmen, was der Wissenschaft überhaupt für ein Wert zukommt. Ich kann auch nachvollziehen, dass jemand ebensowenig Betriebswirtschaft büffeln will wie Germanistik, weil auf dem Markt eh die besagten Geldmonster das Sagen haben. Ein akademischer Abschluss oder ein paar Geschäftskennntnisse könnten aber andererseits dabei helfen, etwaige Schlupflöcher für ein etwas weniger fremdbestimmtes Leben zu finden.

Genauso wichtig scheint mir allerdings der klar inhaltliche, nicht durch rein formales, leeres Verstreichen von Zeit bestimmte Begriff von „Zukunft“, den meine Kollegin als junge Frau mit der Bestimmung: „die Zeit, in der ich so sein werde, wie jetzt meine Lehrerin ist“ gefunden hat.

Heute sagt sie: „Ich denke oft daran, dass sie damals, als sie meinen ersten Text in diesem ersten Buch gedruckt hat, sogar jünger war, als ich jetzt bin. Und jetzt Jüngere, Feministinnen, Autorinnen, Frauen, auch Männer, geben mir manchmal zu verstehen, dass ich für sie sowas bin, wie diese Frau für mich war.“





sich selber futuristisch an, als ob man das Leben, nicht nur das eigene, von einer Zeit aus denkt, die es noch gar nicht gibt, und nicht nur denkt, sondern wirklich erlebt.“

Diese Zeit ist eben: eine erweiterte Zukunft, eine Zukunft, die sich selbst denkt, während sie vorwegnehmend erlebt wird.

Was für eine mögliche Zukunft wäre das aber, in der die sowohl erweiterte wie präzisierte Begriffsveränderung, die meine Kollegin dem Wort „Zukunft“ da spendiert hat, nicht nur von ihrem, nicht nur von einem einzelnen Bewusstsein veranstaltet werden wird, sondern von einem großen Gesellschaftsganzen?



So falten sich die Zeiten komisch ineinander. Ich denke mir im Selbstgespräch: Du musst total aufpassen, wenn du jetzt, mit Fünfzig, über die Zukunft nicht nur nachdenkst, sondern Jüngeren sagst, wie sie wird, diese Zukunft, in Spekulationen, in Warnungen, in Versuchen, Hoffnung zu stiften oder Leute zu mobilisieren. Du musst aufpassen bis in die Sprache. Eine unbekannte Zeit, denken wir alle gern, verlangt neue Ausdrücke. Die denkst du dir dann vorwegnehmend aus, und wie es in einer Dystopie neue Wörter oder Wortkombinationen gibt der Sorte ‚Zwiedenen‘ oder ‚Ministerium für Wahrheit‘, so kann es ja in einer Utopie dann ein Adjektiv für die Art und Weise geben, wie Menschen zum Beispiel keine Kleider anhaben, deren Haut vielleicht wegen irgendeiner Gentechniksache direkt Sonnenenergie verarbeiten kann, und diese Leute leben in den Bäumen, in Rotholz-Mammutgewächsen und auf Seilbrücken dazwischen, statt in Bauten aus Beton und Glas, und das Adjektiv für ihre spezielle Kleiderlosigkeit, die sie davon befreit, Pflanzen oder Tiere oder Synthetisches zu essen, ist dann vielleicht ‚lindnackt‘. Nur, da fragst du dich, wenn du so ein Wort erfunden hast: Was sage ich den Jüngeren damit? Gebe ich ihnen ein Ziel für ihre Politik, eine Idee von einem besseren Stoffwechsel mit der Natur, oder bloß ein Wort, das bald auch wieder nur in der Produktwerbung der Warenwirtschaft oder im Lebenshilfe-Psycho-Dressurdeutsch endet, wie ‚nachhaltig‘ oder ‚achtsam‘? Alles geht mit rein, gleichzeitig deine eigene Vergangenheit – du hast dich mal für Utopien und Dystopien interessiert, beim Lernen – und deren Zukunft – da bist du heute – und die Gegenwart der Jüngeren im Publikum und deren Zukunft, und deine Gegenwart jetzt. Das fühlt



Kritik im Schatten des Kapitals

Die Verdrängung kritischer Gesellschaftstheorie an der ökonomisierten Universität

Johanna Fankel & Gianna Gumgowski

AK kritische Gesellschaftstheorie

Die Ökonomisierung der Hochschulen hat nicht nur die Strukturen und Prioritäten der akademischen Bildung verändert, sondern auch die kritische und insbesondere die marxistische Theorie an den Rand gedrängt. In diesem kleinen Beitrag werfen wir einen Blick auf die Entwicklungen in Frankfurt – und darauf, was wir gemeinsam tun können, um eine Zukunft zu gestalten, indem wir die Universität zu einem Ort der Kritik und des Widerstands machen. Ein Werkstattbericht aus dem *Arbeitskreis kritische Gesellschaftstheorie*.

1 Status Quo: Die Goethe Uni, Frankfurter Tradition & die Notwendigkeit kritischer Lehre

Im Kontext von Unterfinanzierung, Umstrukturierung und Ausrichtung der Bildung entlang von marktwirtschaftlichen Interessen werden verschiedenste Ansätze kritischer, marxistischer Gesellschaftstheorie, die bestehende Herrschaftsverhältnisse explizit kritisieren, systematisch marginalisiert und drohen, mehr und mehr aus dem akademischen Diskurs verdrängt zu werden. Das trifft sowohl auf die ältere Kritische Theorie als auch auf kritische Gesellschaftstheorien im weiteren Sinne zu. Dies gilt insbesondere für Ansätze, die eng mit der marxistischen Tradition verbunden sind. Die Gründe dafür sind so vielfältig wie fatal: Sie reichen von der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen im Zuge der Bologna-Reform (das heißt zunehmende Marktorientierung, Wettbewerb, Ausschluss und Leistungsdruck) über die Technokratisierung und Entpolitisierung von Wissenschaft und Hochschule bis hin zur Abhängigkeit von Drittmitteln. Nicht zuletzt spielt natürlich auch die gezielte politische und wissenschaftliche Diffamierung derjenigen eine Rolle, die kein Interesse daran haben, an den gesellschaftlichen Verhältnissen – am kapitalistischen Status quo – etwas zu ändern; durch diejenigen die

kein Interesse daran haben, etwas von ihrer Macht im Hinblick auf eine mögliche gerechtere Gesellschaft zu verlieren. Und die kein Interesse daran haben, dass kritisches Wissen handlungsrelevant werden könnte. Die Beschaffenheit des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs tut es ihnen gleich.

Diese verschiedenen Gründe für diese Verdrängung sind eng miteinander verknüpft; gerade die Unterfinanzierung zeigt sich im Hochschulbereich derzeit wieder in aller Deutlichkeit: Insgesamt führt der Nachtragshaushalt 2024 von CDU und SPD in Hessen zu Kürzungen bei den Hessischen Hochschulen um 34 Millionen Euro (Gerritz 2024). An Wissenschaft und Bildung wird massiv gespart, eine absolut katastrophale Situation für die Hochschulen. In dem immer enger werdenden Handlungsspielraum findet dann auch innerhalb der Hochschulen ein Kampf um die Mittel und eine politisch motivierte Verteilung statt: Denn während an der Goethe Uni beispielsweise dem FB10, insbesondere dem Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft so einschlagend Gelder gekürzt werden, dass bis zu vier Professuren wegfallen könnten, und damit ganze Studiengänge vor dem Aus stehen, werden parallel für das neue „Center for Critical Computational Studies“ mindestens 12 neue Professuren bis Ende 2025 geplant und vom Land Hessen finanziert. Auf



Bundesebene wiederum wird der Haushalt in Bereichen wie Bildung, Soziales und Gesundheit gekürzt, während die Rüstungsindustrie finanziell kräftig aufgestockt wird. Es zeigt sich: das Geld ist da, es ist vielmehr eine Frage des politischen Willens. Der Mangel an öffentlichen Geldern kann dann im Zweifel nur über private Förderung und Stiftungsmittel aufgestockt werden, die einer weiteren Orientierung der Forschung an wirtschaftlichen Interessen Vorschub leistet. Die dringende Forderung, die sich aus diesen Missständen ergibt, ist der enorme Ausbau und die massive staatliche Investition in das Bildungssystem, von der Schule bis zur Hochschule. Die Ökonomisierung drückt sich

währenddessen in vielen verschiedenen Mechanismen aus, mit gravierenden Folgen für Forschung, Lehre und Bildung – wer sich näher für eine Kritik der neoliberalen Universität interessiert, dem sei der kürzlich erschienene Sammelband 'Organisierte Halbbildung' empfohlen, an dem auch viele Frankfurter Studierende mitgewirkt haben.

Diese neoliberalen Dynamiken prägen die deutsche Hochschullandschaft und stechen gerade in Frankfurt, wo aufgrund der Tradition der Kritischen Theorie viele Menschen ihr Studium am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften beginnen, besonders hervor. Hier kann man immer wieder feststellen: Es gibt zwar gute, wahnsinnig spannende Forschung, die in eben jener kritischen Tradition steht, aber sie steht in keinem Verhältnis zu dem, was eigentlich nötig wäre, um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen und den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen. Sie steht auch in keinem Verhältnis zu dem, was sich Studierende von einem Studium der Gesellschaftswissenschaften in Frankfurt erhoffen, und zu dem, was einst der revolutionäre Anspruch dieser Forschung war. Im vergangenen Jahr äußerte sich Alex Demirović in einem Interview zum Stand der Kritischen Theorie an der GU: "Die Universität hat einen Adorno-Platz, die Horkheimer-Straße und es gibt das Institut für Sozialforschung. Also ist es sinnvoll, diese Tradition zu pflegen – aber natürlich nicht nur museal" (Tabel et al 2023).

Dieses Bestreben, nicht nur vereinzelt museale Aneignung zu betreiben, sondern sich mit den drängenden Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen – mit den Entwicklungen kapitalistischer Akkumulationsregime, der Klimakrise, den Kriegen, den Verstrickungen von Herrschaft, Ausbeutung und Diskriminierung – ist auch das Anliegen vieler Studierender, mit denen wir in den letzten Jahren gemeinsam gelernt, diskutiert, protestiert und studiert haben. Und es ist gerade dieses Unterfangen, das kritische und marxistische Gesellschaftstheorien auszeichnet und gesellschaftlich so relevant macht. Auf der Suche nach Erklärungen über die Beschaffenheit der Welt und der zeitgenössischen Krisen helfen uns marxistische und kritische Gesellschaftstheorien, das Bestehende in seiner historischen Gewordenheit, seiner Veränderbarkeit und Fehlbarkeit zu benennen. Sie zeigen uns auch, dass es besser werden kann und dass Ausbeutung, Naturbeherrschung und Unterdrückung nicht alternativlos sind. Sie helfen uns, bessere Zukünfte greifbar zu machen. Dabei reflektieren sie laufend ihre eigene Verstrickung in eben jene Herrschaftszusammenhänge: Das Bewusstsein, dass die eigene Position und das eigene Denken immer auch von Herrschaftsformen geprägt sind, gegen die im besten Fall gearbeitet wird, ist zentral, um kritische Wissenschaft als einen Prozess zu verstehen, dessen Aufgabe es ist, herrschaftlich geprägte Verhältnisse immer wieder aufzubrechen und Möglichkeiten einer Emanzipation aller zu entwerfen. Diese eigene Situiertheit anzuerkennen bedeutet für die Theoriebildung auch, Bildungsinstitutionen wie die

Universität als Orte kapitalistischer (und kolonialer, patriarchaler etc.) Wissensproduktion und -vermittlung anzuerkennen, als Orte, die hierarchisch organisiert sind und Herrschaftsmechanismen reproduzieren und aufrechterhalten (Demirović 2010). An diesem Ort für eine kritische Auseinandersetzung zu streiten bedeutet, dort anzusetzen, wo die gegenwärtigen Verhältnisse ideologisch und technologisch fortgeschrieben und das Wissen des fossilen Kapitalismus (re-)produziert wird.

Gleichzeitig und ganz praktisch sieht die Zukunft in Deutschland für emanzipatorische und selbst für schlicht demokratische Bildung ziemlich düster aus. Die aktuellen Kürzungen im Bildungssektor könnten nur ein Vorgeschmack von dem sein, was uns an Hochschulen und in anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen erwartet, wenn sich die AfD in Zukunft durchsetzt und die CDU ihre vermeintliche „Brandmauer“ einreißt. Bereits in den letzten Monaten und Jahren sind im Zuge eines gesellschaftlichen Rechtsrucks auch an den Hochschulen zunehmend autoritäre Zuspitzungen und Repressionen zu beobachten. Von Polizeigewalt gegen studentische Proteste über Verbote von Veranstaltungen, versuchte und tatsächliche Beschränkungen der Wissenschaftsfreiheit bis hin zu Debatten über politische Exmatrikulationen – widerständiges Denken und Studieren, scheint unerwünscht zu sein. Auch die autoritären Entwicklungen, die wir auch an der GU in Reaktion auf verschiedene Proteste in den letzten Monaten beobachten konnten, könnten unter einer rechtsextremen Regierung(sbeteiligung) noch weitreichende Auswirkungen haben und sich drastisch verschärfen. Die Förderung von Studierenden die „einen kompromisslosen Willen zur Mitarbeit an einer besseren Welt“ (Horkheimer 1953) entwickeln, tritt somit nicht nur hinter dem Ziel der Arbeitsmarkttauglichkeit, sondern auch hinter der Angst der Unileitung vor Kritik, Konflikt und vermeintlicher Unordnung zurück. Politisch aktive Studierende, die im Zweifel den Campus als politischen und wissenschaftlichen Raum aktiv mitgestalten wollen, sollen also lieber eingeschüchtert werden und nicht noch, überspitzt formuliert, mit kritischer Lehre darin bestärkt werden, dass in dieser Gesellschaft und an der GU vieles ziemlich schief läuft. Gerade unter diesen Gesichtspunkten ist der Erhalt kritischer Professuren, Lehrstühle und demokratischer Strukturen an der Universität ein bedeutendes Ziel. Gleichzeitig ist es, aus denselben Gründen, wichtig, dem gegenwärtigen, auf Leistung, Ausgrenzung und Abwertung basierenden Hochschulsystem, eine solidarische und emanzipatorische wissenschaftliche Praxis entgegenzusetzen, sowohl im Inhalt als auch der Form nach. Dies muss an vielen Stellen geschehen, auf eine davon soll im Folgenden näher eingegangen werden.

2 Die Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie

An der Goethe-Universität bestand von 2013 bis 2020 die Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie. Die Gastprofessur wurde jeweils für ein akademisches Jahr vergeben und sollte offiziell die „historischen Dimensionen und aktuellen Perspektiven kritischer Gesellschaftstheorie in der Tradition der Frankfurter Schule“ vermitteln (Goethe Universität).¹ Altaira Caldarella, die damals studentische Hilfskraft für diese Gastprofessur war, berichtete uns beispielsweise von Veranstaltungen bei Daniel Loick bei denen um die 400 Studierende teilnahmen, „die trotz Platzmangel, Hitze, Lautstärke und einer Menge Lesestoff regelmäßig in den überfüllten Saal strömten, um sich gemeinsam einen Zugang zur kritischen Theorie zu erarbeiten“ (Tabel et al 2023: 9). In der Praxis waren die Seminare darüber hinaus ein

Ort der Begegnung und Erstpolitisierung, in dem Studierende sich gemeinsam ein Verständnis der gesellschaftlichen Umstände erarbeiteten und währenddessen und um dieses Anliegen herum langfristige soziale, politische und akademische Beziehungen knüpfen: „Außerhalb der Vorlesung etablierten sich schnell zahlreiche Lesekreise zur Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung. Wir hatten das Bedürfnis, uns gegenseitig zu einem Verständnis der uns umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verhelfen, um sie mitgestalten und verändern zu können“ (Tabel et al 2023: 10).

Die Finanzierung dieser Lehre war jedoch von Anfang an beschränkt, und als sie auslief, wurden inmitten des pandemischen Alltags anscheinend trotz des großen studentischen Interesses keine (oder keine ausreichenden) Bemühungen von Seiten der Universität unternommen, sie zu verlängern. Damit verschwand eine Gastprofessur, die, wie Altaira Caldarella beschrieb, „in Frankfurt den Lehrbetrieb sowohl am Laufen hielt als auch mit ihrer bloßen Präsenz in Frage stellte“ und zudem Räume entstehen ließ, in denen „man das Gefühl hatte, plötzlich an der Uni Luft zum Atmen gefunden zu haben“ (ebd.). Die Streichung dieser Lehrangebote löst bei uns Unverständnis und Unmut aus, überrascht aber leider nicht mehr, steht sie doch exemplarisch für die jüngsten Entwicklungen innerhalb der Hochschullandschaft und die wirtschaftsnahe Ausrichtung der akademischen Bildung.

3 Studentische Initiative: Einsatz für die Wiedereinführung der Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie

Die Initiative zur Wiedereinführung der Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie entstand schließlich im Sommer 2022, als einerseits die zentralen QSL-Mittel ausgeschrieben und andererseits die jährliche Ausschreibung der Gastprofessur in Gießen veröffentlicht wurde. Es gründete sich der studentische Arbeitskreis kritische Gesellschaftstheorie (AkkG). Im Hinblick auf eine mögliche Institutionalisierung versuchen wir als AkkG mittelfristig, kritische junge Wissenschaftler:innen, die mit ihrer Arbeit in ganz verschiedener Hinsicht Leerstellen füllen oder randständige Positionen besetzen, für Lehraufträge nach Frankfurt zu holen. In den letzten beiden Jahren haben wir dafür die zentralen QSL-Mittel genutzt: Diese werden zweimal im Jahr ausgeschrieben und ermöglichen es grundsätzlich allen Studierenden, Mittel für studentische Projekte zu beantragen. Die für die Vergabe zuständige QSL-Kommission ist (als einziges Gremium der GU) paritätisch besetzt, das heißt 50 Prozent der Kommission

»An Wissenschaft und Bildung wird massiv gespart, eine absolut katastrophale Situation für die Hochschulen.«

besteht aus Studierenden. Das ist natürlich ganz praktisch. Einen kleinen Erfahrungsbericht und eine Anleitung zur Beantragung von QSL-Mitteln sowie viele weitere spannende Beiträge zur Entwicklung kritischer und marxistischer Theorie an der Universität finden sich in der online verfügbaren Broschüre „Marx an die Uni“ (Tabel et al 2023).

Der Kampf durch die Antrags- und Fördermittelbürokratie hat sich gelohnt. Für das akademische Jahr 2023/24 wurden 21.750,00 EUR für eine ‚Goethe Teaching Professorship‘ (GTP) bewilligt, die Alex Demirović und Birgit Sauer für jeweils ein Semester mit je drei Veranstaltungen übernommen haben. Zusätzlich wurde ein interdisziplinäres Forschungsseminar zum Frankfurter Bahnhofsviertel bewilligt und von Tim Herbold im Sommersemester 2024 durchgeführt. Auch für das akademische Jahr 2024/2025 wurden kürzlich sechs ‚Lehraufträge für kritische Gesellschaftstheorie‘ über zentrale QSL-Mittel eingeworben. Im Wintersemester 24/25 werden Aaron Tauss und Paul Schierle zwei dieser Lehraufträge übernehmen und die beiden Seminare ‚Internationale Politische Ökonomie: Debatten im Globalen Süden‘ und ‚Kritische Theorien der digitalen Konstellation‘ anbieten. Seminarbeschreibungen sind im Folgenden nachzulesen. Im Sommersemester 2025 werden vier weitere spannende Seminare folgen.

Dass diese Seminare stattfinden konnten und können, ist erstmal ein großer Erfolg! Mit den im vergangenen Studienjahr durchgeführten Seminaren – beispielsweise zu ‚Aktuellen Forschungen und Kontroversen um Marx‘, ‚Aspekte der materialistischen Demokratie- und Staatstheorie‘ oder ‚Autoritäre Rechte, Geschlecht und weiße maskulinistische Identitätspolitik‘ – wurden am Fachbereich Orte geschaffen, um sich über wichtige theoretische Grundlagen, aktuelle gesellschaftliche Problemlagen und neue wie alte Ideen auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Auch hier zeigten der große Andrang der Studierenden und die spannenden, kontroversen und fruchtbaren Debatten das große Interesse an der Auseinandersetzung mit kritischer und marxistischer Gesellschaftstheorie.

Schließlich bleibt es jedoch dabei, dass die Einrichtung der diesjährigen Lehraufträge nur ein Zwischenziel sein kann, genauso wie die zuvor durchgesetzte Goethe Teaching Professorship:

Die langfristige Etablierung einer Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie bleibt das Ziel. Die Institutionalisierung von kritischer Lehre an der Universität scheint uns demnach der sinnvollste Weg zu sein, um die Finanzierung jener Lehraufträge dauerhaft zu sichern, die eine kritische, marxistische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen und den Studierenden neue oder verdrängte Positionen zugänglich machen. Zudem bedeutet das nun jährliche Ringen um die Lehraufträge, für die offensichtlicher Bedarf und Interesse besteht, für Studierende und potenzielle Lehrende eine extrem kurzfristige Planung, verbunden mit entsprechendem Zeitdruck und Unsicherheit. Keine gute Ausgangssituation für die Entfaltung einer kritischen Wissensproduktion und -vermittlung, die eigentlich das Kerninteresse der Goethe-Universität sein sollte.

4 Blick nach vorn: Zukunft wird gemacht

Die jährlichen Lehraufträge bleiben also eine mittelfristige Strategie, da auf diesem Weg keine langfristige, strukturelle Veränderung der Situation erreicht werden kann, auch wenn es durchaus sinnvoll ist, die finanziellen Ressourcen der Hochschule für studentische Lehrkonzepte und emanzipatorische Projekte zu nutzen. Statt sich jedoch in endlosen Appellen an die Universitätsleitung, den Regierungs- oder Herrschaftsapparat zu wenden, gilt es, als Studierende selbst aktiv zu werden, sich zu organisieren und kollektiv Druck aufzubauen. Auch die marxistische Theorie trägt seit Beginn den Anspruch auf praktische Veränderung in sich. Sie macht sich nicht nur das kritische Hinterfragen der Verhältnisse zur Aufgabe, sondern verknüpft ihre Kritik mit der Hoffnung nach einer besseren Welt. Unsere theoretische Auseinandersetzung kann und sollte uns damit auch

ein Verständnis davon geben, wie Veränderung möglich werden kann und wie eine politische Praxis mit tatsächlicher Durchsetzungsperspektive aussehen kann.

All unser Nachdenken, all unser Unbehagen, all unsere Wut sollten demnach stets auch in kollektive Organisation und Aktion umgesetzt werden, wenn wir die Zukunft einer besseren Universität und einer besseren Welt nicht aufgeben wollen. Angesichts der auf uns zukommenden Klimakatastrophe, der wachsende Ungleichheit, der Kriege und der multiplen Krisen, die wir erleben, ist diese Organisierung – ebenso wie eine kritische Wissensproduktion und eine scharfe Analyse der uns umgebenden Missstände – notwendiger denn je. Kritische wissenschaftliche Praxis braucht Räume, sie braucht dauerhafte finanzielle Ausstattung und sie braucht Zeit. Erste Schritte in diese Richtung sind neben der Institutionalisierung der Gastprofessur und der finanziellen Absicherung von kritischer Lehre auch die lang ersehnte Errichtung eines selbstverwalteten Studierendenhauses auf dem IG-Farben-Campus – als Basis für eine aktive studentische Mitgestaltung und hochschulpolitische und wissenschaftliche Themensetzung von unten.

Kurzum: Wir wollen keine Universität als Elfenbeinturm, aber auch keine Markthalle. Stattdessen gilt es mit Blick auf eine wünschenswerte Zukunft gemeinsam eine demokratische Hochschule zu schaffen, die allen offensteht und den kollektiven Raum für kritische Reflexion, Debatte und Widerstand bietet. Sowie eine Bildung, die nicht bloß marktförmige Interessen bedient, sondern emanzipatorisches Denken und vielfältige Perspektiven fördert. Und damit schließlich eine Universität, die die sie umgebenden globalen kapitalistischen Ungleichheitsverhältnisse zu benennen und zu kritisieren weiß; die gemeinsam mit der gesellschaftlichen Bewegung über die Verhältnisse hinausweist oder sie gar zu überwinden vermag.

Es bleibt noch viel zu fragen, viel zu sagen und noch mehr zu tun, wir freuen uns darauf, gemeinsam mit euch im Hier und Jetzt damit anzufangen. So können wir selbst zu der Hoffnung werden, die wir so dringend für die Zukunft brauchen. Es gibt noch immer eine Welt zu gewinnen. Holen wir sie uns!



Quellen

- ✎ Demirović, Alex (2010): Von der bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von »Bologna«, in: Johanna-Charlotte Horst (Hg.): Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität. Zürich: Diaphanes, S. 394.
- ✎ Gerritz, Uwe (2024): Weniger Geld für Hochschulen: Hessenweite Proteste. In: hessenschau. <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/weniger-geld-fuer-hochschulen-proteste-am-donnerstag-in-darmstadt-frankfurt-und-kassel-v4,proteste-gegen-hochschulkuerzungen-100.html>.
- ✎ Goethe-Universität — Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie. (o. D.). URL: https://www.fb03.uni-frankfurt.de/145183854/Gastprofessur_f%C3%BCr_Kritische_Gesellschaftstheorie
- ✎ Horkheimer, Max (1953), Rektor der Goethe-Universität, Rede zur Eröffnung des Studierendenhauses am Campus Bockenheim. URL: <https://studierendenhaus.asta-frankfurt.de/horkheimers-eroeffnungsrede/>
- ✎ Tabel, Jule/ Schirm, Henrik/ Geisler, Lukas/ Bade, Lennart (2023): Marx an die Uni! Widersprüche studentisch organisierter Lehre. S. 31. URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studienwerk/Marx_an_die_Uni.pdf

Seminare für kritische Gesellschaftstheorie

Im Wintersemester 2024/25 organisiert der studentische AK kritische Gesellschaftstheorie wieder zwei Seminare, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven einer kritisch-materialistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft auseinandersetzen. Die Seminare sind Teil der Initiative, eine studentische-organisierte Gastprofessur für kritische Gesellschaftstheorie zu etablieren.

Kritische Theorien der digitalen Konstellation

Paul Schierle (MA)

In dieser Lehrveranstaltung wollen wir mithilfe einer Mischung aus klassischen Autor*innen und zeitgenössischen Texten über die allgegenwärtigen Debatten über KI und die Zukunft der Arbeit hinausgehen und uns der Frage widmen, was sich an der politischen Beschaffenheit unserer Gesellschaften ändert, wenn die Welt digital wird. Wir nähern uns dieser Frage mithilfe einer Mischung aus klassischen Begriffen (Entfremdung, verwaltete Welt, Maschinenfetisch, Gouvernamentalität etc.) und aktuellen, zur digitalen Konstellation geschriebenen Texten.

Auf dieser Basis und mithilfe aktueller Beispiele werden wir vor allem Debatten um digitalen Kapitalismus, das Verhältnis Mensch/ Maschine und die Funktion algorithmischer Systeme führen. In den Debatten wird auf Alltagsanbindung, methodische Vielfalt und eine niedrighschwellige Diskussionskultur geachtet. Nach Abschluss des Seminars sollen Teilnehmende die gesellschaftlichen und politökonomischen Aspekte der Digitalisierung einordnen, gesellschaftstheoretische Konzepte auf sie anwenden und neu auftretende Phänomene einem kritischen Blick unterziehen können.

Immer Mittowchs von 12 – 14 Uhr (SP 0.04)

Internationale Politische Ökonomie: Debatten im globalen Süden

Dr. Aaron Tauss

Das Seminar nähert sich dem Themenfeld der internationalen Politik und Entwicklung aus der Perspektive der Internationalen Politischen Ökonomie. Dabei steht das wechselseitige Verhältnis zwischen dem internationalen politischen System und der Weltwirtschaft im Zentrum der Theoriebildung und der empirischen Analyse. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf die Kritische Internationale Politische Ökonomie (Weltsystemtheorie, Neo-Gramscianische Ansätze und Feministische Perspektiven) und auf aktuellen Debatten im globalen Süden. Konkret widmet sich das Seminar drei aktuellen Debatten aus Lateinamerika: Periphere Staatlichkeit, Neo-Extraktivismus, Post-Extraktivismus, Buen Vivir und „Socialismo del Siglo XXI“.

Jeden zweiten Freitag von 9 – 12 Uhr (PEG 1.G 165)

Handeln in einer schlechten Welt

Zur Einleitung

Mirko Broll & Eva Fleischmann

»Herzustellen wäre ein Bewußtsein von Theorie und Praxis, das beide weder so trennt, daß Theorie ohnmächtig würde und Praxis willkürlich; noch Theorie durch den [...] urbürgerlichen Primat der praktischen Vernunft bricht.« (Adorno 2003: 761)

»Wir meinen mit Praxis wirklich, daß man mit dem Gedanken, daß die Welt sich von Grund auf ändern müsse, ernst macht. Das muß sich sowohl im Denken wie im Tun zeigen.« (Horkheimer in: Horkheimer und Adorno 1996: 61)

Zwei Ereignisse aus der Geschichte der Kritischen Theorie jährten sich 2023 zum hundertsten Mal. Zum einen wurde 1923 das Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt am Main gegründet, zum anderen wurde im selben Jahr – als erstes Theorieseminar des neu gegründeten Instituts – die erste *Marxistische Arbeitswoche* (MAW) ausgerichtet.¹ Beide Ereignisse verweisen auf die diesem Sammelband zugrundeliegende Thematik: das Verhältnis von gesellschaftskritischer Theorie und Praxis im Angesicht gesellschaftlich unhaltbarer Zustände.

In seiner Anfangszeit stand das IfS in einer engen Verbindung zum politischen Marxismus. Das Ziel der Institutsgründung war es, diesem eine »akademische Heimstätte« (Felix Weil; zit. in Erazo Heufelder 2017: 24) zu schaffen. Zu den frühen Beschäftigungsfeldern des IfS gehörten etwa die Herausgabe der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe, eine Zeitschrift zur Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung sowie eigene Forschungstätigkeiten zur Kritik der politischen Ökonomie. Mit dem Antritt Max Horkheimers als Institutsdirektor im Jahr 1931 begann sich dann langsam jene spezifische Denktradition herauszukristallisieren, die in innovativer Weise den Marx'schen Materialismus mit der Freud'schen Psychoanalyse verband, sowie mit den Mitteln der Sozialphilosophie ein interdisziplinäres Programm der gesellschaftskritischen Sozialforschung entwarf. Spätestens seit Horkheimers programmatischem Aufsatz aus dem Jahr 1937 steht das IfS für den Ort Kritischer Theorie. Diese, so Horkheimer, zielt »nirgends bloß auf Vermehrung des Wissens als solchen ab, sondern auf die Emanzipation des Menschen aus versklavenden Verhältnissen« (Horkheimer 2009: 219).

Durch diesen Emanzipationsanspruch, der ex negativo – in der bestimmten Negation der Herrschaftsverhältnisse und nicht in der Beschreibung revolutionärer, umwälzender Praxis – vermittelt ist, unterscheidet sich die Kritische Theorie wesentlich von der traditionellen Wissensproduktion. Sie ist nämlich »nicht nur eine intellektuelle Tradition, die eine spezifische Methode artikuliert; sie hat auch einen bestimmten praktischen und politischen Zweck, nämlich Emanzipation« (Allen 2023: 20).

An der Unhaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und der Notwendigkeit von deren Überwindung hat sich seit der ersten *Marxistischen Arbeitswoche* und der Gründung des IfS vor 100 Jahren wenig geändert, wenngleich die spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen heute andere sind als damals. Massive Erschütterungen durchziehen die Welt des 21. Jahrhunderts und treffen zunehmend auch die kapitalistischen Zentren. Mittlerweile bestimmen ökonomische Verwerfungen und Prekarität das Leben großer Bevölkerungsteile und die digitale Revolutionierung sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche trägt eher zur Verschärfung dieser Tendenz als zur Entlastung der Arbeitenden bei. Gleichzeitig werden wir Zeuge eines globalen Aufstiegs von Rechtsautoritarismus, Antisemitismus und Neofaschismus, dem keine nennenswerte antifaschistische Gegenbewegung gegenübersteht. Vielerorts herrscht Krieg, Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht und werden durch eine militarisierte Grenz- und Abschottungspolitik brutal bekämpft. Derweil nimmt die Klimakrise an Fahrt auf und nichts deutet darauf hin, dass der ökologischen Verwüstung Einhalt geboten würde. Diese krisenhafte Zuspitzung von gesellschaftlichen Verhältnissen ist strukturell mit der politischen Ökonomie des Kapitalismus verbunden.

In der gegenwärtigen Krisendynamik stellt sich die Frage nach verändernder Praxis in einer dringlichen Weise. Dass es nicht anders wird, obwohl es anders werden müsste, gibt Anlass für diesen Band. Praktische Kritik an den unhaltbaren Zuständen wird tagtäglich geleistet. Sei es auf der Arbeit, im Alltag, in der Akademie oder in den Feldern des politischen Aktivismus: den Ort der Kritik gibt es nicht. Von einigen politischen Versuchen, die bestehenden Verhältnisse herauszufordern, und ihrem Verhältnis zur kritischen Gesellschaftstheorie, erzählt dieses Buch. Es wird deutlich: Theorie und Praxis können sich beeinflussen, befördern und behindern. Der Streit um die »richtige« Praxis ist nicht immer produktiv und oft frustrierend. Soll kritische Gesellschaftstheorie praktisch werden, muss sie beweglich bleiben, sich irritieren lassen und sich immer wieder der Selbstbefragung

Mirko Broll
 Eva Fleischmann (Hg.)
**Handeln in einer
 schlechten Welt**
 Zur Kritik im Handgemenge
 Ina Braune Christina
 Engelmann Sabine Flick Anton
 Fromageot Lukas Geisler
 Gianna Gumowski Lisa
 Yashodhara Haller Alexander
 Herold Janina Hirth Alexander
 Kern Geoffroy de Lagasnerie
 Martin Lechner Stephan
 Lessenich Robin Mohan Janina
 Puder Lena Reichardt Sarah
 Speck Jenny Stupka
IfS Aus der Reihe

BERTZ + FISCHER

Mirko Broll, Eva Fleischmann (Hg.)

Handeln in einer schlechten Welt

Zur Kritik im Handgemenge

IfS Aus der Reihe 3

248 Seiten, erscheint im November 2024

im Bertz + Fischer Verlag, 18 €

unterziehen. Sie ist schonungslos gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen wie gegenüber sich selbst.

Die Frage, die uns in diesem Band maßgeblich beschäftigt, entspringt den laufenden Debatten am Institut für Sozialforschung (IfS 2023a: 13 f.): »Inwiefern und in welcher Weise vermögen Kritische Gesellschaftstheorie und Sozialforschung«, fragt das IfS in seinem kollektiv erarbeiteten Perspektivenpapier, soziale Praktiken und politische Kämpfe »befördern«, die »dem ›Weiter so‹ kapitalistischer Reproduktion auf je eigene Weise in emanzipatorischer Absicht« entgegnetreten?

»Scheitern, wieder scheitern, besser scheitern« (Samuel Beckett). Theorie und Praxis heute

Der Einspruch gegen das Bestehende gehört seit eh und je zum guten Ton der Kritischen Theorie; er drückt mit dem Anspruch der Abschaffung aller Zwangsverhältnisse und der Überwindung nicht notwendigen Leidens deren Selbstverständnis aus. Dass die Kritische Theorie deswegen eine unproblematische Beziehung zur praktischen Gesellschaftskritik hätte, wird man allerdings nicht behaupten können. Zwar verstand sich das IfS in seiner Gründungsphase »als intellektueller Begleiter, wenn nicht sogar als aktiver Teil einer politischen Emanzipationsbewegung, als wissenschaftlicher Akteur einer Kritik von gesellschaftlichen Verhältnissen, die systematisch Ausbeutung und Entfremdung, Verdinglichung und vermeidbares Leid produzieren« (IfS 2023a:

4). Aber diese frühe, emphatische Bezugnahme auf praktische Gesellschaftskritik wich relativ bald einem von Distanz geprägten, gebrochenen Verhältnis.

Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges, das Ausbleiben der proletarischen Revolution 1918/1919 und das Scheitern der Arbeiter:innenbewegung, die Stalinisierung der Sowjetunion sowie die Erfahrung des aufziehenden Nationalsozialismus, der viele Institutsangehörige in die Flucht und das IfS ins (erst schweizerische, dann amerikanische) Exil zwang, gaben allen Grund, die Hoffnung auf eine Versöhnung von Theorie und Praxis im Sinne einer gesellschaftlichen Emanzipationsbewegung wenn nicht ganz aufzugeben, so doch mindestens zu vertagen. Das Bewusstsein über die Möglichkeit eines Dissenses zwischen Theorie und Praxis und der reaktionären Aufhebung der Verhältnisse war fortan im Denken der Kritischen Theorie fest verankert.

Der marxistische Historiker Perry Anderson (2023) hat in seiner erstmals 1976 erschienenen kanonischen Abhandlung *Über den westlichen Marxismus* beschrieben, wie dieser, zu dem sowohl die meisten Teilnehmer:innen der ersten *Marxistischen Arbeitswoche* als auch das Institut für Sozialforschung gezählt wurden, in der historischen Situation entstanden war und wie in ihm die Trennung der vermeintlichen Einheit von Theorie und Praxis vollzogen worden ist. Die Kritische Theorie als eine Strömung

im westlichen Marxismus zeichne sich durch eine »Zurückhaltung« (ebd.: 82) bei politischen (und ökonomischen) Problemen und eine inhaltliche Hinwendung zur Ideologie- und Kulturkritik aus. Kurzum: In ihr fielen Theorie und Praxis auseinander. Das Primat der revolutionären Einheit von Theorie und Praxis, wie es der klassische Marxismus postuliert hat, verliere in seiner »westlichen« Spielart an Bedeutung. Vor allem nach der Rückkehr aus dem amerikanischen Exil habe das IfS »jede Verbindung zur sozialistischen Praxis« (ebd.: 44) aufgekündigt. Auch wenn Anderson die institutionelle Abspaltung von der revolutionären Praxis im westlichen Marxismus als Produkt der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse jener Zeit, als »Resultat einer Niederlage« (ebd.: 52) beschreibt, ist sein Text im Wesentlichen eine Abrechnung mit dem westlichen Marxismus und als polemischer Vorwurf hinsichtlich dessen vermeintlicher Praxisferne formuliert (und rezipiert) worden (Lessenich 2023: 131).

Dem Vorwurf sind mindestens zwei Aspekte entgegenzuhalten. Zum einen handelt es sich bei dem theoretischen und institutionellen Abstand, den die ältere Kritische Theorie zur Praxis eingenommen hat, nicht um eine aktive Distanzierung von der Praxis. Im Gegenteil: »Wir haben nicht die Praxis verlassen, sondern die Praxis hat uns verlassen«, beschreibt Leo Löwenthal (1980: 79) in einem autobiografischen Gespräch aus dem Jahr 1979 nachträglich den politischen Entstehungskontext des Instituts für Sozialforschung in Hinblick auf die immer autoritärer werdende Sowjetunion und den historischen Aufstieg des Nationalsozialismus, der massenhaft von Arbeiter:innen getragen wurde. Mehr noch war das Auseinanderfallen von Theorie und Praxis der Ausgangspunkt der Reflexion, Revision und Weiterentwicklung marxistischer Theorie – kein Verrat an dieser, wie es von Anderson nahegelegt wird. Anders formuliert: Die Kritische Theorie ist eine intellektuelle Reaktion auf das Scheitern der revolutionären Praxis.

Zum anderen hat Anderson, wenn er von Praxis spricht, streng orthodox ausschließlich die proletarische Massenbewegung vor Augen und klammert andere Emanzipationsbewegungen, etwa die feministischen Bewegungen oder die sozialen Kämpfe von Migrant:innen, die vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts relevant wurden und dem westlichen Marxismus (vor allem in Frankreich und Italien) mitunter nahestanden, systematisch aus (Lessenich 2023: 132): »ein guter Teil jener Praktiken, die für eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse infrage kämen, geriet ihm gar nicht in den Blick« (ebd.: 136).²

In der Geschichte der Kritischen Theorie ging es immer auch um eine Bestimmung des Verhältnisses zwischen Theorie und politischen bzw. sozialen Bewegungen mit emanzipatorischem Anspruch.³ Von diesem niemals konfliktfreien Theorie-Praxis-Verhältnis handeln die Beiträge in diesem Buch, ebenso wie von der Frage, wie Theorie und Praxis heute in eine »dynamische Einheit« (Horkheimer 2021: 42) treten können. Denn dass dieses Verhältnis von Wechselwirkungen und Spannungen gekennzeichnet ist, zeigt sich damals wie heute. Der vorliegende Band lotet Nähe und Distanz von Theorie und Praxis vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisenkonstellation aus, um so die Möglichkeiten und Grenzen einer praktisch werdenden Gesellschaftskritik heute zu untersuchen. Um die Idee einer dynamischen

Einheit von Theorie und Praxis zu fassen und das Spannungsverhältnis von verschiedenen Blickwinkeln her auszuloten, nähern wir uns mit einem zunächst weit gefassten Begriff der Kritik. Unter »Kritik« fassen wir heuristisch auf der einen Seite die K/kritische Theorie der Gesellschaft, auf der anderen die praktische Infragestellung der bestehenden Verhältnisse durch soziale Bewegungen und Kämpfe.⁴ Der Sammelband erkundet Vermittlungsmomente und Brüche zwischen diesen beiden Feldern der Kritik und systematisiert Konstellationen von Theorie und Praxis, die die Autor:innen an Phänomenen der historischen oder gegenwärtigen empirischen Wirklichkeit untersuchen. Theorie, so zeigen die Beiträge, kann sich dabei vorantreibend bzw. gestaltend (*Praxis der Kritik*), dynamisierend (*Praxis und Kritik*) und reflektierend (*Kritik der Praxis*) ins Verhältnis zur Praxis setzen.

Wir möchten uns herzlich bei Tobias Heinze und Robin Mohan für wertvolle Hinweise zu diesem Text bedanken. Besonderer Dank gilt Saskia Gränitz, die uns maßgeblich bei der Konzeption des Sammelbandes sowie der Einleitung unterstützt hat.

1 Im Mai 1923 fand im heutigen Geraberg im Thüringer Wald die Marxistische Arbeitswoche statt, deren Teilnehmer:innen intellektuell an der frühen Ausrichtung des IfS mitwirkten und deren Arbeiten zum Teil bis heute Bezugspunkt Kritischer Theorie sind. Neben Programmpunkten zu Methodenfragen und organisatorischen Fragen der marxistischen Forschung wurden »Behandlungsarten des gegenwärtigen Krisenproblems« diskutiert (vgl. IfS 2023b).

2 So lässt sich etwa nach der Rückkehr des IfS nach Frankfurt eine gewisse Annäherung an die Studentenbewegung der 1960er Jahre feststellen, auch wenn dieses Verhältnis durchaus von wechselseitigem Befremden geprägt war. In der Person Hans-Jürgen Krahl, Schüler Adornos und einer der Vordenker des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), wird die (neuerliche) Verbindung von Theorie und Praxis verkörpert (vgl. Gerber, Kapfinger und Volz 2022). Nicht ganz ohne Ironie ist dabei die Tatsache, dass Theodor W. Adorno (und Ludwig von Friedeburg) die Besetzung des IfS durch Studierende (darunter Krahl) im Januar 1969 von der Polizei räumen ließen.

3 Anzuführen gegen den Vorwurf der Praxisaversion ist hier die Nähe des IfS zu Gewerkschaften (vgl. IfS 2024b) und zur feministischen Bewegung (vgl. Bojadžijev, Eckart und Speck 2023), vor allem in den 1970er Jahren. Christel Eckart, ab 1972 Mitarbeiterin am IfS, betonte kürzlich in einem WestEnd-Gespräch über feministische und rassistisch-kritische Forschung am Institut (ebd.: 104) den politischen Anspruch der dort stattfindenden wissenschaftlichen Arbeit. «

4 Wir verwenden im vorliegenden Text bewusst sowohl die Schreibweise mit großem »K« als auch mit kleinem »k«, um auszuweisen, an welcher Stelle wir uns auf die Kritische Theorie Frankfurter Prägung und wo auf andere materialistische Theorietraditionen im Anschluss an Marx beziehen.

Literatur

Adorno, Theodor W. 2003 [1969]: Marginalien zu Theorie und Praxis, in: ders.: Gesammelte Schriften. Band 10.2: Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang. Hg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 759–782.

Allen, Amy 2023 [2020]: Kritik auf der Couch. Warum die Kritische Theorie auf die Psychoanalyse angewiesen ist. Übers. von Michael Adrian. Frankfurt a. M. und New York: Campus.

Anderson, Perry 2023 [1976]: Über den westlichen Marxismus. Übers. von Reinhard Kaiser. Berlin: Dietz.

Bojadžijev, Manuela, Christel Eckart und Sarah Speck 2023: Auch eine Geschichte des IfS. Ein Gespräch über feministische und rassismuskritische Forschung am Institut, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 20(2), 101–114.

Boltanski, Luc und Ève Chiapello 2003 [1999]: Der neue Geist des Kapitalismus. Übers. von Michael Tillmann. Konstanz: UVK.

Bourdieu, Pierre et al. 1997 [1993]: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: UVK.

Erazo Heufelder, Jeanette 2017: Der argentinische Krösus. Kleine Wirtschaftsgeschichte der Frankfurter Schule. Berlin: Berenberg.

Gerber, Meike, Emanuel Kapfinger und Julian Volz 2022: Für Hans-Jürgen Krahl. Beiträge zu seinem antiautoritären Marxismus. Wien und Berlin: Mandelbaum.

Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno 1996 [1956]: [Diskussion über Theorie und Praxis], in: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften. Band 19: Nachträge, Verzeichnisse und Register. Hg. von Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt a. M.: Fischer, 32–72.

Horkheimer, Max 2009 [1937]: Nachtrag. Traditionelle und kritische Theorie, in: ders.: Gesammelte Schriften. Band 4: Schriften 1936–1941. Hg. von Alfred Schmidt. Frankfurt a. M.: Fischer, 217–225.

Horkheimer, Max 2021 [1937]: Traditionelle und kritische Theorie. Hg. von Frieder Vogelmann. Ditzingen: Reclam.

IfS 2023a: 100 Jahre IfS | Perspektiven. IfS Working Paper Nr. 20. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung. <www.ifs.uni-frankfurt.de/publikationsdetails/ifs-ifs-perspektiven-perspectives-perspectivas.html>.

IfS 202b: Schlaglicht 9: Marxistische Arbeitswoche 1923, in: <www.ifs.uni-frankfurt.de/schlaglichter.html#modal-schlaglicht-9-marxistische-arbeitswoche-1923>.

IfS 2024a: Schlaglicht 19: Die Besetzung des IfS im Jahr 1969, in: <www.ifs.uni-frankfurt.de/schlaglichter.html#modal-schlaglicht-19-die-besetzung-des-ifs-im-jahr-1969>.

IfS 2024b: Schlaglicht 8: Kontakte und Konflikte – Gewerkschaften und Institut für Sozialforschung in den 1970er Jahren, in: <www.ifs.uni-frankfurt.de/schlaglichter.html#modal-schlaglicht-8-kontakte-und-konflikte-gewerkschaften-und-institut-fur-sozialforschung-in-den-1970er-jahren>.

Kraushaar, Wolfgang 1998: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946 bis 1995. Band 2: Dokumente. Frankfurt a. M.: Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins.

Lagasnerie, Geoffroy de 2018 [2017]: Denken in einer schlechten Welt. Übers. von Felix Kurz. Berlin: Matthes & Seitz.

Lenhard, Philipp 2024: Café Marx. Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule. München: C.H.Beck.

Lessenich, Stephan 2014: Soziologie – Krise – Kritik, in: Soziologie 43(1), 7–24.

Lessenich, Stephan 2023: Perry Andersons Auseinandersetzung mit dem westlichen Marxismus als Spiegelbild seines Scheiterns – Nachwort zur Neuauflage, in: Perry Anderson: Über den westlichen Marxismus. Übers. von Reinhard Kaiser. Berlin: Dietz, 127–136.

Löwenthal, Leo 1980: Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Marcuse, Herbert 2022 [1970]: »Ich habe nie behauptet, dass der Kapitalismus krisenfest ist« – Interview aus express international, Nr. 95, April 1970, in: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 9/2022, 2–3.

Marx, Karl 1981 [1844]: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Marx-Engels-Werke. Band 1. Berlin: Dietz, 201–333.

Speck, Sarah 2020: In Verteidigung der epistemischen Asymmetrie, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 17(2), 97–108.

Wiggershaus, Rolf 1986: Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung. München und Wien: Hanser.

Ankündigung des Sammelbands: Im Schatten der Tradition

Eine Geschichte des IfS aus
feministischer Perspektive

Das Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) hat im letzten Jahr sein 100-jähriges Jubiläum gefeiert. Dieser Anlass und die damit einhergehende erhöhte Aufmerksamkeit für das Institut machten erneut deutlich, dass dessen Geschichte in der Regel anhand der Biografien und Werke männlicher Protagonisten erzählt wird. In seiner gängigen Geschichtsschreibung erscheint das Institut so als Ort einer intellektuellen Tradition, in der weder Frauen noch Fragen der Geschlechterverhältnisse eine Rolle spielen.

Der vorliegende Band wendet sich gegen diese androzentrische Ausblendung der Tätigkeiten von Frauen am und im Umfeld des Instituts und wirft demgegenüber eine dezidiert feministische Perspektive auf die Institutsgeschichte. Er möchte damit eine andere Sichtbarkeit herstellen, einiges von dem erhellen, was bislang im Schatten oder ganz verborgen blieb.

Die versammelten Beiträge nehmen hierzu Personen in den Blick, die in den gängigen Narrativen nicht vorkommen und deren Ausblendung oder Abwertung die institutionelle Entwicklung, Etablierung und Weiterentwicklung des Theorieprogramms, das von Dritten später als »Frankfurter Schule« bezeichnet wurde, als Geschichte von Männern erscheinen lassen. Dadurch soll einerseits vergegenwärtigt werden, dass das IfS von Beginn an Frauen in die Forschung eingebunden hat und dass zu verschiedenen Zeitpunkten geschlechtertheoretische Überlegungen am Institut entwickelt wurden, die in Verbindung zu politischen Debatten standen. Andererseits soll damit keineswegs die strukturelle Exklusion von nicht-männlichen Wissenschaftler*innen in der akademischen Arbeit geleugnet werden – ganz im Gegenteil lässt sich anhand der Rekonstruktion der biografischen Wege der am und im Umfeld des IfS tätigen Wissenschaftlerinnen verdeutlichen, mit welcher vielschichtigen institutionellen Beschränkungen



C. Engelmann, L. Reichardt, B. S. Ricke,
S. Speck, S. Voswinkel (Hg.)

Im Schatten der Tradition - Eine Geschichte
des IfS aus feministischer Perspektive
IfS Aus der Reihe 5

ca. 208 Seiten, erscheint im Januar 2025
im Bertz + Fischer Verlag, 18 €

»Der vorliegende Band wendet sich gegen diese androzentrische Ausblendung der Tätigkeiten von Frauen am und im Umfeld des Instituts und wirft demgegenüber eine dezidiert feministische Perspektive auf die Institutsgeschichte.«

Frauen bis weit ins 20. Jahrhundert in ihrer wissenschaftlichen Arbeit konfrontiert waren. Der Band beleuchtet solche ambivalenten Ein- und Ausschlüsse von Frauen im Allgemeinen und am Institut im Besonderen und eröffnet damit eine Gegenerzählung zur dominanten Geschichtsschreibung des IfS, in der gerade jene, die trotz der widrigen Bedingungen dort wissenschaftlich arbeiteten, gleichsam nachträglich exkludiert wurden.

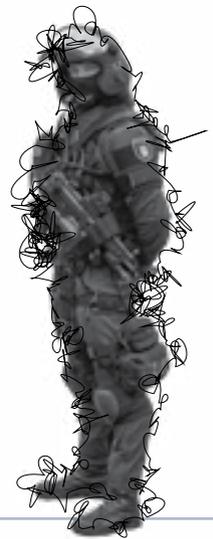
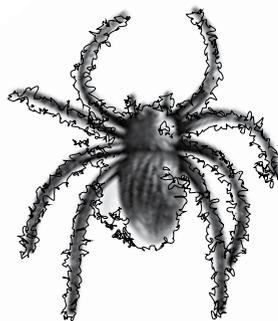
Die Beiträge des Bandes nehmen in chronologischer Reihenfolge die verschiedenen Phasen der Institutsgeschichte in den Blick. Der erste Beitrag von *Judy Slivi* beleuchtet die Biografien und wissenschaftlichen Tätigkeiten von Frauen in der Frühphase des Instituts für Sozialforschung, beginnend mit den bislang kaum erforschten Teilnehmerinnen der so genannten Marxistischen Arbeitswoche, dem ersten Theorieseminar des neugegründeten Instituts, das 1923 in Geraberg in Thüringen stattfand. *Christina Engelmann* rekonstruiert die verschiedenen Verbindungslinien des IfS zur Arbeiter- und proletarischen Frauenbewegung. Im Fokus steht dabei die Freundschaft zwischen dem Gründer des Instituts, Felix Weil, und der kommunistischen Feministin Clara Zetkin, die ihn politisch stark prägte und darüber auch das frühe Programm des Instituts mitbestimmte, das sich der wechselseitigen Bezogenheit von kritischer Gesellschaftstheorie und gesellschaftspolitischen Engagement verpflichtet sah. *Veronika Duma* zeigt die Verbindungen des IfS zur österreichischen Pionierin feministisch-materialistischer Sozialwissenschaft Käthe Leichter auf, die in ihrer Funktion als Leiterin des Frauenreferats der Arbeiterkammer im »Roten Wien« maßgeblich an der Erforschung und Verbesserung der Lebenssituation von Arbeiterinnen teilhatte und in den 1930er Jahren an den *Studien über Autorität und Familie* mitarbeitete. Wie Geschlecht und Familie im Institutskontext der 1930er Jahre zum Gegenstand der Forschung wurden, untersucht *Barbara Umrath* in ihrem Beitrag und stellt anhand der Studien über Autorität und Familie heraus, dass eine differenzierte Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen gerade von Personen erfolgte, die eher am Rande des Instituts tätig waren.

Karin Stögner beleuchtet die Forschungsarbeiten und hochgradig aktuellen geschlechtertheoretischen Überlegungen von Else Frenkel-Brunswik im Kontext der *Studien zum autoritären Charakter*. *Bruna Della Torre* untersucht den Briefwechsel zwischen Elisabeth Lenk und Adorno und arbeitet heraus, welchen Einfluss die Diskussionen mit Lenk auf die ästhetische Theorie Adornos hatte. *Bea Rieke* beleuchtet die empirischen Studien zur Frauenarbeit, die in den 1970er und 1980er Jahren am Institut durchgeführt wurden, und stellt ihre Relevanz innerhalb der Herausbildung der feministischen Frauen- und Geschlechterforschung in der Bundesrepublik heraus. In seinem Beitrag reflektiert *Stephan Voswinkel* über das Verhältnis der Frauen- und Geschlechterforschung am IfS in den 1970er und 1980er Jahren zur damals am Institut vorherrschenden männlich geprägten Industriesoziologie. *Lena Reichhardt* verdeutlicht in ihrem Beitrag, dass die feministischen empirischen Arbeiten am und im Umfeld des IfS ohne die Impulse durch und die Verankerung der Forscherinnen in der feministischen Bewegung der späten 60er und frühen 70er Jahre nicht denkbar gewesen wären – die Debatten der Neuen Frauenbewegung waren wesentlich für die feministische Revisionen empirischer Sozialforschung und kritischer Gesellschaftstheorie. In ihrem Essay stellen *Sarah Speck* und *Stephan Voswinkel* einige rahmende Überlegungen zu Ausblendungen und unsichtbarer Arbeit am IfS an und beleuchten die Paradoxien einer Kritik der Sichtbarkeitsverhältnisse im Vollzug, sowie die Notwendigkeit ihrer Überschreitung. Der Band schließt mit einem Gespräch aus dem *AK Gender, Kinship, Sexuality*, das Einblick in aktuelle Arbeiten und Diskussionen im Feld feministischer Theorie und Geschlechterforschung am Institut gibt.

»Was macht dir Angst?«

Wir sind einige Studierende, Promovierende und Angestellte an der Universität, die sich in den letzten Monaten getroffen haben, um miteinander über ihre politische und soziale Situation zu diskutieren und Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Unter dem Namen *Kritische Intervention (KI)* wollen wir Euch zu einer Untersuchung unserer Ängste einladen und aufrufen.

Worum geht es? Angst macht Politik. Wir erleben permanent und verstärkt in der jüngsten Vergangenheit, wie die Interpretation von Ängsten eine große Rolle spielt, um bestimmte politische Maßnahmen zu rechtfertigen. Das fängt bei den vielbeschworenen »Ängsten und Sorgen« an, die zu Rechtfertigung von rechten Migrationspolitiken und Rassismus aufgerufen werden, hört aber keineswegs dort auf. Auch an der Goethe-Universität haben wir gelernt, ständig mit Interpretationen von Angst umzugehen. So kam es in den letzten zwei Jahren zu vermehrter Polizeipräsenz auf dem Campus, anlässlich der Hörsaalbesetzung im Dezember 2022 oder der Demonstration nach der polizeilichen Räumung der besetzten Dondorf-Druckerei 2023 und zuletzt rund um Protestaktionen und -camps bezüglich des Kriegs in Israel/Palästina. Diese vermehrte Polizeipräsenz hat ein Gegenstück: Die Angst. Sie wird aufgerufen und beschworen, um die Notwendigkeit polizeilichen Schutzes zu begründen, andere wiederum reagieren auf die Präsenz der Polizei mit Angst.



Kritische Intervention

Wir wollen uns unseren Ängsten annehmen. Welche Interpretationsrahmen bestimmen sie und wie können wir gemeinsam daran arbeiten, diese Rahmungen zu diskutieren und zu verändern? Wir glauben, dass die jeweils besondere Ausformung unserer Ängste, sich sicherlich darin unterscheidet, auf welchen gesellschaftlichen Plätzen wir uns jeweils wiederfinden, woran wir gewöhnt sind etc. Jedoch wollen wir keine Ängste unterstellen und darauf aufbauend Handlungen rechtfertigen, sondern zunächst einmal unsere Ängste und unsere Interpretationen dieser Ängste untersuchen. Wir laden Euch herzlich ein, bei dieser Untersuchung mitzumachen.

Dafür haben wir einige Fragen, die wir uns stellen, hier aufgeschrieben. Ihre Beantwortung, so hoffen wir, kann eine Grundlage sein, um eine Diskussion über unsere Ängste zu eröffnen und so an der Veränderung der bestehenden Interpretationsrahmen zu arbeiten. Denn wir glauben, dass Angst lähmend ist, davon aber nicht diejenigen profitieren, die die Ängste haben, sondern all jene Kräfte, die mit ihr Politik machen. Wenn wir anders über unsere Ängste sprechen, können wir dem vielleicht etwas entgegensetzen. Deshalb ist unsere Untersuchung kein Forschungsprojekt, sondern eine Einladung zur gemeinsamen Untersuchung. Wir würden gerne alle von Euch, die Lust haben unsere Fragen zu beantworten, auf dieser Grundlage zu einer Versammlung einladen, auf der wir gemeinsam unsere Antworten und weitere Fragen diskutieren können.

Wir freuen uns, wenn ihr mitmacht! KI

Fragen:

- ↳ Wovor hast du (in deinem Alltag) auf dem Campus Angst?
Welche konkreten Situationen sind das?
Bemerkst du eine Veränderung in den letzten Monaten?
- ↳ Was hältst du von der zunehmenden Polizeipräsenz auf dem Campus?
Macht dir die Polizei auf dem Campus Angst?
Wenn ja, wann und wie?
- ↳ Was hältst du von den Protesten auf dem Campus, wegen derer die Polizei auf dem Campus war (Hörsaalbesetzung 2022, Demonstration wegen der Besetzung der Dondorf-Druckerei 2023, Palästina-Camp 2024 usw.)? Machen dir die Proteste Angst?
- ↳ Nimmst du oder erfährst du eine Zunahme von Rassismus, Antisemitismus und/oder Sexismus auf dem Campus? Wenn ja, in welchen Situationen?
Und trägt es deiner Angst auf dem Campus bei?
- ↳ Verspricht dir die Polizei auf dem Campus Sicherheit? Wenn ja, wann und wie?
- ↳ Die Hausordnung der Goethe-Universität wurde am 19. Mai geändert. In der neuen Hausordnung heißt es: »Schwerwiegende oder wiederholte nicht nur geringfügige Verstöße gegen die Hausordnung können gem. 65 Abs. 3 S. 3 HessHG zur Exmatrikulation führen.« Versprichst du dir Sicherheit davon, dass Kommiliton*innen exmatrikuliert werden können, oder siehst du es als eine Bedrohung (für dich, für Kommiliton*innen oder die Universität im Allgemeinen)?
- ↳ Viele Hochschulen haben eine Zivilklausel, die Forschung für militärische Zwecke verbietet, auch die Goethe-Universität. Doch nun wird gefordert, diese abzuschaffen. Was lösen solche Forderungen in dir aus?
- ↳ Was macht dir – persönlich oder allgemein-gesellschaftlich – Angst (ökonomische Situation, Rechtsruck usw.)?
Wie würdest du das Verhältnis dieser Ängste zu den Ängsten, die sich konkret auf die Universität beziehen, einordnen?
Stehen sie in einem Verhältnis und, wenn ja, wie?
- ↳ Was wünschst du dir für eine Universität?



CryptPad:

<http://cryptpad.fr/form/#/2/form/edit/8k6Kuyo-YoSez-OL9R7jueiG/>

ALEX DEMIROVIĆ
DER
NONKONFORMISTISCHE
INTELLEKTUELLE

Von der kritischen Theorie
zur Frankfurter Schule

Mandelbaum Verlag & Co.

Kritische Theorie im Handgemenge

Rezension von Lukas Geisler

„Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule“ von Alex Demirović wurde 2023 neu verlegt und mit einem neuen Nachwort versehen. Die Studie kann nicht nur als reichhaltiges Lexikon und Nachschlagewerk älterer Kritischen Theorie dienen, sondern muss als ein eigenständiger Beitrag zur Bewahrung, Erneuerung und Umarbeitung der kritischen Theorie gelesen werden.

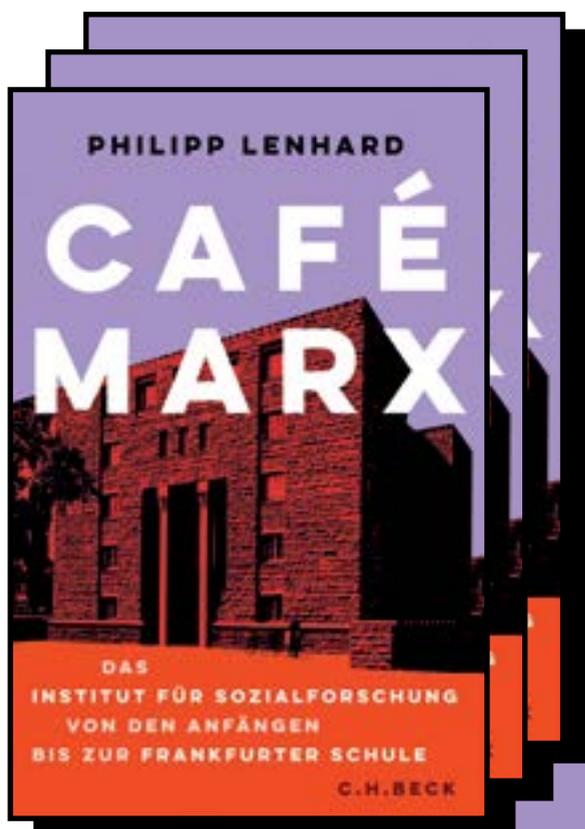
Den roten Faden der fast 800 Seiten umfassenden Studie, so schreibt Demirović selbst, bildet die Überlegung Max Horkheimers, dass die kritische Theorie „auf die Existenz natürlicher Subjekte angewiesen ist, die sich die Theorie aneignen, sie vertreten und sie in ihrer Praxis verfolgen“. So wenig die Studie eine Intellektuellenbiografie ist, so wenig lasse sich Gesellschaftstheorie ohne die Praxis der sie vertretenden Intellektuellen begreifen. Damit insistiert Demirović – in Bezug auf Michel Foucault, aber auch den Vertreter*innen der älteren Kritischen Theorie – darauf, Vernunft als materielles Verhältnis zu verstehen. In diesem Sinne ist die Studie „gleichzeitig und vor allem auch der Gegenstand einer so verstandenen politischen Archäologie theoretischer Praxis“. „Für Horkheimer“, schreibt Demirović im neuen Nachwort, „war Theorie eine sublimierte Form von Aggression, ein Steinwurf in die Fensterschreibe“.

„Auch insofern der Intellektuelle die Geltung von Theorie, Wahrheit und Vernunft durch eine spezifische Praxis erzeugt und reproduziert, ist er unzweifelhaft ein politischer Akteur.“

Dabei nimmt die Studie, wie es der Untertitel bereits andeutet, die Entwicklung von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule – von der „Dialektik der Aufklärung“ von 1944 bis zum Tod Theodor W. Adornos am 6. August 1969 – in den Blick. In sieben Kapiteln gegliedert setzt sie sich mit Horkheimers und Adornos theoretischen Arbeiten, den Gründen ihrer Rückkehr nach Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, der Neueröffnung des Instituts für Sozialforschung (IfS), mitsamt Lehre und empirischen Arbeiten, sowie der Etablierung des Fachs der Soziologie auseinander und bezieht dies auf ebenjene gesellschaftstheoretischen Begriffe der Wahrheitspolitik, nonkonformistischer Intellektualität und theoretischer Praxis. Zum einen wird dadurch gezeigt, wie es Horkheimer und Adorno gelang, ebenjene natürlichen Subjekte für die Fortentwicklung der Theorie zu finden. Zum anderen wird deutlich, wie es dazu kam, dass relevante Figuren der Neuen Linken ihr Selbstverständnis mit Theoremen ebenjener Form des Marxismus formulierten, was schließlich im berühmtesten Bruch, dem Deutungskonflikt um

Theorie und Praxis kulminierte. Trotz aller Differenzen über die Frage von Theorie und Praxis stellt Demirović heraus, dass Adorno kurz vor seinem Tod bereit war, den Impuls, der von der 68er Protestbewegung ausging, aufzunehmen.

Doch nicht nur dieser Aspekt sollte Anlass geben die anspruchsvolle theoretische Studie einer der wichtigsten linken Intellektuellen der Bundesrepublik der letzten 20 Jahre in mühevoller Kleinstarbeit durchzuarbeiten. Denn auch weiterhin hängt „die Bewahrung, die Erneuerung, die Umarbeitung einer offenen, kritisch-materialistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft“ an jenen Individuen, „die bereit sind, sich für die Theorie zu engagieren und jene Spannung zu ertragen, die in der Maxime enthalten ist, auf die sich Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci und Max Horkheimer bezogen: Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“



Café Marx

Rezension von Jule Tabel

In seinem aktuellen Buch „Café Marx. Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule“ widmet sich Philipp Lenhard der komplexen Geschichte des Instituts für Sozialforschung.

Das „Café Marx“ war in den Jahren 1924-1930 einer der „Knotenpunkte des marxistischen und sozialistischen Verkehrs“ in Frankfurt am Main und bildete das „Zentrum aller theoretischer Debatten“. Was nach Szenecafé klingt, war in Wirklichkeit ein wissenschaftliches Institut – das Institut für Sozialforschung (IfS). „Café Marx“ war der liebevolle Spitzname, den die Studierenden dem Institut in seiner Anfangszeit gaben und gleichzeitig der Name, unter dem seine Gegner es als Tarnrichtung einer kommunistischen Verschwörung verspotteten.

Auf 533 Seiten werden die Leser*innen an Orte und in Räume mitgenommen, wo die Personen anzutreffen waren, die direkt oder indirekt an der Entstehung des IfS oder der späteren Arbeit dort beteiligt waren. Neben den beiden offiziellen Institutsgebäuden vor und nach dem zweiten Weltkrieg sowie den Exil-Zweigstellen in Genf und New York, spielen unter anderem die Schützengräben des ersten Weltkriegs, ein Bahnhofshotel in Geraberg und eine Haus-WG im Taunus eine wichtige Rolle.

So erfährt man als Leser*in nicht nur wie es zur Gründung des Instituts kam, wie ganze Bibliotheken und illegale marxistische Schriften angeschafft wurden und die ersten Schritte in Richtung einer aktualisierten Kritik der politischen Ökonomie unternommen wurden. Sondern auch, wie das IfS vom „Café Marx“, wo „Links- und Rechtskommunisten, ‚Versöhnler‘ und

‚Trotzkisten‘, Sozialdemokraten und Anarchisten miteinander diskutieren konnten“ zum „Asyl für Obdachlose“ auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus wurde und sich schließlich wieder in Frankfurt etablierte.

Im Zentrum stehen hierbei das Handeln und Denken der Akteur*innen im Kontext der historischen und politischen Entwicklungen ihrer Zeit. Dabei lassen sich politische Zusammenschlüsse und langjährige Freund*innenschaften genauso verfolgen, wie Fehlritte, Konflikte und Notsituationen.

Das Buch deckt den Zeitraum von 1918 bis 2024 ab, wobei der Fokus aber deutlich auf den Jahren bis 1949 liegt. Jedes Kapitel beginnt mit einer kurzen literarischen Beschreibung einer Situation, die sich so oder so ähnlich an einem der Orte zugetragen hat. Anschließend geht Lenhard über in die verwobene Nacherzählung historischer Ereignisse, persönlicher Lebensgeschichten und theoretischer Auseinandersetzungen, die sich zu dieser Zeit rund um den jeweiligen Ort abspielten.

Auffällig ist, dass Lenhard eben nicht nur über das Wirken von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse, schreibt, welche bis heute hauptsächlich mit dem IfS und der Frankfurter Schule in Verbindung gebracht werden. Mit großer Gewissenhaftigkeit hat er auch die Biografien von linksradikalen Aktivist*innen, Verwaltungsnagestellten, Mitstreiter*innen und Bibliothekarinnen nachverfolgt und gibt diesen in seinem Buch ihren Platz.

Auch in die theoretischen Positionen Einzelner und die damit verbundenen Auseinandersetzungen wird immer wieder eingeführt. Daraus lässt sich zwar die

grobe Ideengeschichte vom orthodoxen Marxismus bis zur Frankfurter Schule nachvollziehen, wichtiger scheint Lenhard jedoch auch hier die Betonung der Uneinigkeit und Unabgeschlossenheit, des Konflikts und Interdisziplinarität zu sein.

Letztendlich zeigt Lenhard in seinem Buch, was er zu Beginn ankündigt. Die Geschichte des Instituts für Sozialforschung ist nicht einfach die Geschichte eines wissenschaftlichen Instituts. Denn „[s]ie umfasst sowohl die jüdische als auch die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Geistes- wie die Wissenschaftsgeschichte, die Geschichte der Emigration und der Shoah genauso wie die des Wiederaufbaus und des Neuanfangs“.

Und nicht zuletzt ist sie die Geschichte von Menschen, die es - unter den schwierigsten Bedingungen einer kapitalistischen und faschistischen Gesellschaft, der Verfolgung, Flucht und Rückkehr - nie aufgaben, um die Anerkennung und Aktualisierung des Marxismus in Wissenschaft und Gesellschaft zu kämpfen.



Die Macht der Rechtfertigung

Perspektiven einer kritischen
Theorie der Gerechtigkeit
Herausgegeben
von Mahmoud Bassiouni,
Eva Buddeberg,
Mattias Iser,
Anja Karnein
und Martin Saar
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft

Mit Forst gegen Forst denken

Rezension von Lukas Geisler

Zu Rainer Forst sechzigsten Geburtstag erschien bei Suhrkamp eine Festschrift mit Beiträgen von internationalen Größen, die „einen Einblick in die neuesten Entwicklungen innerhalb der Kritischen Theorie geben“ sollen, wie es im Werbetext von Suhrkamp heißt. Ein Blick in die Festschrift wirft Fragen auf.

In der Einleitung, die mehr Würdigung als kritische Einordnung ist und in der hauptsächlich Texte von Forst selbst zitiert werden, wird in den ersten zwei Sätzen den Anspruch formuliert, Forsts Schaffen in einer Reihe von Karl Marx und Max Horkheimer zu lesen. Denn „innerhalb dieser Tradition“ habe er „einen eigenständigen Vorschlag“ ausgearbeitet. Einen auffälligen Bezug auf Marx oder Horkheimer findet man jedoch in den 30 Beiträgen – mit einigen Ausnahmen – selten. Doch nehmen wir diese Setzung fürs Erste ernst. Forst schreibt „seiner eigenen Theorie dabei ein dezidiert emanzipatorisches Interesse zu“, das sich „aus der Spannung“ zwischen „faktischen Gerechtfertigten und dem normativ Rechtfertigbaren auf tut“. Zwar zeigt diese immanente Kritik einen Widerspruch auf, aber dieser einfache Widerspruch verbleibt auch dort auf der Ebene bürgerlicher Moraltheorien oder Politischer Theorie. Auffällig wird das gerade dort, wo darauf hingewiesen wird, dass Forst „güter- und verteilungszentrierte Sichtweisen“ kritisiere. Stattdessen sehe er den „Fluchtpunkt

emanzipatorischer Kämpfe und Bewegungen“ in der Forderung, dass jede*r „als ebenbürtige normative Autorität“ respektiert werde. Es verwundert dann auch nicht, wenn proklamiert wird, dass der Staat sich „ethisch oder weltanschaulich“ neutral verhalten müsse. Von Marx, der nicht mehr dazu kam, den bürgerlichen Staat zu theoretisieren, und den Versuchen anschließend an ihn und die kritische Theorie eine materialistische Staatstheorie zu begründen, scheint Forst jedenfalls nichts wissen zu wollen – sonst müsste man die ‚Neutralität‘ des Staates als liberales Phantasma abtun. Dabei werden immer – zumindest scheinbar – Motive kritischer Theorie, wie der kritisch-reflexive Anspruch, aufgerufen, doch werden dabei nicht die materiellen Grundlagen kritischer Theoriebildung reflektiert. Viel eher scheint „Forsts Bereitschaft“ gemeint zu sein, sich in das „Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik“ zu begeben und Rede und Antwort zu stehen.

Mit einer kritisch-materialistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft im Anschluss an Marx und Horkheimer hat das dann irgendwann wenig zu tun. Gerade wenn man bedenkt, dass das Ziel kritischer Theorie ist, sich als Theorie von Herrschaft- und Ausbeutungsverhältnissen selbst überflüssig zu machen. Dies ist Rainer Forst gelungen, aber nicht aus dem Grund, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändert

hätten, wir im Reich der Freiheit, nicht der Notwendigkeit leben, wie es Horkheimer im Sinn hatte. Nein, es scheint, dass diese Kritische Theorie Frankfurter Provenienz sich verändert hat.

Nicht mehr die kapitalistischen (Re-)Produktionsverhältnisse und ihre Überwindung stehen im Zentrum, sondern Gerechtigkeitsparadigmen, Rechtfertigungsverhältnisse und Republikanismus. Deshalb wird es Zeit, Rainer Forst als bürgerlichen Denker zu begreifen. Dies eröffnet die Möglichkeit durch und mit den sogenannten „neuesten Entwicklungen der Kritischen Theorie“ – angelehnt an Marx und seiner Analyse der bürgerlichen Ökonomen im Kapital – die herrschende bürgerliche Philosophie, die sich „Kritische Theorie“ nennt, aber offensichtlich mehr Bezug zu Immanuel Kant und John Rawls aufweist als zu Marx, zu kritisieren und durch sie wieder zu einer kritisch-materialistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft zu gelangen. Sprich: Mit Forst gegen Forst denken. Damit es, wie es Horkheimer in einer Fußnote seines Aufsatzes „Traditionelle und kritische Theorie“ formuliert, wieder heißt:

„Die kritische Theorie erklärt: es muss nicht so sein, die Menschen können das Sein ändern, die Umstände dafür sind jetzt vorhanden.“

No more Illusion?

Lektüre & Austausch und Aktions- und Vernetzungsgruppe Gruppe zum Thema

Inklusionspolicies an deutschen Unis

Die eigenen Perspektiven von uns Betroffenen sind am wichtigsten

Geplant sind:

- 1) Austausch und Interaktive Action Research: Beginnen werden wir mit Austausch über Konzepte wie Neurodivergenz, Crip time, Wahrnehmungsdifférence, Beeinträchtigung, Handikap etc austauschen ... und einführender Lektüre / Theorie und der Disabilities Studies & Mad Studies
- 2) Lektüre verschiedener Texte zum Thema Hochschulinklusion: Nicole Viktoria Przytullas »Exzellent inklusiv – Deutsche Hochschulen zwischen meritokratischer Ideologie und inklusivem Anspruch«
- 3) Sichtung und Lektüre von Papers des IBS (Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung), sowie Klärungen zu Nachteilsausgleichen, Studienassistenz, Leistungen der Eingliederungshilfe & Hochschulhilfe/ zur Teilhabe an Bildung nach Sozialrecht...SGB IX
- 4) Informationen über den Kampf für bessere Arbeits- und Studienbedingungen für beeinträchtigte Studierende an der Hochschule durch die Studierenden gewerkschaft Unterbau

Treffen finden nachmittags ab der 3. Vorlesungswoche teils online, teils hybride auf dem Campus IG Farben und Campus Riedberg statt. Wenn ihr besondere Bedarfe an die Treffen habt, kommuniziert diese bitte im Vorfeld

Kontakt: iris / inklusionunifrankfurt@gmail.com

Studierendenhaus, Mertonstrasse 26-28 60325 Frankfurt

<https://asta-frankfurt.de/gremien/autonome-referate/autonomes-inklusionsreferat>

<https://www.facebook.com/inclusion.ffm>



Bericht Referat für Hochschulpolitik

Das neue Studierendenhaus am IG-Farben-Campus im Westend entwickelt sich zunehmend zum Mythos. Licht ins Dunkle könnte die Landesregierung bringen – doch Wissenschaftsminister Gremmels drückt sich vor belastbaren Aussagen und begegnet den Nachfragen der Studierendenschaft lediglich mit Schweigen. Als Referat für Hochschulpolitik begleiten wir sowohl den Kampf um das neue Studierendenhaus als auch den Kaufprozess des aktuellen Hauses in Bockenheim durch die Stadt Frankfurt zugunsten des *Offenen Hauses der Kulturen*. Für uns ist dabei klar: Ein selbstverwalteter Raum für die Studierendenschaft ist nicht verhandelbar! Wir geben uns mit nicht weniger zufrieden als einem gleichwertigen Haus im Westend!

Ebenfalls zu unseren Aufgaben gehört die hochschulpolitische Bündnisarbeit auf Landes- und Bundesebene:

Wir haben als Delegation an der 74. Mitgliederversammlung des *freien Zusammenschlusses von student*innenschaften (fzs)* in Berlin teilgenommen. Der fzs ist die bundesweite Interessenvertretung von Studierenden gegenüber Hochschulen, Politik und Öffentlichkeit. Neben der Wahl von Vorstand und Referent*innen standen inhaltliche Anträge auf der Tagesordnung, u.a. zu den Themen Künstliche Intelligenz, angemessene Entlohnung von Pflichtpraktika, flächendeckende Lehre über Schwangerschaftsabbrüche im Medizinstudium sowie zu den fzs-Kampagnen »festival contre le racisme« und »Solidarität statt Sparzwang«.

Nach jahrelangen Bemühungen hat sich endlich die Landes-AS-ten-Konferenz (LAK) Hessen offiziell gegründet. Diesen Prozess haben wir unterstützt und werden auch zukünftig weiter die Interessen der Frankfurter Studierendenschaft auf Landesebene stark machen!

Bericht Referat für Wohnraum

670€ kostet ein durchschnittliches WG-Zimmer in Frankfurt laut einer aktuellen Studie von Moses Mendelssohn Institut und wg-gesucht.de. Das sind 50€ mehr als noch im vergangenen Wintersemester. Diese Entwicklung ist alles andere als überraschend, trotzdem liefern Landes- und Bundespolitik seit Jahren keine Lösungen. Als Referat für Wohnraum kritisieren wir diese Misstände gegenüber der Politik sowie in Presse- und Öffentlichkeit (zuletzt in der Frankfurter Rundschau und im Hessischen Rundfunk) und fordern deutlich mehr finanzielle Mittel zur Förderung studentischen Wohnens!

Da Studierende von der Politik buchstäblich im Regen stengelassen werden, müssen wir selbst tätig werden: Zu Beginn des Wintersemesters organisieren wir als niedrigschwelliges Hilfsangebot die AStA-Bettenbörse. Ihr sucht für ein paar Tage einen Schlafplatz oder wollt solidarisch anderen Studierenden ein Bett oder eine Couch zur Verfügung stellen? Alle Infos findet ihr unter asta-frankfurt.de/bettenboerse

Darüber hinaus haben wir eine Veranstaltung zum »Zusammenhang von Wohnen und Prekarität. Ansätze und Perspektiven einer feministischen Wohnungspolitik« mit Tabea Latocha und Sarah Klosterkamp organisiert.

AStA

Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheimer,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798-23181
Fax 069 7020-39
e-mail info@asta-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Andy Uphoff

im Studierendenhaus, Raum B2
Öffnungszeiten
Mo, Di, Do 10–12 Uhr
14–16 Uhr
Tel 069 798-23181
Fax 069 7020-39
e-mail info@asta-frankfurt.de

BERATUNG & HILFE

AStA-Sozialberatung

Persönliche Beratungstermine
siehe asta-frankfurt.de. Anfragen über
soziales@asta-frankfurt.de

AStA-Mietrechtsberatung

immer donnerstags 16–18 Uhr
im AStA Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

DGB Campus Office -

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Die Beratung findet im Rahmen
der AStA-Sozialberatung statt.

Fördermöglichkeiten

für Studierende mit Behinderung
www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798-17238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic

im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

Psychosoziale Beratung des Studierendenwerks

im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798-349 05
e-mail psychosozialberatung@
studentenwerkfrankfurt.de

AUTONOME REFERATE

Autonomes AusländerInnenreferat

Tel 069 79 82 52 36
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes FLinta-Referat

e-mail aflr@riseup.net
instagram.com/aflintar.gu
Tel 069-798 230 95

Autonomes Queer-Referat

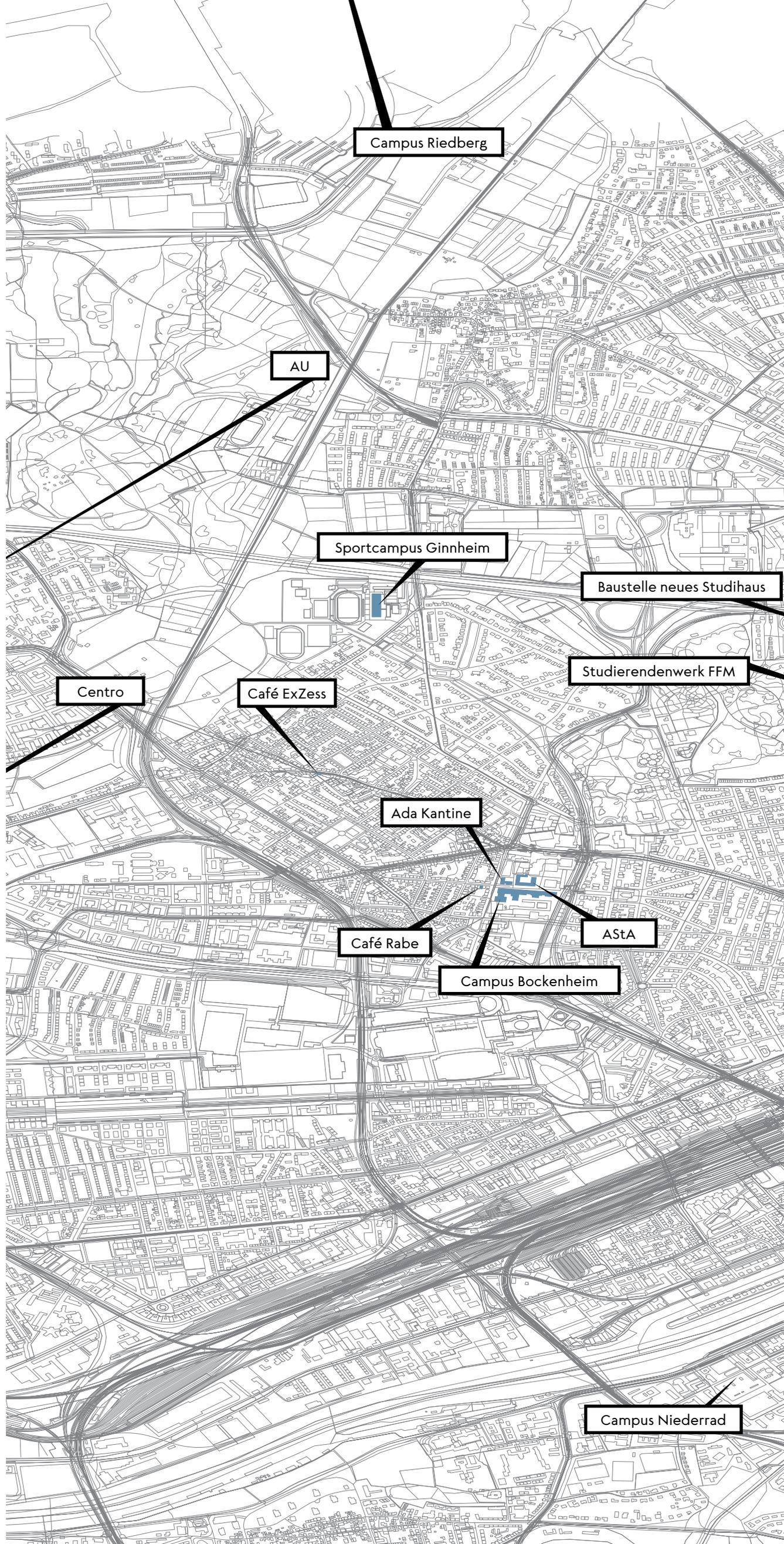
instagram.com/queerfemref

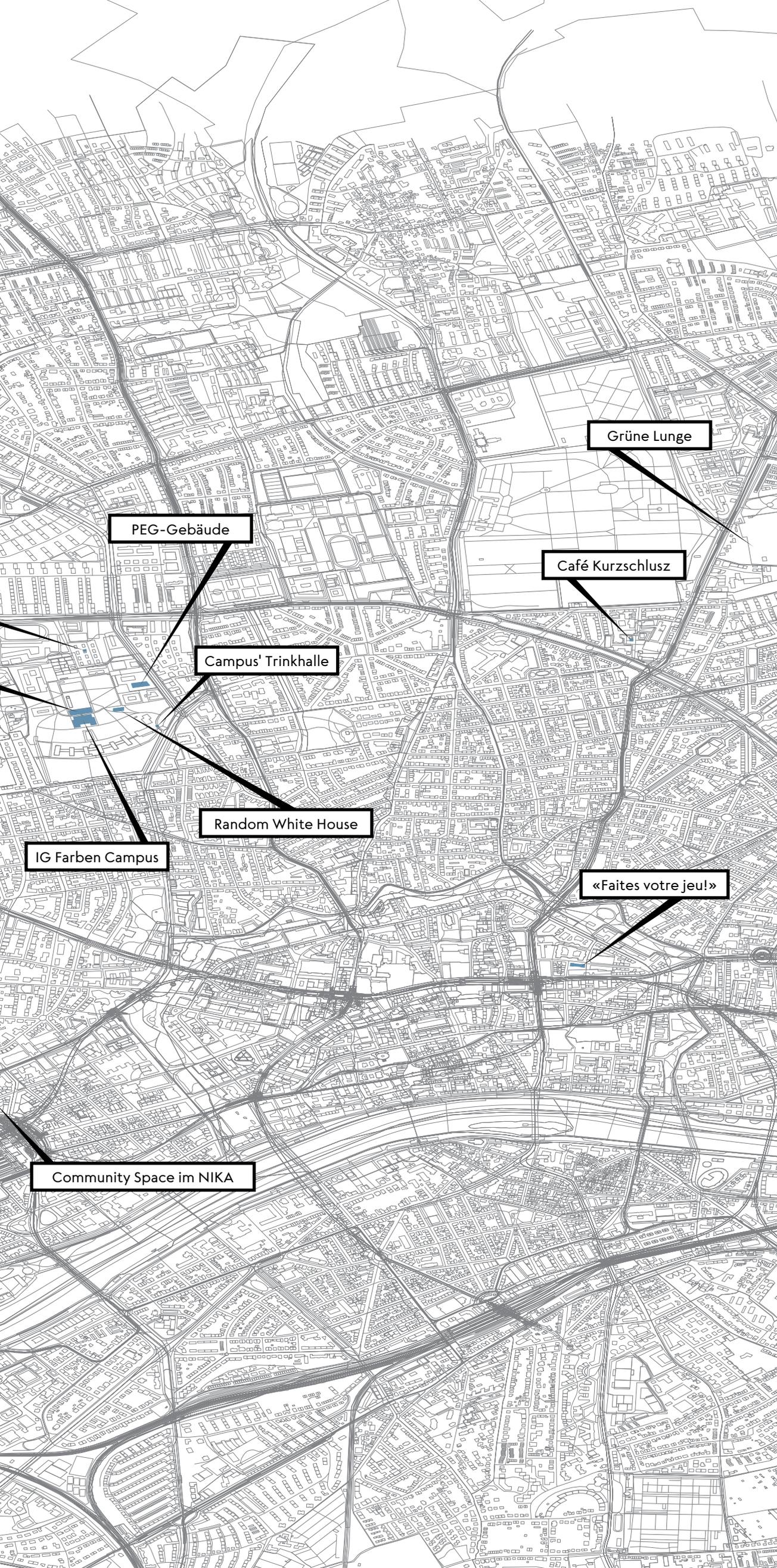
Autonomes Inklusionsreferat

inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat

Tel 0152 23 53 53 51
e-mail eltern@asta-frankfurt.de





UNI-INITIATIVEN

Students for Future Frankfurt – twitter.com/sff_ffm

Initiative Studierender am IG-Farben Campus
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

Initiative Kritische Ökonomik
kritische-oekonomik.de

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt
facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt
hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

Academic Experience Worldwide
www.aeworldwide.de

Goethe's Green Office – goethesgreenoffice.org

UTV – facebook.com/utvfrankfurt
youtube.com/utvfrankfurt

Unter_bau – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

Campusradio DauerWelle – radiodauerwelle.de

SELBSTVERWALTETE RÄUME DER UNIS

Random White House
randomwhitehouse@riseup.net

Philo-Café, IG 2.451

Café KOZ, Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Campus Trinkhalle, am IG Farben Campus

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Café Anna Blume, IG Ø.155

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Fachschaftscafé Jura & WiWi,
RuW 1.127, IG Farben Campus

STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

Project Shelter – www.projectshelter.net

Stadt für Alle – www.stadt-fuer-alle.net

Offenes Haus der Kulturen – Initiative für die
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-
heim als selbstverwaltetes Zentrum, ohdk.de

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz
zur Zeit ohne Wohnsitz — www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Polizei-
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,
60313 Frankfurt, — www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt — www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14-16, 60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org

Community Space im NIKA im Community
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig
Veranstaltungen und Ausstellungen.
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

Grüne Lunge am Günthersburgpark, Bedrohte
Gartenanlage mit politischen & alternativen
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

Pupille e. V. – Kino in der Uni
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,
Campus Bockenheim, www.pupille.org

Centro – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

Ada Kantine – Stadtteilkantine, Mertonstr. 30,
ada-kantine.org

Café Rabe – Begegnungsraum, Jordanstr. 3,
cafe-rabe.org

80 Jahre Nie wieder?

Während die letzte Ausgabe der AStA-Zeitung den Blick auf utopische Zukünfte wagte, wollen wir mit der nächsten Ausgabe auf ein vergangenes Ereignis zurückblicken, das sich zum 80. Mal jährt und doch so viel mit der Gegenwart zu tun hat: Am 27. Januar 1945 wurde der Lagerkomplex Auschwitz von der Roten Armee befreit. Darunter war neben dem Mordlager Auschwitz-Birkenau auch das KZ Auschwitz III Monowitz, das von der I.G. Farben als firmeneigenes Konzentrationslager betrieben wurde – eine Entscheidung, die im derzeitigen Hauptgebäude der Frankfurter Universität, der damaligen I.G.-Farben-Zentrale, gefällt wurde.

Gegenwärtig und zukünftig bleibt Adornos Forderung gültig, wonach »unser Denken und Handeln so einzurichten« sei, »dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nicht ähnliches geschehe« (Adorno: Negative Dialektik).

Derzeit und wahrscheinlich wieder im Januar 2025 bei Gedenkfeiern zum Jahrestag bestimmt der allgemein bekanntere Ausruf »Nie Wieder!« oder »Nie Wieder ist jetzt!« zwar oft den Diskurs, wenn der aufkeimende Rechtsruck thematisiert wird. Doch was genau sagt dieses »Nie Wieder« aus? Die vermeintliche »Stunde Null« der BRD-Gründung ist nicht mehr als eine Legende – viele, die Verfolgung und Konzentrationslager überlebt hatten oder aus der Emigration zurückkehrten, mussten in den folgenden Jahren erkennen, dass ihre einstigen Peiniger weiterhin an zentralen Hebeln der Macht der jungen BRD saßen. Eine Entnazifizierung fand nie statt.

Sicherlich wiederholt sich Geschichte nicht. Es ist nicht »5 vor 33«, sondern 2024. Doch heute normalisieren sich extrem rechte Parteien, autoritäre Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Weltweit regieren faschistoide Kräfte, erringen Mehrheiten in demokratischen Wahlen. Die autoritäre Kontinuität findet neuen Nährboden. Rassismus, Misogynie und Antisemitismus haben Konjunktur.

Im Januar 2024 veröffentlichten Journalist*innen von *Correctiv* eine investigative Recherche zum »Geheimplan gegen Deutschland«. Diese berichtete von einem Geheimgespräch, in dem Neofaschist*innen, aber auch Vertreter*innen des bürgerlichen Lagers die Möglichkeit von Deportationen erörterten. In Frankfurt fand ein Treffen in ähnlicher Konstellation statt. Kurzzeitig mobilisierte der Aufschrei über das Treffen Hunderttausende, um mit einem parteiübergreifenden »Nie Wieder!« ein Zeichen zu setzen. Trotz oder gerade wegen der breiten Konsensmasse gerieten die Demonstrationen zu einem Antifaschismus der Selbstvergewisserung, ganz ähnlich wie der vor fast 25 Jahren von Gerhard Schröder ausgerufene »Aufstand der Anständigen«. Was hat sich seitdem geändert?

Parteien, die noch Anfang 2024 an Wohlfühl-Großdemonstrationen gegen Rechts teilgenommen haben, sind nun mehr denn je Teil der autoritären Formierung. Sie schließen Grenzen, schieben ab, befeuern rassistische Rhetorik und höhlen das Asylrecht aus. Die Partei, gegen die sich die Proteste vielfach richteten, errang





Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 10 000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an zeitung@asta-frankfurt.de bis zum 01.01.24 schicken.

wenige Monate später in bei zwei von drei Landtagswahlen eine Sperrminorität.

In einer Rede zu den »Aspekten des neuen Rechtsradikalismus« (1967) bemerkte Adorno, dass sich die Demokratie nie konkretisiert habe, sondern formal geblieben sei. In diese Unvollständigkeit könnte gerade das Unge- wollte einspringen:

»die faschistische Bewegung könnte man in diesem Sinn als die Wundmale, als die Narben einer Demokratie bezeichnen, die ihrem eigenen Begriff eben doch bis heute nicht voll gerecht wird«

Den eigenen Rechtsruck geben manche bürgerlichen Parteien als Reaktion auf die »Demokratiekrise« aus. Politikverdrossenheit, Komplexitätssteigerung, ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit – solche und weitere Faktoren der spätmodernen Gesellschaft trieben die Bürger*innen in die Arme der Rechtspopulist*innen und Neofaschist*innen. Entsprechend sei eine Angleichung an deren Forderungen lediglich demokratisches Kalkül; man wolle die »Wutbürger« ja nicht den Rechten überlassen. Doch was sind Ursachen für die Krise der liberalen Demokratien und welche Strategien können sie entwickeln? Wie könnte die Demokratie sich konkretisieren, statt ihre Lücken mit rechter Propaganda zu füllen? Wie können wir das Versprechen, dass sich Auschwitz nicht nochmal wiederhole, aktiv einhalten? Schließlich sind die gesellschaftliche Entwicklung und die Konjunkturen autoritärer

Einstellungen kein Naturphänomen – wir können bei diesen Fragen kein passives, zuschauerhaftes Verhältnis einnehmen. Denn wie diese Dinge sich weiterentwickeln, liegt auch an uns.

Damit möchten wir auch dazu anregen, für die kommende Ausgabe über Strategien gegen den Rechtsruck zu schreiben, über die Demokratiekrise, die Bedeutung des »Nie Wieder!«, faschistische Kontinuitäten und antifaschistische Strategien. Reicht eure Texte bis zum 1. Januar 2025 an zeitung@asta-frankfurt.de.

Da uns für die neue Ausgabe eine Vielfalt an Textformen wichtig ist, probiert euch gerne an Interviews, Reportagen oder anderen journalistischen Textgattungen aus. Auch literarische Einsendungen sind uns willkommen. Gerne könnt ihr davor mit uns in Kontakt treten. Einsendungen, die nicht zum Ausgabenthema passen, können in unserer Rubrik »Forum« aufgenommen werden.

Egal, welche Textform ihr wählt und zu welchem Thema ihr schreibt, beachtet dabei bitte die Beschränkung auf 10.000 Zeichen.



Eure Redaktion



Wie

ein

Steinwurf

ins

Fenster

Die ASTA-Zeitung ist die Zeitung der Studierendenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Die ASTA-Zeitung erscheint im Regelfall viermal jährlich, davon wird eine Ausgabe vor anstehenden Wahlen zum Studierendenparlament unterschiedslos an alle Studierenden der Goethe-Universität im Inland verschickt. Die Ausgaben jenseits der Wahlausgabe werden nur an Abonnent*innen verschickt.

→ Ein Abonnement im Inland ist für Studierende der Goethe-Universität bereits im Studierendenschaftsbeitrag enthalten, zusätzliche Kosten entstehen somit nicht!

→ Für alle, die nicht an der Goethe-Universität studieren, kostet das Abo (ohne Wahlausgabe) inklusive Versand €10.

asta-zeitung.de

Jetzt

abonnieren